

## Grünes Gedächtnis 2010





# GRÜNES GEDÄCHTNIS 2010



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

# **Grünes Gedächtnis 2010**

## **Bildnachweis**

### Kapitel 1:

Fotos von Eva Quistorp: Frank Darchinger (S. 11), Wolfgang M. Weber (S. 29)

Foto der Frauen für den Frieden: Fotograf/in unbekannt

Fotos zum Artikel von Carlo Jordan: Privat

### Kapitel 3:

Foto der Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen: Ch. Csengery

### Kapitel 4:

Foto von Rudolph Bahro: Michael Dethleffsen

Foto von Werner Schulz: Andreas Varnhorn

Foto von Gerhard Bäcker: Sebastian Hoppe

Alle anderen Abbildungen: Archiv Grünes Gedächtnis

Grünes Gedächtnis 2010

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2010

© Heinrich-Böll-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Coverfoto: Plakat zur Europa-Wahl 1989, hrsg. von Die Grünen.

Graphik: Susanne Williges-Weichberger

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt, Berlin

Druck: agit-druck, Berlin

ISBN 978-3-86928-037-0

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

**T** +49 30 28534-260 **F** +49 30 28534-5260 **E** [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de) **W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** [info@boell.de](mailto:info@boell.de) **W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

# INHALT

Vorwort	7
<b>1 Beiträge zur Zeitgeschichte: 30 Jahre Grüne in West und Ost</b>	<b>9</b>
Die Seele der Grünen – Interview mit Eva Quistorp	10
<i>Carlo Jordan</i>	
Greenway – das osteuropäische Grüne Netzwerk (1985 – 1990)	34
<i>Gerhard Jordan</i>	
Grüne in Mittel- und Osteuropa – ein wechselvoller Weg	45
<b>2 Das historische Dokument</b>	<b>59</b>
Die Gründung der European Greens 1984	60
Kommentiert von Christoph Becker-Schaum	68
<b>3 Bestände in Archiven</b>	<b>81</b>
<i>Christoph Becker-Schaum</i>	
Archivalien der Grünen im Europäischen Parlament. Fraktionen und Abgeordnete	82
<i>Anne Vechtel</i>	
Grüne Archive in Europa	87
<b>4 Archivprojekte</b>	<b>93</b>
<i>Alicja Waldau</i>	
Der Nachlass von Rudolf Bahro im Archiv Grünes Gedächtnis	95
<i>Anne Vechtel</i>	
Werner Schulz und Gerhard Bäcker im Gespräch	99
<i>Anne Vechtel</i>	
Das 4. Netzwerktreffen der Bewegungsarchive	111
<b>5 Rezension</b>	<b>113</b>
<i>Antje Pfeffer</i>	
Geschichte(n) des Gorlebener Widerstands	114
<b>Die Autorinnen und Autoren</b>	<b>120</b>



# VORWORT

Über den Sinn von Jubiläen mag man im Einzelfall streiten, zusammengekommen bilden sie aber das Gerüst der Geschichtskultur einer Gesellschaft. Das Jahr 2009 war ein Gedenkjahr, wie es ein solches in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Es gab einen öffentlichen Geschichtsdiskurs über die friedliche Revolution von 1989 und hatte ein klares Fazit: Die weit verbreitete mutige und entschlossene Verweigerung gegenüber den Staatsorganen und der SED, die Massen, die sich im Sommer 1989 zur Ausreise entschlossen haben, wie auch diejenigen, die nicht minder entschlossen dageblieben sind und auf dem Theaterplatz in Plauen oder auf dem Alexanderplatz in Berlin demonstriert haben – sie alle haben den Sturz der SED-Diktatur herbeigeführt. Die Bevölkerung der DDR hat in einer friedlichen, demokratischen Revolution erst den Systemwechsel und danach durch ein eindeutiges Votum bei der Wahl zur Volkskammer die Wiedervereinigung herbeigeführt.

Diese Ausgabe des Jahrbuchs enthält u.a. Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die wir im vergangenen Jahr aus diesem Anlass geführt haben. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Gründung der European Greens im Jahr 1984 – und damit auf der europäischen Dimension ökologischer Politik.

Eine Grüne, die diese Dimension für sich emphatisch in Anspruch nimmt, ist Eva Quistorp. Im Interview berichtet sie u.a. über ihr Engagement in der Frauenfriedensbewegung bzw. der Frauen-Anti-Atom-Bewegung. Das klingt ungewohnt, aber wenn Eva Quistorp in der Friedensbewegung aktiv ist, dann versteht sie sich als Aktive der Frauen- und Friedensbewegung, und bei der Anti-Atom-Bewegung verhält es sich nicht anders.

Die Beiträge von Carlo Jordan und Gerhard Jordan erweitern den häufig einseitig westeuropäischen Blick auf die Grünen. Carlo Jordan stellt das ökologische Netzwerk Greenway vor und beschreibt aus eigener Anschauung den Austausch der umweltpolitisch Aktiven in den Ostblockländern – vor, während und unmittelbar nach den Revolutionen von 1989/1990. Im Jahr 1993 wurde die Europäische Föderation Grüner Parteien gegründet, die den Ost-West Dialog als Forum des Austausches unter den grünen Parteien Mittel- und Osteuropas einrichtete. Gerhard Jordan schildert aus seiner intimen Kenntnis des Dialogs die wechselvolle Geschichte der grünen Parteien Mittel- und Osteuropas.

Als vor der Europawahl 1984 die European Greens als eigenständige Parteienfamilie gegründet wurden, waren die programmatischen Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien und Bewegungen in Westeuropa enorm. Wir stellen hier drei Gründungstexte der Grünen in Europa als historische Dokumente vor. Der

Kommentar versucht zu erklären, warum die Erfolge der transnationalen Zusammenarbeit noch längere Zeit auf sich warten ließen.

Anne Vechtel ging auf die Suche, welche grünen Parteien in Europa überhaupt ein Archiv unterhalten bzw. welche Archive Unterlagen grüner Parteien und Politiker/innen sammeln. In Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und Österreich ist sie fündig geworden. Ihre Beschreibung der Archive und Archivbestände ist der erste Überblick dieser Art. Christoph Becker-Schaum beschreibt die Überlieferung grüner Fraktionen und Abgeordneter im Europäischen Parlament im Archiv Grünes Gedächtnis.

In der Rubrik Archivprojekte stellt Alicja Waldau ihre Bearbeitung des Nachlasses von Rudolf Bahro vor. Anne Vechtel berichtet über die Zeitzeugengespräche, die das Archiv mit dem Bürgerrechtler Werner Schulz und Gerhard Bächer, dem Pressesprecher der Grünen Partei in der DDR, zur Revolution in der DDR geführt hat und stellt zentrale Passagen aus den Gesprächen vor.

Antje Pfeffer hat für uns das Buch «ÜberMacht & Phantasie. Geschichte(n) des Gorbleben Widerstands» von Susanne Kamien und Max Rheinländer besprochen. Es enthält, darauf sei hier besonders hingewiesen, ein großes Interview mit Marianne Fritzen, der Petra-Kelly-Preisträgerin 2010.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir allen unseren Autorinnen und Autoren herzlich danken. Ein besonderes Dankeschön geht an Anne Vechtel, die wieder die erste Redaktion des Jahrbuchs besorgt hat. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im August 2010

Christoph Becker-Schaum  
*Leiter des Archivs Grünes Gedächtnis*

# **1 Beiträge zur Zeitgeschichte**

# Die Seele der Grünen<sup>1</sup>

## Interview mit Eva Quistorp

**Christoph Becker-Schaum:** *Liebe Gäste, ich möchte Sie herzlich begrüßen zu unserem biografischen Gespräch mit Eva Quistorp. Ganz besonders willkommen heiße ich natürlich Eva Quistorp, die das Entstehen und Gedeihen der Grünen entscheidend mitgeprägt hat. Vor kurzem bist Du 64 Jahre alt geworden, vieles kriegen wir ja doch noch mit ...*

**Eva Quistorp:** [lacht] Nicht alles. Je älter ich werde, desto mehr werde ich auch eine sehr seltene Pflanze, weil viele die Gründung der Grünen gar nicht miterlebt haben. Die spannende Frage ist ja, wieso das eigentlich möglich war. Am Anfang stand der berühmte Europa-Wahlkampf der Grünen im Frühjahr 1979. An ihm lässt sich nicht nur messen, wie sehr sich die Grünen geändert haben, sondern auch die Art, Politik zu machen und sich zu engagieren.

**Christoph Becker-Schaum:** *Stimmt, als Du die Grünen mit aufgebaut hast, war ich noch nicht dabei. Wir sind uns erst 15 Jahre nach Gründung der Grünen begegnet, anfangs immer zufällig, später dann öfters.*

**Robert Camp:** *Wir haben uns schon ein paar Jahre früher kennengelernt. Es müsste um 1981 gewesen sein ...*

**Eva Quistorp:** ... zur Zeit der Friedensbewegung.

**Christoph Becker-Schaum:** *Heute geht es jedoch nicht nur um diese Episode in Deinem Leben, sondern um das ganze Lebenswerk. In unserem Gespräch wollen wir eine Tour d'Horizon machen. Deswegen gehe ich ganz an den Anfang und frage: Wer ist eigentlich diese Eva Quistorp, und woher kommt sie?*

**Eva Quistorp:** Ich bin in der Nachkriegszeit groß geworden, nicht in der Großstadt Berlin, sondern in drei Kleinstädten am Niederrhein, in einem Pfarrhaus mit Garten, weil mein Vater Pfarrer war.

---

1 «Frauen – Politik – Alternativen. Eva Quistorp in einem biografischen Gespräch» lautete der Titel des Zeitzeuginnengesprächs, das an zwei Abenden, am 1. Oktober 2009, dem 17. Todestag von Petra Kelly, und am 12. Januar 2010, dem 30. Jahrestag des Gründungsparteitags der Grünen in Karlsruhe, im Archiv Grünes Gedächtnis stattgefunden hat. Tina Hüttl hat dankenswerterweise die Transkription des Mitschnitts der beiden Gespräche für die Veröffentlichung bearbeitet.



*Eva Quistorp auf der Bundesfrauenkonferenz der Grünen in Köln 1985.*

**Christoph Becker-Schaum:** *Der Name Quistorp kommt ja vom Vater und ist auch durch ihn bekannt. Es hieß sicherlich öfters: Guck mal, ist das nicht die Tochter vom Quistorp?*

**Eva Quistorp:** Ja, mein Vater stammt aus einer alten Gelehrtenfamilie. Meine Mutter musste die Schule früh abbrechen und hat mir trotzdem außer Renoir und Rembrandt die verbotene Kunst, Kirchner, Klee, Nolde, Kandinsky nahegebracht. Ich hatte einen Bruder und eine Schwester, die für mich sehr wichtig waren, die aber beide jünger waren. Also fühlte ich mich lange als einzige Pfarrerstochter in der Stadt – und die Mehrheit in der Gegend waren Katholiken. Von daher musste ich ganz früh üben, in der Minderheit zu sein. Ich musste immer grüßen auf der Straße, ich durfte in der Pubertät nicht irgendwie rummuffeln, weil die Nachbarn mich ja kannten. Daher verband ich mit dem Namen nicht so sehr Stolz oder Fröhlichkeit, sondern eher Ansprüche und auch kontrolliert werden.

Dann kam noch dazu, dass ich die Einzige in der Schule mit roten Haaren war. Das war sozusagen noch mal ein ganz anderes Markierungszeichen, das in Richtung Hexe losging. Das Wort Rassismus kannte ich damals noch nicht. Also all diese Begriffe, mit denen wir heute so umgehen: Antisemitismus, Toleranz, Anderssein, die hat Mitte der 50er-Jahre keiner benutzt. Von daher bekam ich mit dem Namen und den Haaren ein bisschen von der Erfahrung mit, wie sie auch heute noch, oder wieder, einige Juden, Schwarze, Muslime oder ältere Frauen

und Punks machen: ein Gefühl von Abgestempelt-Sein oder Herausgefordert-Sein, sich nicht so leicht verstecken zu können. Diese Erfahrung ist in mein Leben eingegangen.

**Christoph Becker-Schaum:** *Was hast Du von Deinen Eltern mitbekommen? Dein Vater engagierte sich in der Zeit des Nationalsozialismus aktiv in der Bekennenden Kirche.*

**Eva Quistorp:** Viel über Kirchenmusik, Bach, Mozart, Vivaldi und das Musizieren, die Festtage, die Predigten, die ethischen Grundhaltungen zu Frieden und Gerechtigkeit, auch über Literatur wie das Tagebuch der Anne Frank, Max Frisch und Dürrenmatt, Goethe und Brecht.

Dass meine Eltern in einer illegalen Organisation gegen die Nazis waren, das begreife ich jetzt erst. Leider kann ich mit ihnen nicht mehr darüber reden. Damals, als 68erin, verehrte ich Che Guevara, Rosa Luxemburg, später Bertha von Suttner. Meine Eltern habe ich geachtet, aber sie fielen für mich irgendwie nicht unter die Kategorie Idole. Sie waren für mich keine Helden, nichts Besonderes, weil sie ja weder Kommunisten gewesen waren noch Sozialisten, kein bewaffneter Kampf, kein 20. Juli, in keinem Schulbuch. Das dazu, wie wenig man im Grunde oft als Kind oder Jugendliche von seiner eigenen Familien- und Vorgeschichte weiß, auch wenn mir der Bezug zu Niemöller und Bonhoeffer klar war und mein Vater fast jeden Sonntag über unsere Wurzeln in den Traditionen der Juden und das Verbrechen ihrer Vernichtung im Holocaust predigte, womit er in einer Zeit, als der deutsche Widerstand noch verpönt und unbekannt war, aneckte.

**Christoph Becker-Schaum:** *Wie sehr haben sie Dich religiös geprägt?*

**Eva Quistorp:** Ich war natürlich jeden Sonntag im Gottesdienst, und wir beteten immer mittags und abends zu Tisch. Ich denke, ich habe das mit der Luft aufgesogen – dieses Protestantische, dass es Situationen gibt, in denen das Gewissen entscheiden und man der Wahrheit zum Zuge verhelfen sollte. In meinen Aktionsjahren hatte ich oft Angst vor dem Knast oder Schlimmerem, aber ich wollte wenigstens immer riskieren, die Wahrheit zu sagen, auch alleine und eventuell gegen einen Gruppendruck [vereinzelt Applaus].

**Christoph Becker-Schaum:** *Du bist ja 1965 nach Berlin gekommen, nicht zum Studieren, sondern zunächst zum freiwilligen sozialen Jahr.*

**Eva Quistorp:** Das war im Grunde der erste Protest gegen meinen Vater und seine Ansprüche, weil ich natürlich studieren sollte. Eigentlich muss ich ihn loben. Nicht nur, dass er die Gestapo-Verhöre überstand und immer in die Gemeinden ging, in denen gerade seine Vorgänger nach Buchenwald deportiert worden waren: für ihn war es vollkommen selbstverständlich, dass seine Tochter studiert. Natürlich können Frauen studieren. Erst später bekam ich mit der Frauenbewegung und der Realität in Universitäten und weiblichen Berufskarrieren mit, welche Hindernisse es für Frauen auf ihrem Berufs- oder Lebensweg gibt. Aber mein Vater legte mir, was das angeht, überhaupt keine Steine in den Weg.

**Christoph Becker-Schaum:** *Trotzdem hast Du Dich zunächst gegen das Studium entschieden, warum?*

**Eva Quistorp:** Ich wurde so erzogen, bloß nicht arrogant zu sein, weil ich Pfarrers-tochter bin. Also Ehrgeiz – und das ist vielleicht ein Unterschied zu Petra Kelly – ist mir überhaupt nicht beigebracht worden, teilweise sogar das Gegenteil, so dass ich später manchmal auch Schwierigkeiten bekam.

Auf die Idee, ein freiwilliges soziales Jahr in Berlin zu machen, brachte mich meine Mutter. Als Jugendliche war ich ein bisschen weltfremd und schüch-tern und eigentlich musikalisch begabt. Ich hätte außer Mathematikerin auch Pianistin werden können. Aber wenn ich vorsang, sagten immer alle: «Schön, aber viel zu leise.» Ich grübelte, vielleicht sollte ich eher was Soziales für die Menschheit tun. Tief mitgegeben war mir auch die Skepsis gegenüber Eliten und Massen. Nach dem Nationalsozialismus einfach nur an die Uni gehen und Professorin werden – die deutsche Wissenschaftselite hatte damals ja auch schwer versagt –, fand ich schwierig.

**Christoph Becker-Schaum:** *Du hast dann in einem evangelischen Krankenhaus gearbeitet.*

**Eva Quistorp:** Ja, ich bin froh, diese Erfahrung gemacht zu haben. Zuerst dachte ich, ich werde Ärztin, weil ich da überall gebraucht werde. Und dann arbeitete ich im Martin-Luther-Krankenhaus von morgens sechs Uhr bis ich weiß nicht wann. Das ist ein vollkommen anderer Blickwinkel auf die Medizin, als wenn man Fachbücher liest oder unter Medizinstudenten verkehrt. Von den Ärzten nahm sich niemand Zeit für die Patienten. Damals gab es zwar noch nicht so viel Apparatedizin, aber Tabletten wurden schon kräftig verteilt. Ich fand das immer brutaler, seelenloser, je länger ich da war. Von daher konnte ich nicht mehr Ärztin werden und habe mich dann für Germanistik und Theologie entschieden. Das war schon eine Resignation, so nach dem Motto: Mathe nicht, Musik nicht, Medizin nee. Dann das, was meine Tanten schon studiert hatten, Germanistik und Theologie, 1968 kam dann die Politologie am OSI noch dazu.

**Christoph Becker-Schaum:** *Den Beruf der Lehrerin zu ergreifen, das geschah aber wohl kaum aus reiner Resignation?*

**Eva Quistorp:** Eigentlich wollte ich nie im Leben Lehrerin werden, weil mir diese Hierarchiesituation und der Gedanke nicht gefiel, eventuell etwas durchpauken zu müssen, das mir viel zu entfernt ist vom wirklichen Leben. Über den Umweg der 68er-Bewegung bin ich es dann doch geworden. Zwar hatten wir uns alle irgendwie was Wilderes oder Schickeres gedacht, aber wir diskutierten eben auch ganz konkret über eine Veränderung der Berufspraxis und eine Demokratisierung des Bildungssystems. Und der Weg dazu führt nicht nur über Parteien und über Wahlen, sondern über die alltägliche Lebens- und Berufspraxis. Dazu gehört, alternative soziale und kulturelle Lebensräume zu schaffen, und damit Möglichkeiten, sich anders zu verhalten, anders zu kaufen, anders zu arbeiten, auch wirklich solidarisch sein zu können. In Westberlin Anfang der 70er-Jahre, so

zwischen 1971 und 1974, bildeten sich auf vielen Feldern langsam Alternativen, kritische Juristen, Ärzte und Journalisten, und auch liberale Schuldirektorinnen, eine alternative Kultur- und Stadtteilszene, zu der auch ich gehörte.

**Christoph Becker-Schaum:** *Die Freie Universität lag im Epizentrum dieser neuen kritischen Bewegung. Du hast dort studiert, wie sehr warst Du involviert?*

**Eva Quistorp:** Das erste Mal an die FU geraten bin ich auf Klassenfahrt, im Juni 1963, als Kennedy hier war. Ich, aus einer Kleinstadt, wusste nicht, wer Kennedy war – so dumm war ich. Jedenfalls standen wir da, so zehn Leute, und Kennedy wollte mir die Hand geben. Und da gab ich sie ihm nicht, weil ich doch von Zuhause gelernt hatte, die Mächtigen nicht zu verehren. Aber immerhin blieb so die FU bei mir hängen. Die Nachricht von Kennedys Ermordung hat mich tief getroffen.

In Berlin zu studieren, war für mich ein Sprung ins kalte Wasser. Es gab noch keine Studienberatung, keine Frauenstudienberatung, keine Kindergartenplätze, überhaupt nichts. Die Studentenbewegung empfand ich auch deshalb so spannend, weil ich da sofort Leute traf und in einer Gruppe aufgehoben war. Es gab Teach-ins, Sit-ins. Sit-ins fand ich schön, weil sie auch die Trennung von Leben und Akademischem aufhoben. So wahnsinnig ernst würde ich unser politisches Engagement nachträglich also nicht sehen. Es war aber immer themenbezogen: Demokratisierung der Universität und gegen den Vietnamkrieg. Meine Radikalisierung geschah durch die Ermordung von Benno Ohnesorg beim Schahbesuch, wo ich vor der Deutschen Oper mitdemonstrierte und am nächsten Tag seine Frau Christa kennenlernte.

**Robert Camp:** *Während Deiner Studienzeit in Berlin wohntest Du – zumindest zeitweise – im Haus der Familie Gollwitzer, wo auch die Wortführer der 68er ein- und ausgingen. Wie kam es dazu? Das Ehepaar Gollwitzer gehörte ungefähr zehn Jahre später zu denen, die mit ihrem Namen für die Gründung der Grünen standen.*

**Eva Quistorp:** Gollwitzers haben ja auch zur Bekennenden Kirche gehört und natürlich meine Eltern gekannt. Aber dass ich auf die theologische Vorlesung von Helmut Gollwitzer stieß, war Zufall. Ich kannte den Namen gar nicht, fand diesen rundlicheren älteren Mann mit seiner sehr menschlichen Ausstrahlung einfach angenehm. Und man merkte an seiner Sprache, dass seine Theologie in der Gegenwart verhaftet war und sogar auch Lebensfragen der Studenten ansprach. Am Ende der Vorlesung fragte mich eine junge Frau, Marianne Freudenberg, die, wie sich herausstellte, die Nichte von Frau Gollwitzer ist, ob ich nicht mit ihr nach Hause kommen wolle. Ja, und das war das Haus Gollwitzer.

**Robert Camp:** *Wie war Dein Verhältnis zu ihm?*

**Eva Quistorp:** Gollwitzer war mein theologischer Lehrer, aber auch so was wie ein zweiter Vater. Er hatte ein schönes kleines Haus mit Garten in der Nähe der Uni, da haben alle vom AStA verkehrt. Da er keine Kinder hatte, lud er die Studenten – besonders die, die von der «Bild»-Zeitung als Penner, Langhaarige, Revoluzzer,

Rote-Fahne-Träger und was sonst noch verschrien wurden – einmal im Jahr zu sich ins Haus ein, meistens die Kinder, deren Eltern er kannte. Daran merkte man, dass ein paar in der Studentenbewegung aus der Bekennenden Kirche kamen.

Gollwitzer hatte einen Weinkeller. Ich bin ja in einem strengen protestantischen Haus aufgewachsen, keine Zigarette, kein Wein, keine Disco, kein Tanzunterricht. Und bei ihm lernte ich dann das bayerische Luthertum kennen. Mittags hieß es: «Ach, vielleicht nicht doch noch einen Weißherbst trinken?»

**Robert Camp:** *Dort bist Du auch der Familie Dutschke nähergekommen, die Gollwitzer ebenfalls beherbergte.*

**Eva Quistorp:** Wir waren immer so 20 oder 25 Leute, angeblich habe ich dort einmal sogar zusammen mit Gudrun Ensslin Kaffee getrunken. Ich habe das in dem Moment nicht gemerkt, aber natürlich war ich in diesem Milieu, wodurch ich dann auch Rudi Dutschke und Gretchen und ihren ersten Sohn Hosea sehr persönlich kennenlernte – sozusagen in der Küche oder im Wohnzimmer, wenn Gretchen sich da breitmachte [lacht]. Gretchen war so anders als der Rudi: sie hatte so eine leicht amerikanisch-chaotische Hippie-Art, während Rudi etwas streng protestantisch-leninistisches in seinem Charakter hatte, nicht in seinem Denken.

Das war irre, dieses Paar. Rudi immer am Arbeiten. Und dann saß ich mit Gretchen in der Küche, und Rudi kommt rein, legt fürsorglich seinen Arm um Gretchen und fragt: «Gretchen, willst du nicht zur SDS-Vollversammlung mitkommen?» Und Gretchen sagt: «Ach, nein, ich rede hier lieber mit Eva. Eure Themen sind ja nicht die einzigen.» Sie sagte das überhaupt nicht wie eine Emanze oder wie man sich so Emanzen vorstellt. Damals war ich ja noch keine Feministin, aber es bahnte sich langsam an.

**Christoph Becker-Schaum:** *Wie aktiv warst Du selbst in der Studentenbewegung? Du fuhrst ja quasi im Auftrag Dutschkes nach Lateinamerika.*

**Eva Quistorp:** Das hört sich jetzt ein bisschen komisch an, weil ich war wirklich keine Führungsfigur von 68. Ich fühlte mich als fröhliche, kritische, mitdenkende, auch sehr aktive Basis. Ich war mehr oder weniger bei jeder Aktion dabei, habe aber keine Steine geschmissen, auch Gewalt gegen Sachen war ein Tabu für mich. Aber da ich eben diesen Kreis kannte – ich gehörte praktisch zum Freundeskreis der AstA-Chefs und SDS-Führer in diesem Geflecht zwischen Jürgen Treulieb, Sigrid Fronius (die Tomatenwerferin), Rudi Dutschke, Gollwitzer –, bekamen sie irgendwie mit, dass ich Interesse hatte, nach Lateinamerika zu fahren. Dann haben sie gesagt: «Ja, Rudi ist doch eigentlich nach Chile eingeladen. Dann muss Eva jetzt in Vertretung von Rudi dahin fahren.» Und wie man damals sagte: «Und dann muss sie da die Genossen treffen.» [Lachen im Publikum]

**Christoph Becker-Schaum:** *Welche Erfahrungen hast Du dort gemacht? Du bist 1972 gereist, also noch zur Amtszeit von Allende und seinem Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu etablieren.*

**Eva Quistorp:** Am Tag bevor ich losfuhr, legte ich mein Staatsexamen ab und stieg dann mit einer kleinen Gruppe von Studenten in den Flieger nach New York. Dann ging es mit dem Auto nach Miami und von dort nach Barranquilla in Kolumbien und weiter mit dem Klapperbus nach Chile. Es war die schönste und größte Reise meines Lebens. Lateinamerika als Ganzes war für mich eine wahnsinnige Weltöffnung.

Heute haben wir einen Dialog der Kulturen, die Globalisierung, wir reden von interkultureller Erziehung und Cross-cultural Identities. Damals war das noch ein richtiger Kulturschock, aber im positiven Sinne. Natürlich war ich auch geschockt, das erste Mal krasse Armut zu sehen in bestimmten Gegenden. Aber auf den Straßen war Musik zu hören. Und bei einer Arbeiterversammlung in einem Barrio beeindruckte mich diese Ernsthaftigkeit. Den Leuten ging es um die Existenz. Sie hatten schon ein politisches Leben gelebt, wussten, was Armut ist, wussten, was sozialer Kampf ist, und haben für mich eine irre Würde ausgestrahlt. Dass ich zwischen ihnen sitzen und mit ihnen reden durfte, war soviel unmittelbarer, als ich es je an der Universität oder im Film erleben konnte.

**Christoph Becker-Schaum:** *Wie sehr veränderte sich dadurch Deine politische Haltung?*

**Eva Quistorp:** Meine Lateinamerika-Reise hat sowohl meinen, sagen wir mal, rebellischen und gesellschaftskritischen als auch emanzipativen Elan gerade auch in Richtung Frauenbewegung gestärkt und aufleben lassen. Sie hat mir dafür viel Lebenskraft und Ideen gegeben.

Aber es ist nicht alles romantisch. Es gibt auch ein paar Widersprüche. Meine ganz harte Lehre aus Chile war, dass ich die Streitigkeiten der linken Gruppen – von den christlichen Linken über die Sozialisten, die sozialdemokratische Linke, dann die kommunistische Partei, dann maoistische Gruppen und dann die linksradikalen MIR – als so unproduktiv erlebte. Vielleicht sind die Differenzen innerhalb der Linken auch manchmal schuld daran, dass ein Diktator siegt. Durch die chilenische Tragödie habe ich viel gelernt für den Versuch, anders Politik zu machen.

**Robert Camp:** *Du sprichst jetzt den Putsch im Sommer 1973 und Pinochets Sieg an.*

**Eva Quistorp:** Ja, danach war ich schwer krank, weil ich diese Erfahrung, wie dieser furchtbare Pinochet-Putsch passieren konnte, und dass ich so wunderbare Menschen getroffen hatte, die jetzt eventuell gefoltert wurden, nicht verkraften konnte. Ich entschied mich damals bewusst dafür, Reformpolitik zu machen und nicht nur radikal, sondern auch pragmatisch zu denken. Dies resultierte neben intellektuellen Debatten und Vorbildern wie Gollwitzer und Heinemann, oder Petra Kelly als Freundin, die ja auch eine radikale Reformerin war, unmittelbar aus meinen Lateinamerika- und Chile-Erfahrungen.

Natürlich bin ich keine vollkommen nüchterne Pragmatikerin geworden, aber durch Chile ein Stück weit geheilt. Dass Begeisterung, Leidenschaft und Hoffnungen auch im Sinne von Martin Luther King, Gandhi und Dorothee

Sölle nötig sind, ist mir klar. Aber ich habe mich schon gefragt: War das verantwortlich, was die verschiedenen linken Parteien, Gruppen und Forscher gesagt haben? Habe ich mir oder haben wir uns denn wirklich ernsthaft überlegt, wie man eine Infrastruktur, wie man Geld organisiert, so dass man Schwächeren keine falschen Hoffnungen macht?

**Robert Camp:** *Du hast also an das Schicksal der einfachen Menschen gedacht?*

**Eva Quistorp:** Sagen wir mal so: Ich habe dort schnell gelernt, was konkrete Soziologie ist und was konkrete Lebensverhältnisse sind. Und dass man sich anders organisieren muss. Es ist eigentlich immer die Verantwortung, sich als Intellektuelle zu fragen: Ja, aber wie geht es mit dem Schicksal dieser Menschen weiter? Wer organisiert sie denn? Wer schützt sie auch vor ihren Illusionen, und wer hilft ihnen, sich zu verteidigen, ganz praktisch?

Wenn man es wirklich ernst meint mit «eine gerechtere Welt schaffen», im Sinne von «eine andere Welt ist möglich», dann darf man eben nicht nur auf der Straße revoltieren und die Menschen für irgendwelche politischen Scharmützel oder großartige revolutionäre Ideen ideologisieren. Man muss konkrete Schritte entwickeln, es braucht Konzepte zur Selbstorganisation, die kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele haben – sei es in einer Frauengruppe, sei es in der grünen Gruppe, sei es in einer Attac-Gruppe oder später dann in einem Koalitionsvertrag. Und man muss sich genau überlegen, wie man zu einem Gleichgewicht kommt, bei dem noch genug Träume und Ideen bestehen, deren Umsetzung aber auch sehr nüchtern, ernsthaft und verantwortlich durchdacht ist. Dafür braucht man viele Fachkenntnisse und man muss kluge Bündnisse eingehen. Und die politischen Bündnisse in Chile vor dem Putsch waren einfach nicht klug und vernünftig. Von daher müssen sich auch Linke – das ist übrigens schon die Frage in den 20er- und 40er-Jahren gewesen – immer fragen: Hat dieser Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht auch dem Aufstieg Hitlers geholfen? Muss man nicht außer guten Zielen ein intelligentes und kreatives Nachdenken über Bündnisstrategien haben?

**Christoph Becker-Schaum:** *Was mir dabei einfällt: Du bist ab 1977 viel in Gorleben gewesen und hast dort mit Marianne Fritzen und vielen anderen enge Kontakte geschlossen. Sind Deine Lehren aus Chile in Gorleben eingeflossen?*

**Eva Quistorp:** Ja, im Grunde ist für mich selbst das, was ich gerade als großen Anspruch formuliert habe, im Kleinen in Gorleben passiert. Nach der Erfahrung von Lateinamerika und Chile bin ich Referendarin am Gymnasium geworden. Gorleben ab Frühjahr 77 war wie eine zweite Jugend, ein Aufleben von Hoffnung und Freude. Da war ich einerseits Lehrerin, habe also die Berufspraxis und Gewerkschaftsarbeit in der GEW mit angefangen, und am Wochenende habe ich auf dem Lande gelebt. Gorleben war ein Sommerlager und ich dachte, wir machen jetzt alles neu: Wir machen Lehmtonbau – vollkommen neu. Wir sammeln Kräuter – vollkommen neu. Wir backen selber Brot – vollkommen neu. Später stieß ich dann darauf, dass wir im Grunde die Reformbewegung

aus den 20er-Jahren gelebt haben, die durch den Nationalsozialismus abgebrochen wurde.

Marianne Fritzen und ihr Mann, das war eine irre Begegnung. Er, Asienwissenschaftler, dem seine Kenntnisse über den Buddhismus auch geholfen haben, ab und an seine Frau zu beraten und ihr irgendeinen Sinnspruch mit auf den Weg zu geben, wenn sie wieder eine Auseinandersetzung mit der Polizei hatte. Wir sind alle möglichen kreativen Bündnisse eingegangen. Ein Bündnis mit der Grafenfamilie, mit einem Pfarrer und seiner Frau, ein Bündnis mit den Bauern. Und dann muss man auch mal ein Loblied singen auf diese Frauen...

**Zuruf aus dem Publikum:** *Oh ja, die Frauen, die in Gorleben wohnten...*

**Eva Quistorp:** ... ja, diese sogenannten Nur-Hausfrauen entpuppten sich alle als pfiffiger, als ich als städtische Feministin dachte. Gorleben lag wirklich am Ende der Welt, da war ganz wenig los. Darum sollte ja auch der Atommüll dahin, einmal, weil da die Mauer war – so als ob die Strahlung nicht durch Mauern gehen würde – und weil man nicht mit großem Widerstand der Bevölkerung rechnete, weder quantitativ noch qualitativ.

Doch die Frauen dort hatten die tollsten Ideen. Ich glaube, das hat uns sehr geholfen, dass wir linken Studenten oder linken Feministinnen dort auf «normale Menschen» trafen. Sie waren natürlich einfacher gekleidet, nicht so schräg wie wir Großstädter aus Berlin, Frankfurt oder Köln. Und sie waren auch nicht so laut wie wir. Sie hatten ihre einfachen Kleider, waren verheiratet, und nach einem gemeinsamen Tee kam dann immer eine irre Widerstands-idee. Zum Beispiel die Rose Fenselau hatte die Idee einer Telefonkette für Atomstromboykott. Bis dahin hatte ich noch nie von einer Telefonkette gehört. Jetzt gibt es sie in allen möglichen Widerstandsbewegungen. Im Grunde ist das die alte Form des Flashmob gewesen. Oder jetzt E-Mail versenden. Es gab also eine irre Kreativität im gewaltfreien Widerstand. Ich kannte das nicht, weil ich die Studentenbewegung nicht als explizit gewaltfreie Bewegung erlebt hatte, sondern mich da oft auch etwas einsam zurückziehen musste.

**Christoph Becker-Schaum:** *Es trafen ja die unterschiedlichsten Milieus in Gorleben zusammen. Gab es da nicht auch Spannungen über den richtigen Weg?*

**Eva Quistorp:** Die Vielfalt und Andersartigkeit von Menschen wie Marianne Fritzen, Lilo Wollny, Rebecca Harms oder die von Adel, Bauern, Bürgerinitiativen und Künstlern kennenzulernen sowie ihre unterschiedlichen sozialen Milieus, politischen Denkweisen und Lebenserfahrungen, und daraus dann ein politisches Bündnis zu schmieden – das habe ich in Gorleben gelernt. Wir hatten eine gemeinsame Sache: Gemeinsam gegen den Atommüll, gemeinsam gegen die Castor-Transporte, da ist ein wunderbarer Prozess daraus entstanden. Aber natürlich gab es immer auch Konflikte. Dann kamen beispielsweise immer die städtischen Gruppen, da kamen die K-Gruppen aus Hamburg und Göttingen. Und die hatten ihren Arbeiterkampf dabei. Ich wollte lieber kein Propagandamaterial verteilen und «meine» Frauen und Bauern

davon verschonen und dachte doch, dass es besser wäre, einen Steckrüben-einsatz zu machen [lacht].

**Christoph Becker-Schaum:** *Du hast ja Dein Engagement in Gorleben stark mit dem Frauenthema verknüpft und die Gorleben-Frauen und andere Frauengruppen gegründet. Warum?*

**Eva Quistorp:** Im Februar 73 hatte ich im ID gelesen: «Frauen erklären Atom und Blei den Krieg!» Das war auf Marckolsheim und Fessenheim im Elsass bezogen. Dann kamen die Aktionen im Wyhler Wald und in Kalkar. Sieben Jahre hatte bei mir die Anti-Atombewegung die volle Priorität, ich bin stur an diesem Thema drangeblieben. Sieben Jahre Anti-Atominitiativen, dann mehrere Jahre nur gegen Atomwaffen. Ich kannte alle möglichen Orte, wo Atomwaffen lagerten, wo Proteste waren. Ich hatte meine eigene innere Landkarte, wusste, welche Gruppen man miteinander vernetzen musste. Das war von Anfang an für mich ein Frauenthema, weil es dabei nicht nur im mütterlichen Sinne ums Überleben von uns allen geht, sondern auch um Kritik an der Technokratie, der Technik- und Wissenschaftsentwicklung als einer Form von Männerherrschaft. So haben wir das damals diskutiert. Das ist jetzt leider ganz weggefallen. Aber wenn man die Entwicklungsgeschichte der Atomenergie, der Gentechnologien, der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Medienbranche und jetzt der Nanotechnologie betrachtet, ist es auch ein Machtbereich von großen Konzernen und eben auch von Männern. Meist werden die sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen von Technik und Wissenschaft nicht ausreichend analysiert.

Auf starke Frauen bin ich übrigens schon 1972 in Chile gestoßen, auf die Sängerinnen Violetta Parra und Mercedes Sosa, auf diejenigen, die Mütterzentren organisiert haben, auf Frauen in der Gewerkschaftsbewegung oder in den politischen Parteien in Chile. Als ich zum Beispiel auf Marianne, Rebecca und Lilo in Gorleben traf, dachte ich: Oh, drei so tolle Frauen aus drei Generationen. Die muss ich doch mal für die «Courage» interviewen, damit die Leserinnen erfahren, was für tolle Frauen es im Wendland gibt. Dadurch gab es das allererste Mal ein Frauentreffen in Gorleben, weil sie sich vorher ja nie als Frauen getroffen hatten.

**Christoph Becker-Schaum:** *Die «Courage» war ja auch so eine Art intellektuelles Begleitorgan für die Entwicklung der Frauenpolitik bei den Grünen.*

**Eva Quistorp:** Ja, ich denke immer, dieses Interview mit den Dreien muss ich Rebecca Harms noch mal kopieren. Vielleicht ist es für sie als Fraktionsvorsitzende in Straßburg spannend zu lesen, was sie vor 32 Jahren gesagt hat. Die «Courage», deren Herausgeberin Sibylle Plogstedt war, hatte zwar bis damals überhaupt nichts zur Ökologie drin, aber es kamen Themen der Frauenbewegung vor, also das Gesundheitsthema von wegen Schwangerschaft, Abtreibung, Wechseljahre, Frauenärztinnen, unsichtbare, vergessene Frauenarbeit und -geschichte. Von daher, würde ich sagen, war in der neuen Frauenbewegung doch ein Stück grüne Frauenpolitik vorbereitet. Die «Courage» hat übrigens auch

Hannah Arendt für die undogmatische Frauenbewegung rehabilitiert, die vorher wegen ihrer Totalitarismustheorie in der Berliner Linken verpönt war.

**Robert Camp:** *Du bist 1978 nach Dublin gereist zur großen Anti-Atomkonferenz, wo Du Petra Kelly kennenlernst. Wie kam es dazu?*

**Eva Quistorp:** Schon 68 hatte ich mich für Film und Kunst interessiert, kannte einige aus der Szene und so traf ich eines Tages auf der Straße die Filmemacherin Susanne Beyerle. Als ich sie fragte, was sie gerade mache, sagte sie: «Ich fahre morgen nach Irland.» «Was, Irland?» «Ja, da ist eine Anti-Atomkonferenz.» Und kaum hatte sie «Anti-Atom» ausgesprochen, war ich natürlich schon dabei, alle meine Pläne umzuschmeißen, weil ich ja eventuell gebraucht würde, etwas organisieren oder international vernetzen könnte. Das hat mir 68 beigebracht, diesen Internationalismus und dieses international Vernetzen. Ja, und dann erzählte sie, sie würde dort Robert Jungk filmen. Petra Kelly war auch in Dublin, nur kannte sie zu der Zeit hier niemand. Aber Robert Jungk war für mich natürlich ein Star. Er hatte in den 60er-Jahren das Buch «Heller als tausend Sonnen» geschrieben ...

**Robert Camp:** *... eine aufrüttelnde Arbeit über die Entwicklung der Atombombe und das Schicksal der beteiligten Forscher.*

**Eva Quistorp:** Ja, ich habe meine zweite Staatsexamensarbeit über Heinar Kipphardts Buch «In der Sache Robert Oppenheimer» geschrieben. Ich wusste aber erst seit Dezember 1979 und dem NATO-Doppelbeschluss, dass nach Hiroshima so viele Atombomben gebaut worden waren. An der Uni hatte ich davon nie was gehört. Das muss man schon mal sagen: Die Studentenbewegung hat die Anti-Atom- und die Ökologiefrage voll verpennt. Die Frauenbewegung war international der wichtige Zwischenschritt, das ist meine These, damit es ein offeneres Denk- und Handlungsfeld geben konnte für die Friedens- und Ökologiebewegung. Das sollten auch die Friedens- und Ökologiebewegung heute nicht vergessen.

Und auch Alice Schwarzer muss ich manchmal daran erinnern, dass es nicht um die Frauen- oder Friedensbewegung und die Frauen- oder Ökologiebewegung ging. Ein paar Jahre lang warf sie mir vor, ich würde die Frauen in die Frauenfriedensbewegung weglotsen, und das wäre ein Rückschritt in der Emanzipation. Ich denke, dass das Frauen-, das Ökologie- und das Friedensthema essenziell und strukturell zusammengehören. Ich habe auf der ersten Frauen-Uni, die war 1977/78, meinen ersten Workshop zur Alternativenergie gemacht. Zur Alternativenergie! Komisch, was? Die haben mich angeguckt, so nach dem Motto: Wie kann man denn von der Frauenfrage zur energiepolitischen Frage kommen?

**Robert Camp:** *Petra Kelly hat, das lässt sich nachlesen, die Energiewirtschaft oder Energiepolitik in den gleichen Verflechtungen und unter den verschiedenen Aspekten gesehen und analysiert, wie Du das vorhin vorgestellt hast. Noch einmal zurück zur Irland-Konferenz. Wie kam es zum ersten Treffen?*



*Demonstration von Frauen für den Frieden vor einem Militärstützpunkt.*

**Eva Quistorp:** Das Atomthema ist ja ein globales Thema, bei dem man gleichzeitig lokal handeln kann. Deshalb musste ich da einfach mit. Susanne Beyerle brachte mich also irgendwie in ein kleines irisches Bauernhaus, wo wir übernachteten. Ich weiß gar nicht, wen ich zuerst entdeckte. Es war nämlich praktisch ein Wespennest von Koryphäen der Atomkritik. Da war Ernest Sternglass aus den USA, die Britin Alice Stewart, die später den Alternativen Nobelpreis bekam, Helen Caldicott, eine Kinderärztin aus Australien, Kritiker aus Wien und dann eben Petra Kelly. Sie fiel mir auf, weil sie irre schnell redete und vom fließenden Englisch in fließendes Französisch und in fließendes Deutsch wechselte. Das hatte ich noch nie erlebt. Ich kam mir dagegen wie ein kleines Westberliner Licht vor. Aber dann dachte ich, ich brauche jetzt nicht eingeschüchtert sein, sondern: Frauen gemeinsam sind stärker, also werde ich Petra jetzt unterstützen.

**Robert Camp:** *Wie sehr habt Ihr Euch gegenseitig beeinflusst oder befruchtet?*

**Eva Quistorp:** Eine Fähigkeit von Petra war, dass sie bestimmte Leute an verschiedenen Brennpunkten der Welt kannte und sehr gezielt danach schaute, ob sie gewaltfrei waren und keine Ideologen. Das musste sich bei mir erst noch ein bisschen mehr – wie soll ich denn sagen? – aussortieren. Ich war dagegen mehr von der akademischen oder intellektuellen kritischen Theorie geprägt als Petra. Petra ist nie so in der Basisbewegung gewesen, in der man sich gegenseitig sagte, dass jeder ersetzbar sei. Für sie hieß es: «Einzelne Personen sind an bestimmten Stellen wichtig.» Und zwar nicht im Sinne von Ausnutzen und Instrumentalisieren, sondern aus einer idealistischen Haltung heraus: An verschiedenen

Stellen der Welt versuchen wir, die Welt in die richtige Richtung zu schieben. Dafür müssen wir miteinander kommunizieren. Das hat sie viel früher global gemacht als ich. Sie fand es selbstverständlich, jemanden in Palästina, jemanden in Japan, jemanden in Südafrika, jemanden in den USA an der Uni zu kennen. Das habe ich mir abgeguckt über die Jahre. Heute geht mit dem Internet natürlich alles einfacher. Ich glaube, in der Bundesgeschäftsstelle, wo der Europawahlkampf gemacht wurde, hatten wir nicht mal ein Kopiergerät.

**Robert Camp:** *Wir nähern uns nun 1979, also dem ersten Auftreten der grünen Partei mit der Europawahl. Wenn ich das richtig weiß, hat Petra Kelly Dich auch angesprochen, ob Du nicht kandidieren möchtest.*

**Eva Quistorp:** Die Grünen als nationale bundesweite Partei sind erst am 12./13. Januar 1980 gegründet worden...

**Christoph-Becker-Schaum:** *...also heute genau vor 30 Jahren. Wenn ich einmal auf die Uhr schaue, jetzt, um 17:20 Uhr, hatten Die Grünen es geschafft, die Präambel der Satzung zu verabschieden. Aber eigentlich sind Die Grünen neun Monate vorher als «Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen» mit dem Ziel einer Kandidatur zum Europaparlament entstanden. Soweit ich weiß, hattest Du nie das Ziel, Politikerin zu werden, ich nehme mal an, Parteipolitikerin schon gar nicht.*

**Eva Quistorp:** Ja, aber Petra rief mich an. Sie und Roland Vogt wollten mich als Kandidatin für den dritten Listenplatz. Den dritten habe ich aber abgelehnt, um nicht zu sehr in der Parteipolitik zu landen. Ich konnte nur deswegen zum Mitmachen überredet werden, weil es europäisch anging. Von Petra hatte ich zuvor gelernt, dass man nicht nur theoretisch international denken muss: Europa, Plutoniumkreislauf, La Hague, Gorleben. Man muss auch europäisch organisieren, sonst kommt man da nicht raus. Sonst wird der ganze Atommüll nach La Hague transportiert, dann laufen hier die Atomkraftwerke weiter. Es ergab sich also eine neue Logik zur Europapolitik bei mir durch die Anti-Atomfrage. Das Tolle an der Gründungsgeschichte der Grünen ist für mich, dass wir europäisch das erste Mal zur Wahl angetreten sind, teilweise in kleinen Formationen und lokal – das passt ja auch gut zu den Grünen –, aber gleich europäisch.

**Robert Camp:** *Ja, leider wird das oft vergessen.*

**Eva Quistorp:** Eigentlich muss ich das auch noch dreimal laut sagen: Der Anfang der Grünen war europäisch. Auf dieser These bestehe ich. Der Anfang der Grünen war europäisch, und zwar gesamteuropäisch. Darauf bin ich auch stolz. Und ich hoffe, ihr tragt das weiter. Der Anfang der Grünen war gesamteuropäisch.

Mir fällt gerade ein, diese Partei, meine geliebte, aber auch ab und zu von mir erlittene Partei [lacht], besaß ja die Großzügigkeit, an 30 Jahre Europawahlkampf nicht zu erinnern.

**Christoph Becker-Schaum:** *Welche Erinnerungen hast Du an die Monate des Wahlkampfs bis zur Europawahl am 10. Juni?*

**Eva Quistorp:** Ich habe ja mehrere Europawahlkämpfe aktiv mit gestaltet, aber der war der schönste. Also die Universitätsveranstaltungen mit Petra Kelly links von mir, Rudi Dutschke und Joseph Beuys rechts von mir, waren wirklich Kultur- und Politikereignisse, aber keine bundesweite Zeitung hat berichtet. Es war ja sozusagen die letzte Tätigkeit von Rudi Dutschke, den ich im Dezember 1979 das letzte Mal traf. In der Geschichtsschreibung wird er nur als der 68er-Rudi vereinnahmt. Rudi ist aber mehr oder weniger auch Gründungsmitglied der Grünen und hat mit mir in Tübingen, Kassel und hier in Berlin in der TU Europawahlkampf auf dem Podium gemacht. Er war da nicht der Star, und Petra war auch nicht der Star. So etwas wie einen Star hatten wir am Anfang nicht. Für mich war auch die Anwesenheit von Joseph Beuys ganz wichtig. Daher rege ich mich auch immer auf, wenn ich lese: «Petra Kelly und Bauer Springmann waren wichtig für die Gründung der Grünen.» Da ist einfach Bauer Springmann vollkommen übergewichtet. Meine These ist, dass sie alle, die neue Ökologiebewegung, die neue Frauenbewegung, die Alternativszene, liiert mit dem Kunstmilieu, dabei wichtig waren. Es war diese Mischung, die wichtig war. Das ist nicht einfach nur ein Wurmfortsatz von 68 gewesen. Wir waren auch nicht alle gleich, aber das war eine wunderbare Teamarbeit. Vielleicht glorifiziere ich ein bisschen, das könnte sein. Wir haben das damals ja gar nicht Team genannt. Wie hieß die Parole? Einheit in der Vielfalt. Das war die Geisteshaltung. Hat denn jemand von Euch an der Wahl 1979 teilgenommen?

**Aus dem Publikum:** *Es ist schon lange her, aber wir haben die Grünen, sobald sie irgendwo auftauchten, gewählt. Aber ins Parlament seid ihr doch erst 1983 gekommen?*

**Christoph Becker-Schaum:** *Das erste Mal war 1979 in Bremen.*

**Eva Quistorp:** Ja, 1979 sind wir von 0 auf 3,2 gekommen. Rudi Dutschke hat mich immer nachts im Keller der Bundesgeschäftsstelle angerufen, da hatten wir unser Büro, unsere «Kampa». Und es gab keine einzige Kopiermaschine, kein Handy, keinen Computer, die Telefonate musste ich alle selber bezahlen. In der Zeit haben die Medien überhaupt nichts über uns geschrieben. Das ist auch sehr spannend. Wir haben sozusagen die Wahlergebnisse um 300 Prozent erhöht – fast ohne irgendeine Berichterstattung in den Medien. Nicht einmal eine negative, weil eine negative, habe ich später gelernt, ist ja auch eine. Der «Spiegel» hat sogar nach den 3,2 Prozent, obwohl so interessante Personen wie Joseph Beuys, Rudi Dutschke und Carl Améry dabei waren, nichts, andere einseitig und tendenziös berichtet.

**Christoph Becker-Schaum:** *Woran liegt das Deiner Meinung nach?*

**Eva Quistorp:** Ich denke, einer der Gründe, warum nicht nur die Medien, sondern auch die Partei selbst ihre Gründerinnen und Gründer in den Schatten stellte, ist – außer dass sie alle nicht dabei waren, die jetzt an der Spitze sitzen –, dass die Linken damals fast alle gegen die Grünen waren. Mich hat keiner beklatscht

dafür, weil ich bei einer Parteigründung mitgemacht habe. Ich konnte mich kaum in Kneipen sehen lassen, ohne böse Blicke abzubekommen. Eigentlich hat ein bestimmter Teil der Linksintellektuellen die Grünen erst akzeptiert, als sie 1998 in die Regierung gingen. Das muss man sich klarmachen. Ein anderer Teil aus dem Frankfurter Milieu wie Joschka und Dany, die 1983 auf Bundesebene dazukamen, haben auch nicht das ganze Alternativmilieu mitgezogen. Es haben sich immer einige bedeckt gehalten. Die Berichterstattung über diese Zeit ist teilweise sehr einseitig. Johano Strasser aber hat mit mir schon im Europawahlkampf 1979 an der Uni Aachen recht respektvoll diskutiert, als ich vorschlug, ein rot-grünes statt ein sozial-liberales Bündnis zu machen: Mehr Demokratie wagen!

**Christoph Becker-Schaum:** *Wie müsste für Dich die Parteigründung eigentlich dargestellt werden? Oder anders gefragt: Was ist für Dich die Seele der Grünen?*

**Eva Quistorp:** «Das Grün bricht aus den Zweigen.» Die Hoffnung, ein schöpferischer Prozess, an dem viele mitwirken. Als Intellektuelle habe ich gelernt, nicht so sehr in Klischees und Schemata zu denken, sondern in gesellschaftlichen, soziologischen, ökonomischen und politischen Veränderungen, auch geistigen Zusammenhängen. Ich tendierte stets zu denen, die sagten, Geschichte wird nicht von großen Männern an einem ganz bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit gemacht.

Also nach dem großen Mythos 68 gab es viele dezentrale Initiativen in den 70er-Jahren. Es wurde neu nachgedacht und es hat sich viel bewegt – in Bochum, Dortmund, Freiburg, Tübingen, Köln, also nicht nur in den großen Uni-Städten Berlin, Frankfurt, München, Hamburg. Man lebte eigentlich schon etwas Dezentrales, etwas Kreativeres und etwas, bei dem nicht mehr zwei, drei große Männer oder ein Beschluss des Kabinetts, eine bestimmte Denkschule, ein bestimmter Kirchenlehrer, eine Führerin der Frauenbewegung oder eine Redakteurin bestimmten, wo es langgeht. Meine These ist ja gegen die meisten Bücher, die bisher über die Anfänge der Grünen geschrieben worden sind, dass es zwar stimmt, dass die AUD dabei wichtig war ...

**Christoph Becker-Schaum:** *... August Haußleiters Ökopartei mit dem Namen Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher ...*

**Eva Quistorp:** ... ja, die AUD habe ich praktisch erst am 18. März 1979 auf dem Gründungskongress der SPV kennengelernt und mich ehrlich gesagt auch nicht sehr viel darum gekümmert. Ich habe ab und zu deren Zeitschriften gelesen, weil sie informativ waren. Aber ich stieß ja aus einer eher undogmatischen Alternativszene dazu – mit dem Lebensgefühl: «Wir sind ganz viele, und ganz viele von uns sind anders, und wir machen jetzt ganz viel anders in diesem Land.» Dieses Element von mir wollten ja auch Petra Kelly und Roland Vogt unbedingt drin haben. Von daher habe ich zwar gesehen, wie auf der einen Seite die K-Gruppen in ihren drei oder vier verschiedenen Variationen relativ einflussreich waren und auf der anderen Seite die AUD. Aber wichtig war auch, dass durch die

Frauen- und Alternativbewegung bereits alternative Institutionen, alternative Zeitschriften und alternative Orte bestanden.

**Christoph Becker-Schaum:** *Okay, halten wir fest: Zur Zeit der Entstehung gab es breite Netzwerke. Da gab es die AUD und die GAZ, von den älteren Herren August Haußleiter und Herbert Gruhl, dazu die Grüne Liste Umweltschutz, die Grüne Liste in Rheinland-Pfalz, die ganz viel mit der Anti-Atombewegung gegen Mülheim-Kärlich zu tun hat, und die Grüne Liste Schleswig-Holstein – sie und all die anderen Alternativbewegungen wie Wohngemeinschaften, Nachbarschaftszentren sind der Bodensatz, auf dem das Ganze gedeihen konnte.*

**Eva Quistorp:** Ja, es existierte eigentlich immer so eine dezentrale Infrastruktur für das Entstehen der ersten grünen Listen, aus der kritischen Gesundheits-, Stadtplanungs- und Verkehrspolitik, aus dem Protest gegen «die Unwirtlichkeit der Städte», dann um die Erweiterung von Flughäfen und um Umweltskandale herum, also wegen Lärmschutz, Luftverschmutzung, Kohlekraftwerken. Das waren neben dem eher wertkonservativ traditionelleren Parteiansatz und dem linken Parteiansatz die Szenen, wo Proteste gegen Umweltsünden, gegen Atomanlagen, gegen Parteispendenskandale laut wurden. Das waren die neuen sozialen und politischen Bündnisse. Das war die Kombination von Pfarrfrauen, Pfarrern, Grafen, Bauern und mittelständischen Unternehmern, städtischen Feministinnen und junger Anti-Atomscene. Sie entstand da, wo die regionalen Auseinandersetzungen waren, wie zum Beispiel in Gorleben, und war dann auch generationsübergreifend.

**Christoph Becker-Schaum:** *Du hast jetzt wunderbar plastisch geschildert: Das alternative Milieu auf der einen Seite, die Parteien von Haußleiter und Gruhl auf der anderen Seite, die organisationspolitisch wahrscheinlich eine große Rolle gespielt haben. Die Gründung erfolgte auf der ersten Bundesversammlung vom 17.-18. März 1979 in Frankfurt-Sindlingen als SPV, als «Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen».*

**Eva Quistorp:** Der Name war lange umstritten. Über solche Sachen stritt man sich damals unheimlich. Jeder verband etwas anderes damit. Einige waren für «Die Alternative». Petra, Roland und ich waren unabhängig voneinander sofort für den Namen «Die Grünen» und die Sonnenblume, weil uns das als sinnlicher, konkreter und einfach anders erschien. Wir haben 1980 dann über den Namen erneut gestritten. Man muss sich klar machen: Das Neue hat zwischen Ende 78 und März 79 angefangen. Der Gründungsprozess der Grünen dauerte aber ein Jahr bis zum März 80. Es ist ja auch nicht alles in Karlsruhe entschieden worden.

Dieser Gründungsprozess wurde ja von einer vielfältigen partizipativen Forschung begleitet, die aber die Rolle der Frauen, den Zusammenhang von Frauen-, Friedens- und Umweltfragen vollständig ausgeblendet hat. «Das sind doch kleinbürgerliche Elemente», schrieb Enzensberger. Einige linke Politologen haben sofort nach dem braunen Fleck bei den Grünen gesucht. Mir wurde ja

auch in der Frauenszene gesagt: «Eva, wie kannst du überhaupt das Wort Frau und Natur in einem Satz zusammen in den Mund nehmen? Das ist doch faschistoid!»

**Robert Camp:** *Erst nach der Europawahl mit ihrem sehr guten Ergebnis von 3,2 Prozent beschlossen viele, sich am Gründungsprozess aktiv zu beteiligen. Ich möchte, dass wir noch kurz auf den von Dir erwähnten Karlsruher Parteitag im Januar 1980 kommen, oder genauer gesagt: Die Gründung der Grünen fand eigentlich auf drei Parteitagen statt. In Karlsruhe wurde nur die Satzung verabschiedet. Bis zum Programm oder Vorstand kam man nicht mehr. Das Programm wurde dann auf dem folgenden Parteitag in Saarbrücken beschlossen. Du hast für den Bundesvorstand kandidiert.*

**Eva Quistorp:** Im Grunde wurde ich von den Bremer Grünen und von Rudi Dutschke persönlich im September 1979 eine Nacht lang beredet, in den Bundesvorstand der Grünen zu gehen. Rudi sagte: «Eva, wir brauchen Dich und Delphine Brox im ersten Bundesvorstand der Grünen. Wir brauchen bei der Parteigründung jetzt anti-autoritäre Personen.» Brox war eine geistreiche links-katholische Französin, die ich aus den Gorleben-Camps kannte. Und Rudi hat «anti-autoritär», wie ich jetzt nachträglich weiß, so verstanden: auf jeden Fall nicht leninistisch, auf jeden Fall nicht stalinistisch und nicht die traditionellen linken bürokratischen Parteiorganisationen. Er wollte Charaktere, die für die Sache und für die Bewegung arbeiten, nicht für ihre eigene Karriere und nicht für ihre Macht im Apparat. Die linke Szene war ja ziemlich hart. Es hat auch viel Kraft gekostet, gegen diese linken Truppen anzustehen. Wir hatten in Bremen mehr oder weniger beschlossen, dass wir gegen Doppelmitgliedschaften sind.

**Zuruf aus dem Publikum:** *Eine Ergänzung, weil es gerade passt. Ich gehörte zu einer K-Gruppe und war auch Doppelmitglied. Das ist auf dem Parteitag im März aufgehoben worden. Ich fand das strategisch sehr klug, weil damit das Lernprogramm für uns Ex-Maoisten begann. Ich habe bei den Grünen gelernt zu verstehen, was an meinem Weltbild vielleicht nicht tragfähig ist und warum man sich so auf ein neues Projekt einlassen kann.*

**Eva Quistorp:** Ja, die Geschichte der Parteibildung habe auch ich als Prozess erfahren, vom Begriff «Revolution» zum Begriff «Reform» und vom Begriff «Widerstand» zum «Umbauprogramm» zu kommen. Leider, aber vielleicht geht es auch nicht anders, ging das nicht immer schnell genug, auch nicht immer freundlich genug und auch nicht unbedingt linear, sondern mit Rückschritten.

Intern bildeten sich so etwas wie Führungskliquen heraus, die dann auch entschieden, wer redete oder wer einen Gegenantrag stellte. Man musste damals ideologisch gestählt und schmerzfrei sein und auch wissen, es gibt Hinterzimmer und Gruppentreffen. Ich war dann immer noch schockiert bei den Grünen. Ich habe bei einem dieser Treffen eine halbe Stunde geweint, weil ich die Atmosphäre so schrecklich empfand und dachte: «Wir sind doch jetzt Bürgerinitiative, wir sind doch jetzt Frauenbewegung. Was sind das hier für schreckliche Kämpfe? Im

Grunde entscheiden hier nur wieder vier Leute hinter den Kulissen und wieder nur linke harte Männer.»

**Robert Camp:** *In Karlsruhe hast Du die Frauenquote gefordert, Deine Idee?*

**Eva Quistorp:** Ehrlich gesagt, habe ich dort das Wort «Frauenquote» selbst das erste Mal gehört. Haußleiter hat damals einen Deal mit den K-Gruppen-Leuten gemacht, und ich meldete mich dagegen zu Wort. Petra bekam das mit und sagte: «Eva, sag Frauenquote!» [lacht]. Meine These ist, dass es dieses Wort in der Bundesrepublik vorher nicht gab. Was ist das jetzt schon wieder, was Petra da aus den USA mitbringt? In den JEF-Papieren in Brüssel hatte das Wort auch noch nicht dringestanden. Da stand etwas von Gleichberechtigung, gleicher Lohn für Frauen. Das hatte Petra mir schon 1978 gezeigt. Sie machte sich schon ganz früh daran, auch die EU und Europapolitik zu nutzen, um die Bundesrepublik zu modernisieren. Also fing ich an, die Frauenquote umzusetzen. Und das hat dann dazu geführt, dass bei der Bundesvorstandswahl in Saarbrücken 1980 eben nicht nur eine Frau drin war – und auch nicht nur Petra.

**Christoph Becker-Schaum:** *Ich würde gerne in Richtung Friedensbewegung weitersteuern, einem weiteren Strom, aus dem sich die Grünen speisten und wo es ähnlich harte Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen gab. Streitfragen dort waren: Wie halten wir es mit dem KOFAZ, dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit? Gibt es eine blockübergreifende Friedensbewegung? Du warst in der Geschäftsführung des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung. Wie war das?*

**Eva Quistorp:** Das war schon eine schwierige Bündnispolitik. Der Koordinierungsausschuss ist um den Kirchentag im Sommer 1980 in Hamburg gebildet worden, und ich bin aus der Frauenbewegung, aus der Anti-Atombewegung und aus dem ersten Europawahlkampf der Grünen heraus als Sprecherin und Gründerin der «Frauen für Frieden» hinein gewählt worden. Ich würde mal sagen, ich war die Einzige, die klar blockunabhängig und gleichzeitig noch frauenpolitisch zum Thema Krieg, Frieden und Sicherheit orientiert war. Dabei haben mich Lukas Beckmann, Jo Leinen, Klaus Vack und Manfred Kühle von der Graswurzelwerkstatt manchmal unterstützt. Die politische Kultur hat sich seitdem enorm verändert. Dazu haben auch die «Frauen für Frieden» beigetragen...

**Christoph Becker-Schaum:** *... eine Gruppe, die Du ins Leben gerufen hast.*

**Eva Quistorp:** Zweimal im Leben wurde ich von anderen angerufen und gefragt: «Eva, willst Du das nicht gründen?» Diesmal von der *taz*, die fragte: «Eva, hier ist ein Aufruf von skandinavischen Frauen für Frieden. Willst Du das nicht mal machen?» Jedenfalls habe ich es dann gemacht. In einer Küche in Westberlin haben wir «Frauen für Frieden» und die «Anstiftung der Frauen zum Frieden» am 27. Februar 1980 gegründet – zu viert. Innerhalb von drei Monaten sind wir aber – jede Nacht, keine Kopiermaschine, Telefon hatten wir, aber auch nur eins in der Wohngemeinschaft – gewaltig gewachsen.

**Christoph Becker-Schaum:** *1981 hast Du die große Friedensdemo in Bonn mitorganisiert. Wie kam es dazu?*

**Eva Quistorp:** Das ging Schlag auf Schlag. Anfang Dezember 1979 habe ich die Anti-Atomdemo hier in Berlin gegen die Atompolitik der SPD noch mitorganisiert. Irgendwie kam Rudi Dutschke vorbei und sagte, ich solle mitkommen und Willy Brandts Abschlussrede beim Parteitag der SPD hören. Ich wusste gar nicht, was ich da sollte. Ich war so auf Europa und Grüne fixiert. Und dort hörte ich vom NATO-Doppelbeschluss, von dem ich bis dato nicht wusste, was das ist. Und dann dachte ich: Was, Atomwaffen jetzt auch noch? Und davon wollen die noch mehr? Mir hat das ja schon gereicht mit Atomanlagen. Ich fand schon schlimm genug, dass die ganze Welt damit verseucht wird. Ich hatte so eine innere Landkarte, wo überall auf der Welt Uran abgebaut wird, Atommüll gelagert wird, Atomtests stattfinden und Atomanlagen sind. Die Gefahr der Proliferation von Atommaterial an Terroristen, die haben wir schon damals erkannt. Und dann hat wieder ein Journalist von der *taz*, die *taz*-Gründerszene kannte mich, gesagt, ich solle was gegen den NATO-Doppelbeschluss machen. Und ich habe dann – nach einer Lern- und Lesephase, um mich in das Thema einzuarbeiten – Frauenfriedensmärsche durch Europa und die riesigen Demos in Bonn mitorganisiert ...

**Christoph Becker-Schaum:** *... die immer größer wurden.*

**Eva Quistorp:** Ja, der erste Durchbruch der neuen Friedensbewegung – die ich «neue» nenne, aber sie war natürlich eine Mischung von alter und neuer mit den DKP- und KOFAZ-Strukturen – war am 10. Oktober 1981 im Hofgarten. Da verantwortete ich zum ersten Mal in meinem Leben eine bundesweite Demonstration mit und hatte das Gefühl: Oh mein Gott, wenn die schief geht, und da was Falsches über dich in der «Bild»-Zeitung steht, dann ist aber deine Berufskarriere vollkommen vorbei. Und dann saß ich das erste Mal im Leben neben Spitzenvertretern der DKP, der SPD und der Gewerkschaften.

**Christoph Becker-Schaum:** *Der Koordinierungsausschuss war ja so zusammengesetzt, dass die verschiedenen Gruppen dort in einem wohl austarierten Verhältnis saßen. Aber es gab verschiedene Spektren von Unabhängigen, es gab ein feministisches Spektrum, es gab ein Parteienspektrum, es gab das KOFAZ, die DKP. Über was wurde diskutiert?*

**Eva Quistorp:** Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, wie lange wir über Aufrufe und Sprache diskutierten. Wir hatten ja schon in der Studentenbewegung versucht, Justiz und Lehrkörper vom Nazi-Jargon zu reinigen. Dann kam noch mal eine Welle, die Sprache daraufhin durchzugucken, ob sie friedensgemäß ist. Man durfte keine Feindbilder mehr haben.

Wir hatten im Koordinierungsausschuss schon Entscheidungsgewalt, nämlich wer bei den Großdemos redet, wie man die organisiert. Und wir mussten das Bündnis zusammenhalten. Aber die Friedensbewegung hatte auch ein Element der Alternativbewegung: es gab wahnsinnig viel dezentrale Aktivität von unten.



*Eva Quistorp im Mai 1986 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover.*

Die organisierten Kerne der DKP, die ihre Kontakte zu Journalisten und Wissenschaftlern hatten, haben natürlich versucht, die Kontrolle zu behalten – etwa wie ein Aufruf formuliert wird. Sie wollten, dass an möglichst wenig Stellen SS 20 erwähnt werden und an keiner Stelle «Wir sind gegen die Atomwaffen von beiden Supermächten» oder «Schwerter zu Pflugscharen». Das haben sie auch an einigen Stellen geschafft, und zwar deswegen, weil ein Teil der Friedensbewegung «naiv» war. Aber es ist vollkommen überschätzt, wenn man meint, SED und DKP hätten ins Gehirn und in die Seele von allen reingeguckt und jede Aktion koordiniert und bestimmt.

**Robert Camp:** *Die Abgrenzung gegen den Einfluss der DDR war eine Seite, die Umkehrung ins Positive aber auch. Zum ersten Mal wurde auf blockübergreifende Ansätze gesetzt. Das hat sich, glaube ich, fokussiert im END-Prozess. Die Kampagne «European Nuclear Disarmament» verstand sich ausdrücklich als prozesshaft, als offene Struktur, und eine, die auch in Organisationsformen ost- und westeuropäische Leute zusammenzubringen versuchte.*

**Eva Quistorp:** Ja, das war auch 1980, das Jahr, als Solidarność entstand, deren Vertreter Tadeusz Mazowiecki ich dann als Europaabgeordnete am 1. September 1989 auf der Westernplatte traf. END ist in England entstanden. 1980 haben wir in einem Keller in Brüssel das europäische END-Netzwerk gegründet. Da waren außer mir noch Rudolf Bahro, Mary Kaldor, Edward Thompson und seine Frau Dorothy dabei, die schon in den 50er-Jahren Frauenfriedensfahrten durch Europa gemacht hat.

**Robert Camp:** *END basierte auf einem Aufruf, der atomwaffenfreie Zonen und die Abrüstung von Atomwaffen in Osteuropa und Westeuropa forderte. Der END-Appell verstand sich explizit als Alternative zum Krefelder Appell, der sich nur an die USA und an die Westseite wandte. 1980 fand die erste von elf Conventions statt – so hießen die Zusammenkünfte. Die erste Convention war in Brüssel, dann kam, ich bin nicht ganz sicher, Berlin.*

**Eva Quistorp:** Berlin war im Mai 1983, im ICC. In der Zwischenzeit hatte sich irreviel entwickelt. György Konrád und György Dalos waren inzwischen bekannt. Solidarność, die Charta 77 und Frauen für Frieden aus der DDR waren, ohne anwesend sein zu können, aber über Exilierte immerhin, unsere indirekten Mitdiskutanten. Jürgen Fuchs und auch die ersten Ausgereisten aus der Friedensbewegung der DDR nahmen daran schon teil.

**Robert Camp:** *Was genau ist auf der Berliner END-Convention passiert?*

**Eva Quistorp:** Dieser Kongress war programmatisch ganz toll. Da ging es um ein atomwaffenfreies Europa und Bürgerrechte in ganz Europa, um den Dialog mit Andrej Sacharow, Adam Michnik und anderen, mit der Charta 77, da ging es um den Aufruf von Peter Brandt, den ich als einzige Grüne unterstützte, für die europäische und darin die deutsche Einheit in einem demokratischen Europa. Wir waren danach in Paris, in Perugia, 1987 in Coventry. Im Grunde

kamen dadurch die eurokommunistischen Parteien und deren Milieu in Europa langsam unter grünen Druck.

**Christoph Becker-Schaum:** *Es gibt die Formulierung, dass die Grünen überhaupt nur als «Ökopaxe» in ein so breites Spektrum ausstrahlen konnten, dass sie den Schritt in den Bundestag 83 vollziehen konnten.*

**Eva Quistorp:** Da hat sich die Kraft gebildet, die den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffte, die zu Stammwählern der Grünen wurde, in dieser friedens- und umweltpolitischen Debatte und Bewegung, die stark von Frauen getragen wurde.

**Robert Camp:** *Ich würde den Bogen schon gerne ein bisschen weiter spannen. Es sind ja auch nicht mehr viele Jahre hin bis zu Gorbatschow 1985. Wie würdest Du im Rückblick den Zusammenhang sehen zwischen diesem END-Prozess und den Veränderungen der Sowjetunion und dann des ganzen osteuropäischen politischen Gefüges?*

**Eva Quistorp:** Als Wechselwirkungen. Petra und ich haben Gorbatschow ja schon 1987 persönlich getroffen. Aber wir waren eine kleine Gruppe. Ich habe auch in meinem Leben gelernt, dass es kleine Gruppen und oft auch Minderheiten sind, die etwas anstoßen, was jedoch dem Zeitgeist entsprechen muss. Die Conventions waren von ein paar Hundert besucht, dann hier in Berlin ein paar Tausend. Ich glaube kaum, dass wir direkt Gorbatschow beeinflusst haben. Aber ich würde schon sagen, die END-Gruppe hat gezielt darauf hingearbeitet, dass 1989 irgendwie langsam wirklich wurde.

Es war eine Minderheit sowohl in der Frauenfriedensbewegung wie in der Ökologie-, wie in der Friedensbewegung, die wirklich sehr klar sah, wen man in Osteuropa zu unterstützen hatte. Aber das ist immer so. Es war ja auch in Osteuropa eine Minderheit, die ganz klar durchgeblickt und Mut hatte.

**Christoph Becker-Schaum:** *Wir sind nun an verschiedenen Stellen, die wir bis 1989 hätten besprechen können, nur vorbeigeschrammt, vor allem an Deiner Arbeit im Bundesvorstand der Grünen – immerhin fallen der GAU von Tschernobyl und das Umbauprogramm, auf das Du angespielt hast, in diese Zeit. Auch der Fundi-Realo-Streit, wo Du klar Position bezogen hast, und nicht zuletzt die Gründung unserer Stiftung. Beim Fall der Mauer und bis zum Krieg in Bosnien warst Du eine mutige Stimme für Frauen- und Bürgerrechte im Europaparlament. Wir kommen heute auch nicht mehr dazu, über Dein Engagement bei Attac und für Bürgerrechte in China und im Iran zu sprechen. Zum Abschluss möchte ich gerne noch auf Dein internationales Engagement in der UNO eingehen. Wie kam es dazu?*

**Eva Quistorp:** «Frauen für Frieden» hat sich von Skandinavien aus auf die UNO-Frauenkonferenz hin entwickelt. Innerhalb von drei Monaten entstanden bundesweit zig Grüppchen. Dann hatten wir 40.000 Unterschriften zusammen für die UNO, und so kam ich das erste Mal auf die UNO-Konferenz im Juni 1980 in Kopenhagen. Auch Petra war für eine Aktion dort. Von 1980 bis zu ihrem Tod 1992 haben Petra und ich unabhängig von Debatten im Bundesvorstand,

in der Fraktion oder irgendwelchen Papieren parallel UNO-Frauenpolitik und UNO-Friedenspolitik gemacht. Nicht immer abgesprochen, aber wir wussten voneinander. Ich habe viel von anderen Frauen gelernt und traf auf Vorbilder wie Bella Abzug, die mir zeigte, wie man bei der UNO auftreten kann.

Also ich habe den allerersten Workshop zu Frauen und Atomenergie und Alternativenergie in Kopenhagen gemacht. Und weil Kopenhagen mir so gefiel, fing ich UNO-Konferenzen an, mich zu interessieren. Ich fand sie überhaupt nicht langweilig. Das linke Klischee war ja, UNO ist nur Papiertiger und Gequassel. Aber ich traf dort Frauen aus Lateinamerika, aus Asien. Da merkte ich: Die UNO ist so organisiert, dass wir sie als einen Treffpunkt einer – heute würde man sagen – globalen Zivilgesellschaft nutzen können.

**Christoph Becker-Schaum:** *Du hast durch Deine Arbeit dem Gender-Ökologie-Thema auf internationaler Ebene seine Brisanz verschafft und auch an der Resolution 1325 zu Frauen und Sicherheit mitgearbeitet. Wie hast Du das geschafft?*

**Eva Quistorp:** Der Aufbruch mit der UNO-Frauendekade seit Houston 1975 hieß für mich 1980 in Kopenhagen, Frauen und Ökologie, Frauen und Frieden in der UNO und der EU institutionell zu verankern und so die Basisbewegungen weltweit zu stärken. Das Friedensthema war in der UNO von den sozialistischen Ländern beziehungsweise vom Kalten Krieg bestimmt und den ganzen Kadern okkupiert, die weder die UdSSR, China oder Diktaturen in der arabischen Welt oder Afrika kritisierten, noch Frauen- und Menschenrechte überall unteilbar forderten. Angeregt durch die amerikanische Frauenbewegung haben wir eine neue Frauenbewegung in die UNO eingebracht. 1985 in Nairobi habe ich das erste Mal eine Delegation der Grünen-Frauen bei einer UNO-Konferenz angestoßen. Da waren wir, glaube ich, nur fünf. Bei der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 jedenfalls habe ich mit fünf bis 15 Frauen, mehr waren das nicht, aus allen möglichen Ländern in fünf Tagen das Kapitel «Frauen und Umwelt» geschrieben, und wir haben mit vielen Feministinnen und Entwicklungspolitikerinnen die Rolle des IWF und der Weltbank kritisch unter die Lupe genommen.

Parallel dazu, was auch sehr wichtig ist, lief von der UNO der Bereich Frauen, Frieden, Entwicklung. Mein praktischer Lernprozess damit lief von der Gründung von «Frauen für Frieden» am 27. Februar 1980 über die Friedensbewegung, END, Mauerfall, bis zu dieser UNO-Schiene «Frauen in Krisengebieten» und zu meinem Engagement für Bosnien und medica mondiale seit 1992. Die Frauenbewegung und die Friedensbewegung, die Frauenfriedensforschung und die Friedensforschung nahmen immer mehr Einfluss auf diese Dokumente, so dass es jetzt ein Kapitel zur Konfliktlösung von Frauen in Krisengebieten, auf deutsch: in Kriegsgebieten, gibt. Das ging dann bis zur Resolution 1325, an der ich auch mitschreiben durfte. Da bin ich eine von 100 weltweit, die daran mitge-lobbyt und mitgeschrieben hat.

**Aus dem Publikum:** *Ich war im letzten Dezember beim Klimagipfel in Kopenhagen. Dort wurde Eva Quistorp als «Großmutter der internationalen Frauenökologiebe-*

wegung» bezeichnet. *Mich würden die Strategien zur Vernetzung der Frauen interessieren.*

**Eva Quistorp:** Mit den Aktionen zu Frauen, Umwelt und Klima ging es 1973 und dann 1980 in Kopenhagen los, dann 1992 Rio, dann 1995 Berlin und Kopenhagen, als Angela Merkel Umweltministerin war und das Kyoto-Protokoll vorbereitete. Da haben wir eine internationale Frauenkonferenz zu Frauen und Klima gemacht. Seitdem ist das Netzwerk «Frauen und Klima» global entstanden. Wir hatten am Anfang überhaupt kein Geld, das habe ich mit dem Rest meiner ersparten Diäten und Spenden finanziert. Bei der UNO dürfen seit Jahrzehnten – das ist nicht der Erfolg der Grünen, das haben schon andere vor uns erreicht – immer Vertreterinnen der Kirchen und großer sozialer Gruppen reden. In Kopenhagen durfte nun die Gender- und Climate-Justice-Plattform reden, meine Freundinnen Wangari Maathai und Vandana Shiva, die 1993 den Alternativen Nobelpreis bekommen hat. Das ist ein Beispiel, wie Netzwerke von Frauen in Entscheidungspositionen, die engagiert und verantwortlich zu Frauenrechten, Frauen und Klimawandel, Frauen und Entwicklung, Frauen und Frieden arbeiten, auch Erfolg haben. Es hat viel Kraft gekostet, aber es hat sich doch gelohnt, vor 30 Jahren damit anzufangen.

**Christoph Becker-Schaum:** *Das finden wir auch. Wir sind alle ganz beeindruckt.*

**Robert Camp:** *Ja, vielen Dank, vor allem für Deine Power, die Du auch in diesem Gespräch wieder einmal hingelegt hast.*

# Greenway – das osteuropäische Grüne Netzwerk (1985 – 1990)

Greenway wurde nicht in der DDR gegründet, sondern in Ungarn, der »lustigsten Baracke des sozialistischen Lagers«, wo bereits im Jahre 1985 mehr als in den anderen realsozialistisch genannten Staaten möglich zu sein schien und manchmal auch war.

Die Gründer kamen aus Polen, der ČSSR, dem damaligen Jugoslawien und natürlich aus Ungarn. Bis zum Herbst 1989 kamen Gruppen aus weiteren Staaten dazu, darunter auch Gruppen aus den baltischen Sowjetrepubliken. Nur Albanien und Rumänien waren zu jener Zeit noch nicht im Greenway-Netzwerk vertreten.

Internationale Abkommen geboten den Schutz unserer gemeinsamen Umwelt durch die Zusammenarbeit über Länder- und Blockgrenzen hinweg. Mit dem KSZE-Abkommen von Helsinki erklärten die unterzeichnenden Staaten, die fragile Sicherheit des Kalten Krieges durch Projekte der Zusammenarbeit stabilisieren zu wollen. Eine wesentliche Voraussetzung der Zusammenarbeit war die Informations- und Reisefreiheit. Auch die Staaten des sozialistischen Lagers waren dazu verpflichtet. Hier setzte Greenway an!

Nach der Gründung der Berliner Umweltbibliothek (UB) im September 1986 besuchten uns auch bald Umweltschützer aus Mitteleuropa, aus Polen und Ungarn. Sie kannten nicht die für die DDR-Opposition üblichen, »normalen« Reisebeschränkungen und reisten nach West- und Nordeuropa, wobei ihre Wege oft über Berlin führten. Die Gründer der UB an der Ostberliner Zionskirche hingegen erhielten noch im Gründungsjahr vom MfS als administrative Strafe »Reisesperre eingelegt«. Wir durften über Jahre hin nicht mehr aus der DDR nach Osteuropa ausreisen, ich selbst bis Sommer 1989. Westreisen in »dringenden familiären Angelegenheiten« konnten aber einige der UB-Mitarbeiter merkwürdigerweise antreten, obwohl die Ostreisesperre weiterhin bestand. Gleiche Beschränkungen galten für viele Umweltakteure des 1988 gegründeten Grünökologischen Netzwerks Arche.

Die Reisebeschränkungen für DDR-Bürger und Akteure der Friedens- und Umweltbewegung gehörten im Zeitalter von Glasnost und Perestroika zu den Anachronismen und waren, wie die Greenway-Netzwerkarbeit ergab, nur mit den Reisebeschränkungen für Bürger aus Rumänien und Albanien vergleichbar. Für die Initiative »Frieden und Menschenrechte« hatte Wolfgang Templin

die DDR-Menschenrechtsverletzungen durch Reisesperren als Landesarrest bezeichnet. Für die UB und auch die Netzwerkarbeit prägte ich die Begriffe »DDR-Arrest« und »DDR-Arrestierte«. Sowohl in der UB als auch im Netzwerk Arche erfassten wir solche arrestierten Umweltschützer namentlich, um internationalen Druck zu machen. In Zusammenarbeit mit der europäischen Menschenrechtsorganisation »Helsinki Watch« übergaben wir auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien mit einem offenen Brief vom Juli 1988 eine entsprechende Liste an die nationalen Delegationen der Konferenz. Diese Aktion blieb nicht erfolglos. Anfang 1989 konnten viele ehemals DDR-Arrestierte wieder in den Osten reisen.

## Greenway-Akteure und -Aktionen

Einen der ersten und zugleich markantesten Greenway-Reisenden lernte ich noch 1987, im ersten Jahr nach der Gründung der UB kennen: Dr. Zygmund Fura aus Krakau vom »Polnischen ökologischen Klub« (PKE). Dieser Club war etwa zeitgleich und im Zusammenhang mit der Solidarność entstanden und gewachsen. Am PKE, einem landesweiten Zusammenschluss von Umweltgruppen, die u.a. zu den ökologischen Krisengebieten in Oberschlesien und gegen ein Atomkraftwerksprojekt westlich von Danzig arbeiteten, waren auch Wissenschaftler aus den Universitäten und der Akademie beteiligt. Dieses offene Engagement von Wissenschaftlern in Umweltfragen überrascht, waren Wissenschaftler und Studenten in DDR-Oppositionsgruppen doch eher die Ausnahme. DDR-Wissenschaftler saßen gewöhnlich warm und wohlversorgt in Akademien und Universitäten, bestrebt, ihre kleinen Freiheiten nicht einzubüßen, und ironisch oder zynisch Weisheiten über ihre Umwelt von sich gebend. Aber es war auch klar: wurden sie wirkliche Kritiker und Oppositionelle, so blieben sie, wie das Beispiel Robert Havemanns zeigt, nicht im Amt.

Dr. Fura, Chemiker an der Krakauer Universität, brachte erste Informationen über das osteuropäische Netzwerk Greenway nach Ostberlin. Dazu gehörten die Adresse des Greenway-Büros in Budapest, dem Gründungsort des Netzwerks, und die ersten Greenway-Newsletter, etwa vierteljährlich erscheinende Info-Heftchen mit Terminen von Umweltaktionen, Konferenzen, Seminaren und Öko-Camps in den anderen Ländern des sozialistischen Lagers, einschließlich der westlichen Peripherie der Sowjetunion.

Dr. Fura lud uns auch gleich zu einem Greenway-Treffen an die Krakauer Universität ein. In Polen, Ungarn und sogar in Sowjet-Lettland, mit dem »Ökologischen Club der Rigaer Universität«, hatten Umweltschützer – für uns überraschend – offiziell Räume in Universitäten. Vergleichbare Bedingungen an der Humboldt-Universität zu Berlin waren undenkbar, und selbst der Öko-Kreis der Evangelischen Studentengemeinde in Ostberlin war offener und geheimdienstlicher Verfolgung ausgesetzt.<sup>1</sup> In der DDR waren Daten zur Lage der Umwelt seit

1 Siehe hierzu: Carlo Jordan, Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2001, S. 190-197.

1982 Staatsgeheimnis. Ökologische Aufklärung über die reale Lebenssituation in der DDR konnte mit Gefängnis bestraft werden, was noch 1986 Umweltschützer aus Karl-Marx-Stadt traf, die Tonbandmitschnitte zu Tschernobyl und den Folgen für die DDR verbreiteten.

Schließlich fragte uns Dr. Fura noch, ob die Berliner UB nicht die Greenway-Koordination für East Germany übernehmen könne. Die Greenway-Sprache für die osteuropäische Koordination war Englisch, was die Partizipation Ostdeutscher einschränkte, da nur wenige Akteure in Umweltgruppen und der DDR-Opposition sich englisch verständigen konnten. Russisch hatten zwar alle Osteuropäer in den Schulen zu lernen, aber nur wenige brachten es zur Kommunikationsfähigkeit. Russisch war deshalb bei Greenway nicht besonders gefragt und wurde erst später zwischen den Grünen der ehemaligen Sowjetunion allgemeine Kommunikationssprache. Deutsch, das in Nord- und Osteuropa bis weit in das 20. Jahrhundert hinein diese Funktion hatte, existierte für die Greenway-Koordination nicht.

Bei einem Treffen in der UB stellte ich Greenway vor. Nachdem die Befürchtungen, es könnte sich um eine »zentralistische Organisation mit Zentralkomitee« in Budapest handeln, zerstreut waren, erklärte sich die UB bereit, als Greenway-Anlaufstelle für East Germany zu fungieren, und schickte einige Umweltschützer, die noch reisen konnten, nach Krakau zum Greenway Annual Meeting 1987. Weitere Jahrestreffen fanden 1988 im slowakischen Kralovany (Mala Fatra), 1989 in Ostberlin in den Räumen der Evangelischen Gemeinde Friedrichsfelde, 1990 in Sowjet-Lettland, in Riga und einem Gutshaus nahebei, und 1991 im ungarischen Mosonmagyaróvár statt.

Zu den Jahrestreffen reisten meist zwei Vertreter pro Land, vorwiegend die nationalen Koordinatoren. Ich selbst war nur 1989, 1990 und 1991 dabei.

Auf den Konferenzen ging es vor allem um gemeinsame Projekte. So wurde z.B. 1988 in der Mala Fatra beschlossen, die zehn größten Luftverschmutzer jedes Landes zu erfassen und mit Aktionen für die Luftreinhaltung einzutreten. Diese »Air Plan« benannte Aktion führte in der DDR zu einem von der Arche im September 1989 in Erfurt organisierten Seminar, zu dem u.a. erstmals bulgarische Umweltfreunde von Ökoglasnost mit Peter Slabakow aus Sofia anreisten.

Die Auflistung der zehn größten Luftverschmutzer, in der DDR gehörten dazu das Kohlekraftwerk in Schwarze Pumpe und die chemischen Werke in Leuna und Buna, sollte dazu dienen, den Schwefeldioxid-Ausstoß um 30% zu reduzieren. Diese Zielmarke war in internationalen Abkommen gesetzt worden. Durch Greenway angeregt, fanden 1988 im Dreiländereck ČSSR/Polen/DDR gemeinsame Exkursionen zum Thema Luftverschmutzung und Waldsterben statt, entsprechende Aktionen wurden initiiert. Zu den größten Umweltaktionen des Jahres 1988 zählte die Massenmobilisierung gegen die Donau-Betonierung zum Bau des Kraftwerks von Nagymaros, an der auch Greenway beteiligt war.

Im Jahr 1989 konzentrierte sich Greenway auf den »Baltic Action Day«. Mit kleinen phantasievollen Aktionen wurde vor allem auf einen effektiven Schutz der Ostsee durch Reinigung der Zuflüsse aus Industrie und Landwirtschaft hinge-

wirkt. Vor allem die Überdüngung war ein Problem. Im Juni 1989 sollte schließlich im finnischen Kottka die erste Ostseekonferenz stattfinden. Tatsächlich wurde dort über Block- und Staatsgrenzen hinweg die Zusammenarbeit zum Schutz des gemeinsamen Meeresbeckens diskutiert. Im Mittelpunkt standen Fragen der Sammlung und legalen Veröffentlichung von Informationen zum Zustand der Ostsee sowie Ost-West-Projekte zur Verbesserung der Wasserqualität der in die Ostsee mündenden Flüsse durch subventionierte Großkläranlagen.



*Budapest, Sommer 1988: Andrea Dunai und Falk Zimmermann (IM «Reinhard Schumann»).*

Informationen über die Jahrestreffen von Greenway und sonstige Neuigkeiten aus dem Newsletter verbreiteten die nationalen Koordinatoren in den Umweltmedien. Die Möglichkeiten dazu waren von Land zu Land sehr unterschiedlich. In der DDR war bis 1989 in den staatlichen Medien sogar die Nennung des Begriffs »Ökologie« unterdrückt bzw. vermieden worden. Es blieben für entsprechende Meldungen nur die Samisdat-Zeitschriften wie Umweltblätter und Arche Nova. Hier finden sich einzelne Berichte und Aufrufe. Einige Länder hatten damals schon auflagenstarke Zeitungen, die sich solchen Problemen widmeten. In Sowjet-Litauen war das zum Beispiel »Grünes Litauen«.

Aufgabe des Budapester Greenway-Büros war es vor allem, eingehende Informationen zu sammeln und die Newsletter herauszugeben. Dieses Büro hatte sogar eine richtige Adresse nahe dem Nationalmuseum am Museumsring: Greenway – ELTE Nature Conservation Club, H-1053 Budapest, Egyetemter 1-3, und wurde unter Leitung der Biologen Erszebet Pasztor und Gabor

Hrasko betrieben. Die direkte Verbindung zwischen dem Arche-Netzwerk und dem Budapester Greenway-Büro stellte die Ungarin Andrea Dunai her, die häufig zwischen Berlin und Budapest pendelte und auch am Newsletter mitarbeitete.

Eine wichtige Rubrik der Newsletter waren Berichte von Aktionen der grünen Bewegung. In Litauen etwa wurde vom 16. bis 18. September 1988 am Atomkraftwerk Ignalina, Block III, unter anderem mit einer Menschenkette für einen Baustop demonstriert, insgesamt beteiligten sich etwa 100 000 Menschen.

Ab 1989 waren Überblicksdarstellungen der Umweltprobleme einzelner Länder sowie der Ziele und Probleme der ökologischen Umgestaltung die zentralen Themen.

Auf der Berliner Greenway-Konferenz im September 1989 stand neben einer Bestandsaufnahme des Gründungsprozesses Grüner Parteien in Osteuropa die sich abzeichnende revolutionäre Umwälzung unter ökologischem Aspekt auf der Tagesordnung. Im Abschlussdokument forderten wir, alle Umweltprobleme zukünftig im Hinblick auf eine dauerhafte Entwicklung (sustainable development) zu betrachten. Greenway, so waren wir überzeugt, könnte für eine solche Entwicklung in Osteuropa eine bedeutsame Rolle spielen. Deshalb kamen wir zu der Einschätzung, dass unsere Länder nicht den Weg des traditionellen Sozialismus weiterverfolgen könnten, aber auch nicht in die Schlingen westlicher Entwicklung geraten sollten, der Wegwerf- und Ellenbogen-Gesellschaften. Wir hatten einen dauerhaft begehbaren Weg zu skizzieren, eben den Greenway.<sup>2</sup>

Das einzige Greenway-Jahrestreffen in der Noch-Sowjetunion fand im Herbst 1990 in und bei Riga statt. Obwohl Sowjet-Staatsbürger sich seit 1988 erleichteter Ausreisebedingungen erfreuen konnten, war die Einreise von Ausländern auch aus den nun ehemaligen sozialistischen Ländern in die SU unverändert schwierig. Dazu mussten persönliche Einladungen des lettischen Umweltverbandes «Vides Aizsardzibas Klub» (VAK) mit förmlicher Einreisegenehmigung organisiert werden. Treffpunkt war nach Ausreise per Eisenbahn über Warschau und Vilnius – es gab noch bessere Zugverbindungen als heute – zunächst die Greenway-Anlaufstelle im ökologischen Club der Universität im Zentrum Rigas. Nach der Begrüßung erhielten die aus acht Ländern angereisten Greenway-Akteure nähere Infos über den Konferenzort, ein altes Gutshaus außerhalb Rigas, das noch stark an ein Komsomol-Schulungsheim erinnerte. Die 90er-Jahreskonferenz konnte dort ungehindert stattfinden, was für die Bedingungen in der SU überraschend war. Ende der 80er war eine Umweltkonferenz in Lettland, die in einem ähnlichen Gutshaus stattfand, noch vom KGB umstellt worden, wie der Greenway-Reisende Matthias Voigt berichtete.

Als Greenway im Herbst 1990 in Lettland zusammenkamen, hatte sich die Situation grundlegend geändert. Jetzt saßen bereits Grüne in Parlamenten und Regierungen. Zugleich stellten der beginnende Ausverkauf Osteuropas und die

---

2 Siehe hierzu: Carlo Jordan, Hans Michael Kloth, Arche Nova. Opposition in der DDR. Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche«. Mit den Texten der ARCHE NOVA, Berlin 1995, S. 466.

Umwandlung ökologischer in soziale Krisengebiete durch Stilllegung großindustrieller Dreckschleudern und damit einhergehende Massenentlassungen die Grünen vor neue Probleme. Ihre Aktionen fanden nun nicht mehr die ungeteilte Zustimmung der Bevölkerung.

Die Bedeutung des Greenway-Netzwerks hatte sich im Übrigen bereits wenige Monate nach dem ersten Treffen mit Dr. Fura gezeigt. Nach dem Überfall der Stasi auf die UB und der Verhaftung von sieben UB-Mitarbeitern im November 1987 beteiligten sich auch osteuropäische Greenway-Reisende an den Mahnwachen an und in der Zionskirche. Dr. Fura sprach auf einem der allabendlichen Mahngottesdienste und forderte für Greenway und den Polnischen ökologischen Klub die Freilassung der Umweltaktivisten der UB. Diese Solidarität aus dem Osten war ebenso wichtig wie die westliche Medienresonanz und Solidarität. Noch Monate nach dem Überfall auf die UB und den Verhaftungen erreichten die UB über Greenway vermittelte Solidaritätsadressen aus Osteuropa.

## Reisen zu internationalen Umweltaktionen

Um die uns über den Greenway-Newsletter bekanntgewordenen Veranstaltungen in den anderen Ländern des sozialistischen Lagers besuchen zu können, musste man zuvor aus der DDR ausreisen. Trotz Reisesperre fanden sich ab 1987 immer wieder Umwelt-Akteure, denen dies möglich war: Dorit Krusche, Sarah Jasinczak, Astrid Roebke etwa für die UB oder Matthias Voigt, Heike Roth und Silke Fechner für die Arche. Nicht zu vergessen sind die inoffiziellen (Reise-) Mitarbeiter im Auslandseinsatz wie Mario Hamel (IM »Max«), Falk Zimmermann (IM »Reinhard Schumann«) und auch Rebecca Münz (IM »Marcus Hirsch«). Durch Denunziation dieser Spitzel, vor allem Zimmermanns, bekamen auch bald Freunde, die noch reisen durften, wie beispielsweise Astrid Roebke, Reisesperre.

Falk Zimmermann koordinierte für Greenway und Arche den Reiseservice für individuelle Umweltreisende in Ostdeutschland mit dem Netzwerkanschluss nach Osteuropa. In der DDR nutzten wir den Reiseservice insbesondere für Exkursionen zu ökologischen Krisengebieten. Umweltschützer aus Osteuropa besuchten häufig Bitterfeld, die schmutzigste Stadt Europas, und das umliegende Chemiedreieck Bitterfeld-Halle-Leipzig. Der Reiseservice stellte den Kontakt zu örtlichen Umweltschützern her, um die Unterbringung und Führungen zu ermöglichen.

Unsere Reisekontakte nach Osteuropa standen oft im Zusammenhang mit Veranstaltungen, denen dann ein Reiseprogramm mit Vorträgen in Umweltgruppen und Kirchengemeinden folgte.<sup>3</sup> Die Zahl der Reisenden, die diesen Service in Anspruch nahmen, ist leider nicht mehr zu ermitteln.

<sup>3</sup> Siehe ebenda, S. 71-79.

Zu Reisefragen gab es zudem in der Arche Nova die Rubrik »Anders reisen«. In Zusammenarbeit mit dem Reiseservice wurde hier u.a. über osteuropäische Entwicklungen in der Reisefrage berichtet.<sup>4</sup>

Ansonsten kamen Grüne aus Osteuropa vor allem zu den Berliner Ökologieseminaren, die alljährlich bis 1989 im November in Räumen der Evangelischen Kirche in Ostberlin stattfanden. Bei den Berliner Seminaren trafen Grüne aus Ost und West zusammen, aus westlicher Richtung vor allem aus Westdeutschland, Österreich, Holland und Belgien. Ab 1988 waren auch Grüne aus dem sowjetischen Baltikum vertreten.

Durch Kontakte, die vor allem zu und auf den Berliner Ökologieseminaren gepflegt wurden, aber auch postalisch, erhielten wir für die Arche Nova Berichte, Zeitungen und Dokumente, die von der dank Glasnost und Perestroika wachsenden Umwelt- und Bürgerbewegung im Nordwesten der Sowjetunion zeugten.<sup>5</sup> Die Arche Nova-Redaktion wertete vor allem russischsprachige Periodika aus dem Baltikum aus, die nach dem »Sputnik«-Verbot in der DDR nicht zugänglich waren, etwa »Sowjetskaja Estonia«, »Sowjetskaja Latvija« und auch die »Komsomolskaja Prawda«. Dr. Edgar Wallisch übersetzte einzelne Texte für die Arche Nova ins Deutsche. Die Berichte zeigten eine schnell wachsende Bürger-



*Ökologischer Marsch durch Litauen 1988.*

<sup>4</sup> Siehe ebenda, S. 234.

<sup>5</sup> Siehe ebenda, S. 345-346.

bewegung und größere Freiheiten bei den Wahlen zu den Sowjets, während in der DDR im Sommer 1988 noch nicht all zuviel in Bewegung geraten war.

Eine der ersten größeren Aktionen im Baltikum war 1988 der Ökologische Marsch durch Sowjet-Litauen, auf dem es erstmals zu Öko-Camps von litauischen Grünen bei sowjetischen Militärstützpunkten kam. Über die Greenway-Newsletter eingeladen, beteiligten sich nun auch immer mehr Freunde aus der DDR an solchen Aktionen.

Eine Finanzierung für die Greenway-Netzwerkarbeit gab es nach meiner Erinnerung eigentlich nicht. Das Greenway-Büro in Budapest trug die Budapester Universität. Einige Treffen fanden in Polen ebenfalls an Universitäten statt, wo Greenway-Akteure auch in Studentenwohnheimen unterkamen. Auch die Greenway-Anlaufstelle in Sowjet-Lettland war der Ökologische Club der Rigaer Universität. Die Reisekosten brachten die Greenway-Freunde bei damaligen Tarifen zumeist selber auf, oder sie wurden von ihren nationalen Umweltorganisationen unterstützt. Wichtiger als die Finanzierung war allemal die Legalisierung. Auch wichtig für Greenway-Reisende war die Betreuung durch die nationalen Umweltorganisationen in den jeweils anderen Ländern – PKE in Polen, VAK in Lettland, Atgaja in Litauen, Elte an der Eoetvoes-Lorand-Universität in Budapest, Brontosaurus in der ČSSR und Arche in Ostdeutschland – bis hin zur privaten Unterbringung durch den Greenway-Reiseservice.

1989 – ich konnte selbst wieder ausreisen und bekam auch eine Einreise-Transit-Genehmigung für die Sowjetunion – nahm ich am litauischen Friedensmarsch teil. Eine Woche reisten, ruderten und wanderten 300 bis 400 Umwelt- und Friedensfreunde zu den ökologischen und militärischen Krisenregionen Litauens. Dazu gehörte die symbolische Besetzung eines sowjetischen Militärflughafens mit Sitzstreik vor der Kommandantura (Stadtkommandantur), ein Camp mit Rockkonzerten beim Chemiekombinat Jonava, der Besuch heiliger Stätten wie des Kreuzberges und die abschließende Bootsfahrt auf der Memel nach Klaipeda mit einem kurzen Trip auf die Kurische Nehrung.

Die Zeit breitester Bürgerbewegungen reifte heran. Noch im Sommer 1989 kam es zu einer Menschenkette von Litauen bis Estland für Freiheit, Demokratie und nationale Selbstbestimmung. Die baltischen Parlamente erklärten die Unabhängigkeit von der Sowjetunion.

## **Grüne Parteien in Osteuropa**

Das im Januar 1988 in Ostberlin gegründete Grüne Netzwerk Arche traf der harsche Vorwurf einiger Umweltfreunde aus der UB, eine Parteigründung zu sein. Tatsächlich bedeutete die Arche-Gründung bestenfalls einen ersten Schritt hin zur Schaffung verbindlicher grüner Strukturen in Ostdeutschland. Am Netzwerk-Modell von Greenway orientiert, war Arche ein umweltwissenschaftlich orientiertes Netzwerk mit Anlaufstellen in den Regionen, die die Länderneubildung nach der Wende vorbereiteten und sich zunächst an den Kirchenprovinzen orientierten. Es blieb innerhalb des Greenway-Netzwerks Polen überlassen, als

Pionierleistung die erste Grüne Partei im sozialistischen Lager zu gründen. Im Sommer 1988 berichtete Dr. Fura, der bereits zu diesem Zeitpunkt dank polnischer Reisefreiheit an den Konferenzen zur Koordinierung der westeuropäischen Grünen Parteien als Gast teilnehmen konnte, bei einem seiner Zwischenstopps in Berlin von entsprechenden Plänen. Aus dem Polnischen ökologischen Club heraus sollte die erste Grüne Partei Mittelosteuropas entstehen, die dann auch am 14. September 1988 in Krakau gegründet wurde. Politisches Nahziel der polnischen Grünen war die Teilnahme am Zentralen Runden Tisch Polens, über den bereits 1988 die alte kommunistische Regierung und die Solidarność-Opposition verhandelten.

1988 setzte als Ausdruck neuen Denkens in der sich demokratisierenden Sowjetunion (Gorbatschow: «Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.») eine neuartige Auseinandersetzung mit dem alten Wahlsystem ein, die auch in den Satellitenstaaten des sozialistischen Lagers nicht folgenlos blieb. So war der damals bekannte Umweltaktivist, der litauische Atomkraftgegner Zigmantas Vaisvila, bereits im litauischen und Moskauer Allunions-Sowjet als Abgeordneter gewählt worden. Die Öffnung des politischen Systems für neue politische Akteure setzte nun enorme soziale Energien frei. In Polen saßen Vertreter des Polnischen ökologischen Clubs bereits in Krakauer Kommunalverwaltungen. Die DDR-Opposition bereitete sich auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im Mai 1989 mit dem Versuch der Aufstellung von unabhängigen Kandidaten aus der Friedens- und Umweltbewegung auf die «Listen der Nationalen Front» vor. Ein besonderer Impuls ging hier von der «Initiative zur Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung» um Dr. Wolfgang Ullmann aus, die ein neues Handeln in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem DDR-Wahlsystem einforderte. Die Aufstellung unabhängiger Kandidaten scheiterte. Lediglich der jetzige bündnisgrüne Potsdamer Baudezernent Matthias Klipp, wurde als unabhängiger Kandidat des Wohnbezirksausschusses Oderberger Straße in die BVV Berlin-Prenzlauer Berg gewählt. Aber im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem alten DDR-Wahlsystem konnte auch erstmalig durch unabhängige Wahlkontrollen der DDR-Opposition der Wahlbetrug eindeutig und auch für SED-Genossen nachvollziehbar bewiesen werden. Es folgte unter anderem die vom Grünen Netzwerk auf dem 1. Berliner Umweltag im Juni 1989 erhobene Forderung nach Neuwahlen. Dazu sollten erstmals Grüne Listen der unabhängigen Kandidaten gegen die Einheitsliste der «Nationalen Front» antreten und zunächst vor allem sichern, dass die Wahlauszählung korrekt erfolgt. Der oberste Wahlleiter der DDR und spätere SED-Generalsekretär Egon Krenz ging auf diese Forderungen nicht ein und drohte stattdessen mit der chinesischen Lösung gegen das demokratische Aufbegehren in der DDR. Damit löste er zugleich die Massenflucht von DDR-Bürgern aus. Zunächst in die BRD-Botschaften in Ostberlin, Prag, Warschau, Budapest und nach Öffnung des Eisernen Vorhangs in Ungarn via Österreich nach Westdeutschland. In dieser Situation reiste ich im August 1989, in Vorbereitung der Greenway-Konferenz in Ostberlin, nach Ungarn und Rumänien und traf in Budapest, vermittelt durch Erszebet Pasztor, die Budapester Gründungsinitiative

für eine »Grüne Partei Ungarns« mit Andras Szekfü. Diese Initiative traf sich in Privatwohnungen. Die Arbeitsbedingungen der ersten osteuropäischen grünen Partei waren insgesamt eher sehr bescheiden. Das Büro der polnischen Grünen befand sich noch ein Jahr nach Gründung in einem Jazzclub nahe der Tuchmacherhallen, aber immerhin im Zentrum Krakaus. Ostdeutsche Besonderheit war die enge Verbindung der neuen politischen Parteien und Bürgerbewegungen mit der Evangelischen Kirche. Beinahe täglich nutzte die ostdeutsche Gründungsinitiative der grünen Partei kirchliche Räume und die dort vorhandenen Telefone für die größeren Versammlungen. Ansonsten traf sich die Gründungsinitiative ebenfalls in Privatwohnungen. Am Abend des 9. November 1989 traf sich die Initiative in der Gemeinde Berlin-Friedrichsfelde und erfuhr hier zunächst ungläubig vom Mauerfall. Die Gründung erfolgte dann am 24. November 1989 auf dem 6. Berliner Ökologieseminar in der Evangelischen Bekenntniskirche in Berlin-Treptow, am Ort des Arche-Büros des Grünen Netzwerks. Erste öffentliche Räume außerhalb von Privatwohnungen und Kirchenmauern fanden sich erst ab November 1989 im Pfefferberg in Berlin-Prenzlauer Berg.

Auf dem Friedensmarsch durch Litauen im Sommer 1989 lernte ich Saulius Gricius kennen, der von der Gründung der zweiten grünen Partei, und dies sogar in der Sowjetunion, berichten konnte und später Bürgermeister von Kaunas wurde.<sup>6</sup> Die ungarischen Grünen sollten sich als dritte Partei Osteuropas im November 1989 noch kurz vor den DDR-Grünen gründen. Auf der Ostberliner Greenway-Konferenz fiel schließlich nach Umfrage unter den DDR-Teilnehmern die Entscheidung, nach dem Vorbild der polnischen, litauischen und ungarischen Grünen auch in der DDR im Zusammenwirken mit den Bürgerbewegungen auf die Gründung einer ostdeutschen grünen Partei hinzuwirken. Anfang Oktober 1989 konstituierte sich die »Gründungsinitiative für eine Grüne Partei in der DDR«, um zunächst alle relevanten ökologischen Kräfte in den Gründungsprozess einzubeziehen. Schon zwei Wochen nach der Gründung der Grünen Partei und der projektorientierten Grünen Liga verhandelten vier Vertreter der Grünen mit am Zentralen Runden Tisch.

Der über Greenway informell vermittelte Gründungsprozess erfasste 1989/90 ganz Osteuropa. Grüne Parteien entstanden in der ČSSR, in Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien und selbst in Albanien. In der Sowjetunion entstanden die Grüne Partei Russlands um Ivan Blokow in Leningrad (heute St. Petersburg), die Grünen Estlands, Lettlands und der Ukraine. Auch im sowjetischen Kaukasus, wohin es keine Greenway-Kontakte gegeben hatte, entstanden grüne Parteien: in Aserbaidshan, Armenien und Georgien. Die georgischen Grünen waren in den 90er-Jahren im Parlament vertreten und stellten die Umweltministerin. Surab Swania, Sprecher der georgischen Grünen bei der Europäischen Föderation Grüner Parteien, fungierte u.a. nach der Rosenrevolution unter Präsident Sakaschwili als Ministerpräsident. Er starb 2005 in Tiflis bei einem mysteriösen Gasunfall.

<sup>6</sup> Siehe ebenda, S. 473-474.

## Greenway nach der osteuropäischen Revolution

Die bis Ende 1990 in Osteuropa entstandenen grünen Parteien trugen an den Runden Tischen zu einer friedlichen revolutionären Umwälzung und dem Beginn der Loslösung von der Sowjetunion, oder wie im Falle Sloweniens von Jugoslawien, bei. Erst in einer späteren Phase lösten Partikularinteressen kriegerische Auseinandersetzungen in einigen Ländern aus. Die übergreifenden Ideen der Bürgerbewegung und der grünen Bewegung hatten sich erschöpft. Die grünen Parteien stellten, wenn auch nicht dauerhaft, Umweltminister und Parlamentarier in vielen Ländern Osteuropas. Die osteuropäische Koordination ging nun auf die Föderation Grüner Parteien Europas über.

Für Greenway stand mit der Ausdifferenzierung des politischen Flügels der grünen Bewegung nun wieder die Arbeit als nichtstaatliche Organisation (NGO) im Mittelpunkt. In Ostdeutschland übernahmen Thomas Brückmann und Annette Baumann von der Grünen Liga Anfang 1990 von Matthias Voigt und mir die Verantwortung als nationale Koordinatoren. Matthias Voigt ging zu Greenpeace und kämpfte in den frühen 90er-Jahren gegen illegale Müllströme nach Osteuropa. 1991 fuhr ich mit Annette Baumann letztmalig zu einem Annual Greenway Meeting nach Mosonmagyaróvár. Danach führte sie die internationale Greenway-Netzwerkarbeit selbständig weiter.

Das Greenway »head office« war bereits 1990 nach Bratislava in die bald unabhängige Slowakische Republik verlegt worden. Der Greenway-Newsletter erschien nachweislich bis 1999, bis zur Nummer 40, und vernetzte in dieser Zeit ca. 30 osteuropäische Umweltorganisationen mit NGO-Status.

Im Mittelpunkt der Umweltarbeit stand nun die Herausforderung durch die ökonomische Transformation Osteuropas, beispielsweise die Kontrolle westlicher Investments und deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft. Der Informationsaustausch verlor an Bedeutung. Die Revolutionen von 1989 bis 1991 in Osteuropa hatten Informations- und Reisefreiheit gebracht. Im Vordergrund stand jetzt die Frage nach der Finanzierung der Netzwerkarbeit, z.B. durch Fundraising. Die Bedingungen in den einzelnen Ländern entwickelten sich sehr unterschiedlich. Vieles wurde möglich, aber auch diffuser im Agieren des Netzwerks.

Die Grüne Liga steht immerhin auch 2010 für eine alte Greenway-Idee, den alternativen Reiseservice zur europäischen Vernetzung von Umweltschützern und Aktionen.

Eine frühere Fassung dieses Beitrags ist in «Horch und Guck», Heft 53 (1/2006) erschienen.

# Grüne in Mittel- und Osteuropa – ein wechselvoller Weg

Die meisten grünen Parteien in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas sind im Zuge des Zerfalls der kommunistischen Regime 1989 und 1990 entstanden. Politischen Anfangserfolgen folgte ab 1992 eine tiefe Krise, aus der sich einige der Parteien nur langsam herausarbeiten konnten.

Waren anfangs noch merkbare kulturelle Unterschiede zwischen den grünen Parteien in West- und Osteuropa festzustellen, so kommt es in den letzten Jahren immer mehr zu Ähnlichkeiten der Zusammensetzung in der Mitglied- und Wählerschaft und zu Annäherungen in den inhaltlichen Positionen. Allerdings tauchen in Osteuropa neue Herausforderungen auf. So können hier kleine Parteien Gefahr laufen, von kapitalkräftigen Personen mit Eigeninteressen übernommen zu werden.

## Entstehung und erste Erfolge

Ähnlich wie im Westen sind auch in Ost- und Ostmitteleuropa grüne Parteien aus Bewegungen entstanden, die gegen die herrschende Politik in Opposition standen. Teilweise rekrutierten sich die Aktivistinnen und Aktivisten aus schon länger bestehenden Naturschutzorganisationen oder aus dem Wissenschaftsbereich. In einigen Ländern waren grüne Bewegungen maßgeblich an den Umwälzungen des Jahres 1989 beteiligt, z.B. Ökologasnost in Bulgarien und die Bewegung gegen das Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn, oder spielten im Kampf um Unabhängigkeit, wie im Baltikum, eine tragende Rolle. Im Jahr 1990 zogen grüne Parteien in mehrere Parlamente Mittel- und Osteuropas ein. Im Gegensatz zu ihren westlichen Pendanten fanden sich die Ost-Grünen oft auch über Nacht in Regierungen wieder, so geschehen im Baltikum und in Slowenien, etwas später in Georgien, und wirkten dort aktiv an der Schaffung von Umweltgesetzen mit, die oft die ersten dieser Art waren.

## Bedeutungsverlust und neue Fragen

Um das Jahr 1992 kam es in ganz Osteuropa zu einem Rückgang der Bedeutung und des Einflusses der grünen Parteien, begleitet von empfindlichen Wahlniederlagen.

Die Gründe dafür waren:

- Der Systemwechsel vom Staatssozialismus zum Kapitalismus westlicher Prägung bewirkte ein starkes Betonen wirtschaftlicher Fragen und einen Rückgang der ökologischen Probleme im öffentlichen Bewusstsein.
- Durch diesen Wandel wurde auch die soziale Frage aktuell. Immer breitere Teile der Bevölkerung verarmten, während eine kleine – oft kriminelle – Schicht Neureicher immer mehr an sich raffte. Wer ums tägliche Überleben kämpft, empfindet Umweltschutz als Luxus. Der postmaterialistische Nährboden fehlte. Von der sozialen Misere und der Enttäuschung in den harten Jahren der Transformation profitierten nicht zuletzt nationalistische und teilweise auch ex-kommunistische Parteien.
- Während Grüne im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion eine wichtige Rolle im Kampf um die Unabhängigkeit ihrer Länder spielten, änderte sich nach deren Erlangen die Situation. Der Nationalismus richtete sich vielfach gegen Minderheiten im eigenen Land. Grüne, die dabei nicht mitmachten, gerieten in eine unpopuläre Außenseiterposition. Die vor 1990 gelegentlich geäußerte Bereitschaft, «Kartoffelschalen zu essen, wenn mein Land nur frei ist», wich rasch dem Nachholbedarf in Sachen Konsum.
- Andere Parteien griffen, oft nur verbal und wenig konsequent, das Umweltthema auf und einige grüne Politikerinnen und Politiker fanden aus Gründen der persönlichen Karriere sehr bald den Weg zu anderen Parteien. Ein Beispiel von vielen ist Filip Dimitrow in Bulgarien. Bei der Gründung der grünen Partei 1989 war er zu deren Vizevorsitzenden gewählt worden. Von Oktober 1991 bis Oktober 1992 war er dann Regierungschef der Union Demokratischer Kräfte (UDK).
- Die Konkurrenz christdemokratischer, liberaler und sozialdemokratischer Parteien nach westlichem Muster traf die Grünen hart, die aus dem Westen wenig bis gar keine materielle Unterstützung bekamen. Hohe Einstiegschancen bei den Wahlgesetzen zwangen grüne Parteien gelegentlich zu Koalitionen, die sie mit einem Profil- und Mitgliederverlust bezahlen mussten.
- Und schließlich kam es, nachdem das Problem der vereinzelt Unterwanderung durch Apparatschiks des alten Systems in der Gründungsphase überwunden und die Distanz zu den Umweltbewegungen verringert worden war, zu Spaltungen vieler grüner Parteien – ein Trend, der bis heute anhält.

## Unterschiede zu den West-Grünen

Im Vergleich mit den Grünen Westeuropas gab es vor allem in den ersten Jahren nach dem Umbruch Unterschiede, die auf die jeweilige Entstehungsgeschichte zurückzuführen sind:

- Frauen fanden sich kaum oder nur vereinzelt in Parlamentsfraktionen oder Vorständen der osteuropäischen grünen Parteien. Geschlechterparität bei der Erstellung von Listen war so gut wie unbekannt.

- Überaus stark vertreten waren hingegen Experten aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie fallweise auch aus der Bürokratie von Umweltministerien. Universitätsprofessoren, die mit Biologie, Raumplanung, Landwirtschaft usw. zu tun haben, fanden sich nicht selten an der Spitze der grünen Parteien. Im Westen gab es vergleichsweise weniger Expertinnen und Experten, die den Weg in die Parteipolitik fanden.
- In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern waren die Grünen ab 1990 an Regierungen auf nationaler Ebene beteiligt. Dies gelang den West-Grünen 1995 in Finnland und danach in Italien, Frankreich, Deutschland und Belgien. Dennoch sahen die oft von linken Traditionen mitgeprägten West-Grünen den Einfluss des Staates, etwa in der Wirtschaft, positiver als die teilweise aus dem Widerstand gegen das kommunistische System kommenden Ost-Grünen, die – zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens – eindeutig als Parteien des Zentrums und nicht als linke Parteien zu charakterisieren sind.
- Sicherheitspolitisch war der Beitritt ihrer Länder zur NATO für viele Ost-Grüne aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Sowjet-Imperium eine Option, während bei den meisten West-Grünen, die teilweise aus der Friedensbewegung der 80er-Jahre kamen, dafür wenig Verständnis bestand.

## Die Rolle innerhalb der Europäischen Grünen

Nicht nur die Europäische Union, sondern auch die Europäischen Grünen mussten sich mit der Frage ihrer Integration und Erweiterung beschäftigen. Im April 1989 kam es beim 5. Kongress der Euro-Grünen in Paris zum viel beachteten ersten Auftritt von Grünen aus dem Baltikum und aus Polen.

Beitritte zum europäischen Zusammenschluss der grünen Parteien:

- die Grünen Estlands im Dezember 1989;
- die Grünen in der DDR im März 1990, die am 3. Dezember 1990 mit den Grünen in der BRD verschmolzen;
- die bulgarischen und georgischen Grünen im März 1991;
- die Grünen Sloweniens im Juni 1992 – wegen interner Konflikte wurde ihre Mitgliedschaft 1993 auf eigenen Wunsch eingefroren.;
- die Grünen aus St. Petersburg, aus denen später über Umwege die Grüne Alternative (GROZA) entstand;
- die Grünen aus der Ukraine sowie die ungarische Grüne Alternative – später umbenannt in Grüne Demokraten – im Januar 1994;
- die Grünen aus der Slowakei im Juni 1995;
- die Grünen aus Tschechien im Mai 1997;
- aus Rumänien zunächst FER im Oktober 1999, seit 2005 Partidul Verde.

Weitere Beitritte folgten seither und heute sind nur noch einige Nachfolgestaaten des einstigen Jugoslawien sowie Litauen «weiße» Flecken auf der Landkarte der Europäischen Grünen Partei (EGP).

Dem Vorstand der Europäischen Grünen gehört seit 1992 mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter der osteuropäischen Grünen an. Bisher waren dies aus Georgien Surab Schwanija (1992-1994, später Parlamentspräsident und Ministerpräsident, 2005 unter tragischen Umständen ums Leben gekommen), Natalia Kirvalidse (1994-1997) und Sophia Sakhanberidse (2006-2009). Es folgten György Droppa aus Ungarn (1997-2003), Sergiy Kurykin aus der Ukraine (2003-2006, Umweltminister 2001-2002) sowie aus Polen Gabriela Szuba (2000-2006) und Magda Mosiewicz (2006-2009). Seit 2009 ist Alexej Kozlow von der Grünen Alternative aus Russland Mitglied des Vorstandes. Die halbjährlichen regulären Treffen des Council der Europäischen Grünen fanden bisher 8-mal in osteuropäischen Ländern statt: 1990 in Budapest, 1991 in Sofia, 1995 in Budapest, 1999 in Bratislava, 2001 abermals in Budapest, 2005 in Riga und Kiew sowie 2008 in Ljubljana. Im Herbst 2010 wird das Council Meeting in Tallinn stattfinden.

Auf Initiative der niederländischen Partei Groen Links bzw. deren Stiftung wurde im November 1991 der Green East-West Dialogue (GEWD) als Netzwerk der Europäischen Grünen ins Leben gerufen, um kontroverse inhaltliche Fragen ausdiskutieren zu können. Bei den Treffen, Seminaren, Round Tables und Konferenzen ging es und geht es um Themen wie Nationalismus und Nationalitäten, die Situation der Roma, Energiepolitik, Umwelt, Sicherheitspolitik, die EU-Erweiterung und EU-Nachbarschaftspolitik oder den Green New Deal. Regelmäßige grüne Vernetzungstreffen finden seit einigen Jahren auf dem Balkan, in der Schwarzmeer-Region sowie in Wien für die Grünen aus Mitteleuropa statt. Daneben organisiert der GEWD auch immer wieder Fact Finding Missions in Länder, in denen z.B. neue grüne Parteien entstehen. Er arbeitet dabei neben der Stiftung Wetenschappelijk Bureau von Groen Links auch mit Stiftungen wie dem Grünen Forum aus Schweden, der Grünen Bildungswerkstatt aus Österreich, der Heinrich-Böll-Stiftung aus der BRD und der Green European Foundation eng zusammen.

## **Annäherung der Standpunkte**

Seit etwa einem Jahrzehnt ist eine zunehmende Annäherung der inhaltlichen Standpunkte von West- und Ost-Grünen zu registrieren. Gründe dafür sind neben der Tätigkeit des Green East-West Dialogue und der grünen Stiftungen vor allem Veränderungen der Positionen der West-Grünen, vor allem das Abgehen von der ursprünglich EU-kritischen Einstellung einiger Mitgliedsparteien und die teilweise Neupositionierung in der Sicherheitspolitik. Auch die erfolgten und geplanten EU-Erweiterungen seit 2004 und die stärkere Beteiligung von Grünen aus Ost- und Ostmitteleuropa an programmatisch-inhaltlichen Diskussionen, z.B. über das als Antwort auf die Klima- und Energiekrise sowie die 2008 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise erarbeitete Konzept des Green New Deal, spielen eine Rolle. Die katastrophalen Auswirkungen von Casino-Kapitalismus und neoliberaler Gier haben jüngst wohl auch die letzten der vor 20 Jahren noch größtenteils zu den Fans der freien Marktwirtschaft zählenden osteuropäischen

Grünen zu einer Umorientierung bewegt. Anti-Diskriminierung und Solidarität mit gesellschaftlichen Minderheiten wie beispielsweise Homosexuellen fließen zunehmend in die Programmatik ein.

## Neue Trends und Entwicklungen

Das Wachsen einer europäisch bzw. kosmopolitisch eingestellten Mittelschicht in vielen Ländern Osteuropas als potenzielles Reservoir für Grüne hat auch zu einer Ähnlichkeit der Wählerinnen- und Wählerprofile geführt. Deutlich wird dies nicht zuletzt in der Entstehung neuer grüner Parteien in einigen Ländern, z.B. LMP in Ungarn oder Zelenite in Bulgarien. Beide sind stärker in der Zivilgesellschaft verankert als die traditionellen grünen Parteien. Ihre Wählerinnen und Wähler sind vor allem in der jungen, urbanen Bildungsschicht der Groß- und Universitätsstädte zu finden. Damit einher geht die im Vergleich zu früher wesentlich stärkere Beteiligung von Frauen und von jüngeren Menschen, so etwa bei den Grünen in Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien oder Polen.

Während sich die Europäischen Grünen früher vor allem auf Parteien konzentriert haben, die das Wort «grün» in ihren Namen trugen, ist in den letzten Jahren auch eine Öffnung zu Parteien hin zu beobachten, bei denen dies nicht der Fall ist, die jedoch in ihrer Programmatik, Politik und in ihrer Aktiven-Basis durchaus als grün anzusehen sind. Beispiele dafür sind die Jugendpartei SMS aus Slowenien (Vollmitglied der EGP seit 2006), die ungarische LMP (Beobachter-Status seit 2009) oder die ursprünglich liberale, seit 2008 de facto grüne Partei DOM aus Mazedonien, über deren Aufnahmeantrag in der EGP voraussichtlich im Herbst 2010 entschieden wird. Auch mit der nicht nationalistischen, stark in der Zivilgesellschaft verankerten, im Frühjahr 2008 gegründeten Partei Naša Stranka in Bosnien-Herzegowina, die bei der Kommunalwahl in Sarajewo über 8% der Stimmen erhalten hat und in Nordwestbosnien einen Bürgermeister stellt, gibt es Kontakte, obwohl sie sich bisher keiner politischen Familie angeschlossen hat.

Es wird zunehmend versucht, bei nationalen und kommunalen Wahlen eigenständig als Grüne aufzutreten (auch wenn dies unter Umständen bedeutet, den Einzug nicht zu schaffen) und ein klares Profil zu zeigen, anstatt sich in Wahlkoalitionen auf gemeinsamen Listen zu verstecken und so nahezu unsichtbar zu sein. Die Wichtigkeit lokaler Wahlen und der Arbeit in Stadt- und Gemeindeparlamenten wird klarer als bisher erkannt, nicht zuletzt als langfristiges Mittel zum Parteaufbau.

Doch in einer Beziehung wird die Situation auch komplizierter: Geschäftsleute oder Personen mit viel Geld und wirtschaftlichen Eigeninteressen versuchen gelegentlich, grüne Parteien zu unterwandern, zu kaufen oder im Auftrag von Großparteien zu zerstören oder zu spalten, was beispielsweise wiederholt in Ungarn der Fall war. In Bulgarien wurde aus «Business-Kreisen» sogar eine neue Partei mit dem Namen «grün» gegründet. In der Ukraine kam es nach einer «Übernahme» zu einer Krise und zum Austritt eines ehemaligen Umweltministers aus der Partei der Grünen. Dies alles geht naturgemäß auf Kosten der grünen

Inhalte und Programmatik und trifft besonders schwächere grüne Parteien ohne starke Verankerung in Stadt- oder Regionalparlamenten. Resultat solcher Prozesse sind Spaltungen, die einige Parteien an den Rand des Bankrotts geführt haben. Die Mitgliedschaft schwacher und instabiler grüner Parteien bei den Europäischen Grünen, einer anerkannten politischen Familie, kann im Extremfall sogar dazu führen, dass der Versuchung, die Partei z.B. in Wahlkoalitionen «an den Meistbietenden zu verkaufen», nur schwer widerstanden werden kann.

## Beispiele aus verschiedenen Ländern

Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele die Entstehung der Grünen in einzelnen Ländern gezeigt und mit einer kurzen Darstellung der heutigen Situation ergänzt werden.

### Baltikum

Im Baltikum waren die Grünen – zunächst als Bewegungen, dann als Parteien mit personellen Überschneidungen mit den Bewegungen – schon 1988/89 entstanden und hatten eine bedeutende Rolle im Kampf um die Loslösung von der Sowjetunion gespielt, in deren Volksdeputiertenkongress sie im März 1989 mit einigen Mandaten einzogen.

Der Phosphat- und Ölschieferabbau im Nordosten Estlands, undichte Öl-Pipelines, das Atomkraftwerk Ignalina in Litauen, chemische Fabriken und Raffinerien, die Verschmutzung von Flüssen durch Abwässer oder Kraftwerke, z.B. des Flusses Daugava in Lettland, die Missachtung des Schutzes von Kulturgut, z.B. bei der U-Bahn-Planung durch die historische Altstadt von Riga, die Armeehäfen mit den Atom-U-Booten, lecke Kerosintanks bei Armeeflugplätzen – der Widerstand gegen diese Missstände konnte mit dem Widerstand gegen die Fremdherrschaft verbunden werden. Der Protest richtete sich gegen den «Ökozid durch die russisch-imperialistische Besatzungsmacht» und die Rote Armee. Zudem waren neue Industrieprojekte meist auch mit dem Zuzug russischsprachiger Arbeiterinnen und Arbeiter verbunden und hatten also eine Änderung der ethnischen Zusammensetzung im Baltikum zur Folge.

Mit der endgültigen Erlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten im Sommer 1991 änderte sich die Situation: die Industriebetriebe waren nun nicht mehr die sowjetischen, sondern die eigenen, oft notwendig für den Export, auch wenn sie die Umwelt nach wie vor belasteten. Als Gegner wurde die Rote Armee von den Neureichen abgelöst, die ihre Protz-Villen mit Vorliebe in Naturschutzgebieten an den Küsten bauen und mit ihren teuren Autos auch in verkehrsberuhigte alte Innenstädte hineinfahren wollen.

In **Estland** erreichten die Grünen am 18. März 1990 bei den Wahlen zum Obersten Sowjet 8 Mandate. Ihr damaliger Vorsitzender Toomas Frey, ein Biologieprofessor an der Universität Tartu, wurde erster Umweltminister. 1992 fielen die Grünen wieder aus dem Parlament. Es folgte eine lange Krise der Partei, die

sogar einige Zeit wegen zu geringer Mitgliedschaft nicht einmal offiziell registriert war. Ein Comeback erlebten sie bei der Parlamentswahl 2007, als die Grünen mit 7,1% der Stimmen 6 Mandate erreichten.

In **Litauen** waren Grüne ebenfalls als Teil der Volksfront Sajudis von 1990 bis 1992 im Obersten Sowjet vertreten und stellten mit Sigmas Vaisvila von Januar 1991 bis Frühjahr 1992 sogar den Vizepremier. Seither waren sie nicht mehr parlamentarisch vertreten.

In **Lettland** gelang den Grünen zwar 2002 und 2006 der Wiedereinzug ins Parlament, allerdings nur auf einer gemeinsamen Liste mit der Bauernunion. Die Politik ist sehr konservativ. Der Kontakt mit den Europäischen Grünen hält sich in Grenzen. Die Grünen besetzen jedoch das Umweltministeramt und stellten von Anfang März bis Ende Oktober 2004 mit Indulis Emsis sogar den Ministerpräsidenten.

## Bulgarien

Die Initiative Ökoglasnost entstand am 11. April 1989 aus einem Komitee zum ökologischen Schutz von Ruse, einer grenznahen Stadt an der Donau, die unter den Emissionen einer Chemiefabrik im rumänischen Giurgiu litt, einer Stadt auf der gegenüberliegenden Seite der Donau. Während eines KSZE-Ökoforums in Sofia im Herbst 1989 trat Ökoglasnost mit Demonstrationen und Petitionen an die Öffentlichkeit und trug dadurch nicht unwesentlich zum Sturz Todor Schiwkows bei.

Die grüne Partei wurde am 28. Dezember 1989 von Ökoglasnost-Mitgliedern gegründet. Beide Gruppen kandidierten bei den ersten freien Wahlen am 10. Juni 1990 im Rahmen der damals oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte, auf deren Liste die Grünen 13, durch Übertritte schließlich 17, und Ökoglasnost 16 Mandate erreichten. Die politisch aktiven Mitglieder von Ökoglasnost gingen später teils in der UDK auf, teils wurden sie zum Koalitionspartner der Bulgarischen Sozialistischen Partei. Der langjährige Vorsitzende der Grünen, Alexander Karakatschanow, wurde im Oktober 1990 bei einer Direktwahl zum Bürgermeister der Millionenstadt Sofia gewählt und blieb dies ein Jahr lang.

Die ursprünglich von vielen Kulturschaffenden und Intellektuellen unterstützten Grünen verloren in der Folge an Bedeutung und kamen nur noch als Teil von Koalitionen ins Parlament. Erst bei der ersten in Bulgarien abgehaltenen Europawahl 2007 kandidierten sie wieder eigenständig und erreichten 0,51% der Stimmen. Im Juli 2008 kam es zur Fusion mit einer neuen, finanzstarken Partei namens Grünes Bulgarien, die jedoch keinen Zusammenhang mit Nichtregierungsorganisationen oder Bewegungen hatte. Es dauerte nicht lange, bis es zu Konflikten und gegenseitiger Lähmung kam.

Im Mai 2008 wurde eine neue Partei, Zelenite (Grüne), gegründet, deren vorwiegend junge Aktivistinnen und Aktivisten tatsächlich aus Öko-Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen kamen. Sie schafften als einzige die Hürden für die Kandidatur zu den Europa- und Parlamentswahlen 2009, wo sie 0,72%

(2,25% in Sofia) bzw. 0,51% der Stimmen erreichten – ohne Stimmenkauf und ähnliche Praktiken wohlgermerkt. Im Oktober 2009 wurde Zelenite als Beobachterin in die EGP aufgenommen.

## Ehemaliges Jugoslawien

In **Slowenien** gab es schon in den 80er-Jahren eine aktive Umwelt- und Alternativbewegung. 1986 kam es zu großen Demonstrationen als Folge des Unfalls im AKW von Tschernobyl. Die Grünen (Zeleni Slovenije) wurden im Juni 1989 gegründet und zogen bei den Wahlen am 8. April 1990 mit 8,84% der Stimmen und 8 von 80 Mandaten in die Politische Kammer der Teilrepublik ein. Das Bündnis DEMOS, in dem auch die Grünen vertreten waren, gewann die Wahl und stellte die Regierung. Die Grünen stellten die Minister für Umwelt, Energie, Gesundheit und Wissenschaft. DEMOS versprach u.a., das slowenische Atomkraftwerk Krško bis 1995 zu schließen, rückte aber bald von diesem Vorhaben ab. 1992 gelang den Grünen noch einmal der Einzug ins Parlament mit 5 Mandaten, doch bald kam es zu wiederholten Spaltungen, die die Partei von Wahl zu Wahl schwächer werden ließen, bis sie 2008 auf den derzeitigen Tiefststand von 0,51% gesunken war.

Inzwischen war im Jahr 2000 mit Stranka Mladih Slovenije (SMS) eine neue Partei entstanden, hervorgegangen aus einer Studentinnen- und Studentenbewegung. SMS war von 2000 (4,33% der Stimmen beim ersten Antreten) bis 2004 mit 4 Mandaten im Parlament vertreten, scheiterte dann aber mit 2,08% am Wiedereinzug. 2008 erzielten die SMS-Kandidatinnen und -Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste mit der Volkspartei Slovenska Ljudska Stranka (SLS) ebenfalls kein Mandat. Bei den Kommunalwahlen 2006 erreichte SMS 44 Mandate in 32 Gemeinden und errang den Bürgermeisterposten in Tolmin, einer Stadt im Isonzotal. SMS wurde 2006 als Vollmitglied der EGP aufgenommen. Ihr Vorsitzender Darko Krajnc bemühte sich seither vergeblich um eine Einigung mit den zahlreichen zersplitterten kleinen grünen Parteien. Das Ergebnis der Europawahl 2009 war mit 1,96% enttäuschend, doch bei den Kommunalwahlen im Herbst 2010 erwartet sich SMS eine Stärkung.

In **Kroatien** gab es in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, vor und nach dem Jugoslawien-Krieg, Versuche, grüne Parteien zu etablieren. Bis heute gibt es eine Fülle sich grün nennender Parteien. Die inhaltlich interessanteste und erfolgreichste ist Zelena Lista, die aus den 2004 gegründeten Zeleni za Zagreb entstanden ist. Seit Herbst 2007 hat sie den Status einer Beobachterin bei den Europäischen Grünen. Bei den Lokalwahlen 2009 in Zagreb gelang den Grünen mit einem Stimmenanteil von 2,78% zwar nicht der Einzug ins Stadtparlament, aber dafür in die Vertretungen von 11 der 17 Stadtbezirke, mit dem besten Ergebnis 11,16% in der Unterstadt Zagrebs. Auch einige Gemeindemandate außerhalb von Zagreb konnten errungen werden. Um zukünftig bei Parlaments- oder EP-Wahlen erfolgreich zu sein, werden sich die Grünen aber wohl Bündnispartner suchen müssen.

In den übrigen Ländern Ex-Jugoslawiens sind sich «grün» nennende Parteien in der Regel schwach und unbedeutend. Manchmal werden sie von durchwegs männlichen Exponenten geführt, die nicht aus den sozialen Bewegungen kommen, sondern primär Eigeninteressen vertreten. In **Bosnien-Herzegowina** wird die gesellschaftliche Alternative durch Naša Stranka repräsentiert, eine von Intellektuellen im Frühjahr 2008 gegründete Partei, die sowohl Umwelt- als auch soziale Anliegen vertritt und eine klar multi-ethnische, gegen nationalistische Engstirnigkeit gerichtete Politik betreibt. Kontakte pflegt die Partei sowohl zu Liberalen als auch zu Linken und Grünen. In **Serbien** verschiebt sich die politische Landschaft zur Zeit auf Grund eines neuen Parteiengesetzes, das für die offizielle Registrierung einer Partei 10 000 Unterstützungserklärungen verlangt, auch im traditionell eher schwachen grünen Spektrum. In **Mazedonien** hat sich die im Januar 2006 gegründete Partei Demokratska obnova na Makedonija (DOM) als jene Kraft herauskristallisiert, die die wichtigste Ansprechpartnerin der Europäischen Grünen ist. Gegründet wurde DOM ursprünglich von Dissidentinnen und Dissidenten der liberaldemokratischen Partei, die die Vernachlässigung sozialer Probleme durch ihre Partei kritisierten. Bei der Parlamentswahl 2006 kam DOM auf 1,87% der Stimmen und ein Mandat, das die Abgeordnete Liljana Popovska bis heute einnimmt. Sie ist mit der Zivilgesellschaft – von feministischen Gruppen über Behinderten-Organisationen bis zu Öko-Gruppen – gut vernetzt. Bei der Neuwahl 2008 kandidierte DOM im Block der führenden Regierungspartei VMRO. Frauen spielen in DOM eine führende Rolle. Inhaltlich sind Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie gleich wichtig. Obwohl Liljana Popovska auch von Beobachterinnen und Beobachtern außerhalb ihrer Partei als integere Politikerin geschätzt wird, ist die Beteiligung von DOM an der konservativen Regierung – mit einer Vize-Umweltministerin – ein Umstand, dem gegenüber sich die Unabhängigkeit der Partei wohl noch wird beweisen müssen.

## Polen

Polen war das erste Land Ostmitteleuropas, in dem eine grüne Partei entstand. Die Polska Partia Zielonych wurde am 10. Dezember 1988 in Krakau gegründet. Einer der Initiatoren war Zygmunt Fura, Mitarbeiter des 1980 gegründeten Polnischen ökologischen Klubs (PKE). Es dauerte jedoch nicht lange, bis es zu Partei-spaltungen kam, und so blieben die meisten Umweltorganisationen auf Distanz. Bei den Sejm-Wahlen am 27. Oktober 1991 kandidierten sieben verschiedene grüne Gruppen, die auf insgesamt rund 2% der Stimmen kamen. In den Folgejahren wurde grüne Politik eher von der liberalen Freiheitsunion (UW) getragen, genauer gesagt von einer Art grüner Lobby in der UW, die sich Ökologisches Forum nannte, etwa 200 Mitglieder zählte und eng mit den Europäischen Grünen zusammenarbeitete. Ab 1993 stellte das Ökologische Forum 5 bzw. 6 Abgeordnete und von 1997 bis 2000 mit Radosław Gawlik auch den stellvertretenden Umweltminister, der von den meisten Nichtregierungsorganisationen als Ansprech-

partner akzeptiert wurde. Im Zuge der Vorbereitung auf die Europawahlen 2004 entstand aus Teilen des Ökologischen Forums sowie aus feministischen Gruppen, Schwulen- und Lesbeninitiativen und alternativen Bewegungen die neue Partei Zieloni 2004. Ihr blieb jedoch bisher bei Wahlen der Durchbruch versagt. Bei der Kommunalwahl in Warschau im Jahr 2006 kam die Liste auf 1,68% der Stimmen.

## Slowakei und Tschechien

Die **slowakische** Union der Natur- und Landschaftsschützer (SZOPK) wurde zu Beginn der 70er-Jahre gegründet, war anfangs «offiziell» und wurde zunehmend regierungskritisch. Im Umbruch des Jahres 1989 spielten SZOPK-Aktivistinnen und -Aktivisten eine tragende Rolle. Aus diesem Reservoir schöpfte die im Dezember 1989 gegründete grüne Partei Strana Zelených na Slovensku (SZS), die ihren ersten Parteitag am 27. Januar 1990 in Banská Bystrica abhielt. Bei den Parlamentswahlen in der ČSFR im Juni 1990 scheiterte die Partei zwar an der 5%-Hürde und kam nicht ins Bundesparlament, aber dafür mit 3,49% und 6 Mandaten von 150 in den Slowakischen Nationalrat. Bei diesen Wahlen gab es lediglich eine 3%-Hürde zu überwinden. Beim Parteitag im Sommer 1991 traten unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Eigenstaatlichkeit der Slowakei auf, die zu einer Spaltung führten. Bei den Wahlen 1992 verloren die Grünen ihre Sitze. Von 1994 bis 2002 waren sie lediglich als Teil von Koalitionen im Parlament vertreten und stellten von 1998 bis 2002 mit Zdenka Tóthová die stellvertretende Umweltministerin. Danach fielen die Grünen mit 0,99% der Stimmen wieder aus dem Parlament. Eigenständig kandidierten sie nur noch bei der Europawahl 2009, wo die Öffnung der SZS-Liste für Unabhängige – darunter Intellektuelle, Aktivistinnen und Aktivisten aus der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, eine feministische Publizistin und eine bekennende Lesbe – zu Hoffnung Anlass gab. Das Ergebnis von 2,11% (Bratislava 4,46%) war durchaus beachtlich. Doch leider zog es die Parteiführung neuerlich vor, sich anderen Parteien anzubieten, im aktuellen Fall für die Parlamentswahl am 12. Juni 2010 der ex-kommunistischen SDL. Damit verspielte sie das erst kurz vorher erworbene Vertrauen von Teilen der Zivilgesellschaft, und die Liste der Partei der Demokratischen Linken mit zwei Grünen auf den Plätzen 3 und 10 blieb trotz beachtlichen finanziellen Aufwands mit 2,42 % der Stimmen weit von einem Einzug in den Nationalrat entfernt.

Die grüne Partei **Tschechiens** wurde im Februar 1990 gegründet, damals noch aus den eigenständigen Parteien Böhmens und Mährens bestehend und im Rahmen der ČSFR zunächst auch mit den Grünen der Slowakei zusammengeschlossen. Bei den ČSFR-Wahlen im Juni 1990 wurde die 5%-Hürde für den Einzug ins Bundesparlament ebenso wenig gemeistert wie für den Tschechischen Nationalrat, wo die Grünen 4,10% der Stimmen erhielten. Bei den Wahlen 1992 traten die Grünen auf einer gemeinsamen Liste mit der Agrarpartei und den Sozialisten an und erreichten 3 Mandate, deren Inhaber jedoch bald darauf zu anderen Parteien wechselten. Es folgte eine mehrjährige Krise und erst ab 1998 ein langsames Wachsen von Wahl zu Wahl. Ausschlaggebend dafür war die

Öffnung zu den sozialen Bewegungen und Umwelt-NGOs. Die Parlamentswahl im Juni 2006 brachte den Durchbruch mit 6,29% der Stimmen und 6 Mandaten. Zahlreiche Intellektuelle und sogar Ex-Präsident Václav Havel gaben Wahlempfehlungen für die Grünen ab. Im Herbst desselben Jahres wurden rund 400 Grüne in Kommunalparlamente gewählt. In Brünn erzielten sie 11,92%, in Prag 7,80% der Stimmen. Vielleicht zu schnell wurden die Grünen im Januar 2007 Koalitionspartnerin in der Regierung zusammen mit der bürgerlichen ODS und den Christdemokraten – mit allen Schwierigkeiten und innerparteilichen Zerreißproben, die dies mit sich bringt, beispielsweise die Diskussion über die Stationierung von US-Raketenabwehr-Einrichtungen in Tschechien, die später der neue US-Präsident Obama wieder fallen ließ. Auch den Regierungspartner ODS auf einen pro-europäischen Kurs zu bringen und einen – inzwischen wieder zurückgenommenen – Ausbaustopp für das AKW bei Temelín durchzusetzen, erforderte gewisse Anstrengungen. Letztendlich scheiterte diese Regierung im Jahr 2009, und die Grünen befinden sich nach Spaltungen, Austritten, Ausschlüssen und einem Debakel bei der Europawahl 2009 – sie erzielten 2,06% der Stimmen – nunmehr unter der umsichtigen Führung des ehemaligen Bildungsministers Ondřej Liška in einem Prozess der Neukonsolidierung. Die 2,44% der Stimmen bei der Parlamentswahl am 28./29. Mai 2010 könnten der Beginn eines Neuanfangs sein. In Prag beträgt das Potenzial der Grünen immer noch rund 5%.

## Ungarn

Der Widerstand gegen das slowakisch-ungarische Donaukraftwerksprojekt Gabčíkovo-Nagymaros war in den 80er-Jahren ein zentrales Anliegen der Umweltbewegung Duna Kör (Donau-Kreis) und der demokratischen Opposition. 1989 wurde der Bau des ungarischen Teils, Nagymaros, von der Regierung gestoppt.

Die Grüne Partei Ungarn (Magyarországi Zöld Párt – MZP) wurde am 18./19. November 1989 in Budapest gegründet. Bei den Wahlen am 25. März 1990 erreichte sie lediglich 0,36% der Stimmen und blieb ohne Mandat, da ihr die Einreichung von Parteilisten nur in 4 von 20 Komitaten gelang. Nach dieser Wahlniederlage kam es zu Konflikten und zu Spaltungen, die in der Folge damit endeten, dass die MZP von extrem Rechten übernommen wurde. Die Ausgetretenen und Aktivist/innen aus diversen Umweltgruppen gründeten am 5. Juni 1993 die Grüne Alternative (Zöld Alternatíva – ZA), die im Januar 1994 den Europäischen Grünen beitrug. Bei der Parlamentswahl 1994 gelang der Partei nur die Einreichung einer einzigen Komitatsliste, und bei den Wahlen 1998 blieb sie als Teil einer Koalition von Kleinparteien unbedeutend. Im Sommer 2000 erfolgte die Umbenennung in Allianz der Grünen Demokraten (Zöld Demokraták Szövetsége). 2002 war der Einzug ins Parlament als Teil des Centrum, eines heterogenen Bündnisses aus Grünen, linken Agrariern, christdemokratischen Splitterparteien und Unabhängigen, das immerhin auf 3,9% der Stimmen kam, zumindest in Reichweite. Danach ging es bei den Grünen Demokraten weiter mit Spaltungen, Übernahmeversuchen durch zwielichtige Persönlichkeiten aus dem «Business-

Bereich» und Wahlniederlagen. Zudem gelang es ihnen für die Europawahl 2004 nicht, die notwendigen 20.000 Unterstützungserklärungen für die Kandidatur zusammenzubekommen. Lediglich auf lokaler Ebene gab es einige wenige Erfolge. So erreichten sie ein Mandat in einer Stadtteil-Vertretung (Likócs) von Győr im Januar 2007. Im Jahr 2008 versuchte der langjährige Vorsitzende der Grünen Demokraten, György Droppa, seine Partei als Grüne Linke (Zöld Baloldal) in ein Bündnis mit einer (reform-)kommunistischen Splitterpartei und mit anderen Kleingruppen zu führen, was den Exodus der beiden aktivsten Lokalgruppen in Pécs und in Győr zur Folge hatte. Für die Europawahl 2009 konnten, schon unter dem neuen Parteinamen, die erforderlichen Unterstützungserklärungen nicht gesammelt werden, für die Parlamentswahl 2010 lediglich in 2 von 176 Einer-Wahlkreisen.

Im Laufe des Jahres 2008 bildete sich eine Initiative von Intellektuellen sowie Exponentinnen und Exponenten der Zivilgesellschaft, die die Gründung einer neuen ungarischen grünen Partei anstrebte, allerdings ohne die Bezeichnung «grün» im Namen. Im Februar 2009 erfolgte die Gründung von *Lehét más a politika* (LMP), was übersetzt «Politik kann anders sein» heißt. Schon das erste Antreten bei der Europawahl 2009 war eine Überraschung: die nötigen 20.000 Unterstützungserklärungen wurden ohne große Schwierigkeiten gesammelt, und das Ergebnis von 2,61% der Stimmen (Budapest 4,88%) lag über dem des linksliberalen SZDSZ, der ehemals zweitstärksten Partei der ersten freien Wahl nach dem Umbruch. Die Hürde für die Parlamentswahlen 2010 lag jedoch weit höher: in jedem der 176 Einer-Wahlkreise mussten 750 Unterstützungserklärungen gesammelt werden. Unter großen Kraftanstrengungen gelang es, 92 LMP-Einzelkandidatinnen und -kandidaten aufzustellen und Parteilisten in allen 20 Komitaten einzureichen. Das ungarische Wahlrecht ist eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Im Wahlkampf thematisierten die Plakate der LMP u.a. den Wunsch nach transparenten Parteikassen, nach Gleichstellung der Roma auf dem Arbeitsmarkt als Alternative zur aggressiven Hetze der rechts-extremen Partei Jobbik, nach Vereinbarkeit von Beruf und Kind als frauenpolitischer Forderung und nach sauberer Luft und Umwelt. Die LMP verhielt sich selbst mit der Veröffentlichung der Wahlspenden und -ausgaben im Internet vorbildlich. Die von den Europäischen Grünen im Oktober 2009 als Beobachterin aufgenommene LMP schaffte diesmal die Sensation: die Parteilisten-Stimmen ergaben im 1. Wahlgang am 11. April 2010 landesweit 7,48%, in der Hauptstadt 12,81%. Mehrere Einzelkandidatinnen und -kandidaten erreichten zweistellige Ergebnisse, vor allem in Budapest und Pécs. Im zweiten Wahlgang kam die LMP in jenen vier Wahlkreisen, wo die Sozialisten nicht mehr antraten, sogar auf Ergebnisse zwischen 36 und 40%. Mit diesem Ergebnis sind nun erstmals 16 grüne Abgeordnete im Ungarischen Parlament vertreten. Angesichts einer übermächtigen konservativen Regierungspartei (FIDESZ) mit deutlicher Zweidrittel-Mandatsmehrheit und einer starken extremen Rechten ist eine demokratische und kontrollierende Opposition unverzichtbar. Was die Wählerinnen und Wähler betrifft, so dürften die Grünen zu einem Gutteil die einstige Klientel des SZDSZ

geerbt haben – kosmopolitische, urbane Intellektuelle, vor allem in Budapest – und dazu noch einen Gutteil der Jungwählerinnen und -wähler. Zum Wahlerfolg hatte auch beigetragen, dass fast alle Einzelkandidatinnen und -kandidaten in ihren Wahlkreisen durch frühere Aktivitäten in Umweltvereinen, an Universitäten, in Jugendklubs, im kulturellen Bereich, bei Roma-Sozialprojekten und in der Menschenrechtsbewegung bekannt waren. Die ersten Wochen im neu gewählten Parlament waren ein harter Test für die grünen Abgeordneten. Ministerpräsident Viktor Orbán und seine Partei versuchen, die Opposition zu überrumpeln und vor sich herzutreiben. So hat FIDESZ eine nationalistische Welle mit Beschlüssen wie der Verleihung der Staatsbürgerschaft an ethnische Ungarn in den Nachbarländern oder der Einführung eines «Trianon-Gedenktags» der nationalen Einheit losgetreten. Ob es den Grünen gelingt, auf Dauer dagegenzuhalten und sich als Alternative zum rechtskonservativen Mainstream zu profilieren, wird sich noch erweisen müssen.

Wie auch immer: in einer politischen Verankerung wie in Ungarn könnte die Zukunft der Grünen Mittel- und Osteuropas liegen.

## Resümee

Vor rund 20 Jahren kam es in Ostmitteleuropa zur Entstehung zahlreicher grüner Parteien, die teilweise von Umweltbewegungen getragen in ihren Ländern sogar in Regierungsverantwortung aufstiegen, und das lange vor den Grünen in Westeuropa. Um 1992 kam es zu einer Krise, begleitet von Wahlniederlagen, die ihre Ursachen in den Auswirkungen des Transformationsprozesses und im damit verbundenen Bedeutungsverlust ökologischer Fragen hatte. Wahlsysteme mit hohen Einstiegshürden und die Konkurrenz reicherer und besser organisierter Parteien erschwerten die Verankerung grüner Parteien in den Parlamenten. Zudem können auch Wahlbetrug und das «Verschwinden» von Stimmen in Ländern wie Albanien oder Bulgarien nicht ausgeschlossen werden, von Ländern wie Russland ganz zu schweigen, wo grüne Parteien im westlichen Sinn keinerlei Überlebenschancen haben und bestenfalls als NGO-artige Gruppen, stets von Verfolgung bedroht, existieren können.

Nach der Jahrtausendwende setzte bei den Grünen in Osteuropa ein langsamer Identitätsfindungsprozess ein, in dessen Verlauf programmatische Diskussionen und die Entwicklung gemeinsamer Plattformen und Kampagnen mit den westeuropäischen Grünen an Bedeutung gewonnen haben. Ein Beispiel hierfür ist der Green New Deal. Aktivistinnen und Aktivisten sowie die Wählerinnen- und Wählerbasis von westlichen und östlichen Grünen ähneln einander zunehmend. Allerdings ist auch die Gefahr feindlicher Übernahmen von außen aus der «Business-Welt» oder durch einzelne Oligarchen vor allem für struktur- und finanzschwache grüne Parteien gestiegen.

Die Bedeutung der lokalen Verankerung in den Gemeinden für einen (Wieder-) Aufbau der Parteistrukturen wird zunehmend erkannt, denn selbst ein Einzug in

die Parlamente kann oft nach ein oder zwei Perioden wieder zu Ende sein, wie die Beispiele Georgien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ukraine zeigen.

Eine Verankerung in der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit mit Nicht-regierungsorganisationen sind der beste Garant, dass grüne Parteien zu einem stabilen Faktor ihrer politischen Systeme werden. Die Entstehung und der Erfolg von neuen politischen Projekten wie LMP in Ungarn geben Hoffnung, dass sich zumindest einige der grünen Parteien Mittel- und Osteuropas in den nächsten Jahren zu dauerhaften und verlässlichen Akteuren auf ihrer politischen Bühne entwickeln.

## **Übersicht über die Mitgliedsparteien der Europäischen Grünen (EGP) aus Mittel- und Osteuropa** (Stand: Frühjahr 2010)

<b>Land</b>	<b>Status in der Europäischen Grünen Partei</b>
Albanien	Te Gjelberit (Die Grünen) / Mitglied
Aserbaidshjan	Azerbaycan Yaşillar Partiyası (Aserbaidshjanische Grüne Partei) / Beobachter
Bulgarien	Zelena Partija (Grüne Partei) / Mitglied Zelenite (Grüne) / Beobachter
Estland	Eestimaa Rohelised (Estnische Grüne) / Mitglied
Georgien	Sakartvelo's mtsvaneta partia (Georgische Grüne Partei) / Mitglied
Kroatien	Zelena Lista (Grüne Liste) / Beobachter
Lettland	Latvijas Zala Partija (Lettische Grüne Partei) / Mitglied
Moldawien	PEM AVE (Grüne Allianz Moldawiens) / Mitglied
Polen	Zieloni 2004 (Grüne 2004) / Mitglied
Rumänien	Partidul Verde (Grüne Partei) / Mitglied
Russland	GROZA (Grüne Alternative) / Mitglied Zelenaya Rossiya (Grünes Russland) / Beobachter
Serbien	Zeleni (Grüne) / Beobachter
Slowakei	Strana Zelených (Grüne Partei) / Mitglied
Slowenien	Stranka Mladih Slovenije-Zelenih Evrope (Jugendpartei Sloweniens-Europäische Grüne) / Mitglied
Tschechische Republik	Strana Zelených (Grüne Partei) / Mitglied
Ukraine	Partiya Zelenykh Ukrainy (Ukrainische Partei der Grünen) / Mitglied
Ungarn	Zöld Baloldal (Grüne Linke, früher Allianz der Grünen Demokraten) / Mitglied LMP-Lehét más a Politika («Politik kann anders sein») / Beobachter
Weißrussland	Bielaruskaja Partija «Zialonye» – (Grüne) / Beobachter

# **2 Das historische Dokument**

# Die Gründung der European Greens 1984

## DOKUMENT 1

THE EUROPEAN GREENS  
LES VERTS EUROPEENS  
DIE GRÜNEN IN EUROPA  
DE EUROPESE GROENEN  
DE GRÖNA I EUROPA  
NA GLASAIGH EORPACHA

### **GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GRÜNEN PARTEIEN<sup>1</sup>**

Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts bieten die Grünen mit ihren Zielsetzungen reale Zukunftshoffnung: Rückgabe der Macht an die Bürger, Vermittlung des Gedankens, dass eine bessere Lebensqualität nicht von einem höheren Lebensstandard abhängt, Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Mensch und der ihn umgebenden Natur, radikale Neubestimmung der Beziehungen zwischen armen und reichen Völkern, Verteidigung der Sache des Friedens.

Grüne Politik ist in immer mehr Ländern Europas präsent. Um die Wünsche einer wachsenden Zahl von Bürgern besser erfüllen zu können, haben die grünen Organisationen beschlossen, auf europäischer Ebene für die Verwirklichung der Ziele eng zusammenzuarbeiten, die sie bereits auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene verfolgen. Diese Zusammenarbeit soll auf grüne Organisationen sowohl in Osteuropa als auch in anderen Kontinenten ausgedehnt werden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1984 bieten die Gelegenheit, denen in den Arm zu fallen, die mit dem Streben nach fortgesetztem wirtschaftlichen und industriellen Wachstum die Lebensgrundlagen entweder durch die Verstärkung der Umweltverschmutzung und anderer Schäden oder durch die

<sup>1</sup> Quelle: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881. Minimale Schreibfehler sind korrigiert. Eine erste Fassung der Erklärung entstand bereits beim Treffen der Europäischen Grünen Parteien in Brüssel am 26./27. März 1983, eine dritte Fassung im Sommer 1983, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872. Die englische Bezeichnung für die Gemeinsame Erklärung lautet «Joint Declaration of Aims».

Erhöhung der Kriegsgefahr untergraben. Diese Tendenzen findet man in allen herkömmlichen Parteien, ob sie sich nun zur Linken, zur Rechten oder zur Mitte bekennen. Millionen von Bürgern, die bereits grüne Standpunkte vertreten, wissen, dass diese Tendenzen nur um den Preis einer radikalen Änderung der Grundhaltung aller Beteiligten zu wenden sind.

Die europäischen Grünen glauben, dass Europa nicht länger von zentralen Gewalten ver- oder «zer»-waltet werden sollte. Die Vielfalt der Kulturen der Völker und Regionen ist eines unserer höchsten Güter und soll zugunsten aller Europäer erhalten und entwickelt werden; wahre Souveränität kann nur von einer föderalen Struktur ausgehen, die diese Vielfalt berücksichtigt. Eine solche Struktur muss in letzter Konsequenz aus Regionen und nicht aus Nationalstaaten bestehen und so beschaffen sein, dass die Würde und Verantwortung aller Bürger geachtet wird: politische, soziale, wirtschaftliche Entscheidungen müssen von denen getroffen werden, die deren Folgen zu tragen haben. Dezentralisierung der Institutionen, der ständige Dialog zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern auf allen Ebenen, Volksbegehren auf Verlangen, offene Diskussion der Probleme, freier Zugang zu allen amtlichen Dokumenten und Dateien sowie die Gewährung des Wahlrechts für Einwanderer – insbesondere anlässlich der Europawahl – stellen Garantien für ein wahrhaft demokratisches Europa dar.

Wir Grünen wollen kein Europa mehr, dessen Regierungen an der Anhäufung von Waffen führend beteiligt sind, während Jahr für Jahr Millionen Menschen an Hunger, Unterernährung und Armut sterben. Die furchtbare Kluft zwischen denen, die zu wenig haben, und denen, die um die Wette verschwenden, ist eine der wahrscheinlichsten Ursachen eines künftigen Krieges. Der Ausgleich der unterschiedlichen Lebensbedingungen muss eine Priorität im Kampf für den Frieden darstellen.

Die europäische Agrarpolitik muss grundsätzlich geändert werden: statt der gegenwärtigen, auf hohen Subventionen, auf Tiere, Pflanzen und Boden ausbeutenden industriellen Methoden beruhenden Landwirtschaft müssen wir ein Konzept des Ernährungsgleichgewichts sowohl in unseren Regionen als auch in der Dritten Welt fördern. Deshalb ist Forschung und Einsatz zur Anpassung der Umwelt- und Ernährungsbedingungen auf der Erde ein Hauptziel der Friedensstrategie der Grünen.

In Verbindung hiermit treten die Grünen für eine zivile und gewaltlose Verteidigung anstelle der herkömmlichen Konzeption bewaffneter Verteidigung ein. Gleichzeitig fordern wir ein Ende des Waffenhandels, eine unabhängige europäische Verteidigungsstrategie und einseitige Vorleistungen, um eine multilaterale Abrüstung zu erreichen.

Die Grünen wenden sich gegen Wachstum, das auf stetig ansteigender Energieerzeugung in den Industrieländern beruht, da dies unerträgliche Auswirkungen auf die Umwelt zeitigt. Darüber hinaus führt maßloser Verbrauch zu einer Erschöpfung der Energieressourcen auf Kosten der Länder der Dritten Welt. Wir sind gegen den Einsatz von Kernenergie, einer teuren, veralteten, unmenschlichen und äußerst gefährlichen Technologie, die Umweltprobleme

für Tausende von Jahren schafft. Stattdessen befürworten wir eine Energiepolitik auf der Grundlage von realen Bedürfnissen, die Energiesparmaßnahmen, rationelle Energienutzung und den Verbrauch von örtlich erzeugten erneuerbaren Ressourcen fördert.

Die Grünen wollen deshalb keine Wirtschaftsordnung mehr, die nur auf Produktivitätsorientierung beruht, zur Konzentration der Produktionsmittel führt, irreversible Umweltschäden anrichtet, künstliche Bedürfnisse schafft, selbstverwirklichende Tätigkeiten verhindert, Ungleichheiten zwischen Kontinenten, Regionen und sozialen Gruppen akzentuiert und dadurch zu allgemeiner Arbeitslosigkeit führt. Wir wollen uns vollständig vom liberalen oder monopolistischen Kapitalismus des Westens und vom Staatskapitalismus des Ostens abwenden und einen dritten Weg anstreben, der mit einer umweltfreundlichen Gesellschaft vereinbar ist. Wir sind für eine Erneuerung der Wirtschaftsordnung, von der Basis ausgehend, mit menschlichen und autonomen Formen, die zu einem System der gemeinschaftlichen Verantwortung führt, die dem Erhalt der Ökosysteme Vorrang gibt. Wir wollen entschiedene Maßnahmen zugunsten von Unternehmen nach menschlichem Maß, die soziale, nützliche, dauerhafte und umweltfreundliche Erzeugnisse schaffen, die den wahren Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen. Wir sind für überschaubare, nach Umweltkriterien organisierte Betriebe, an denen die Arbeitenden, die Verbraucher und die in der unmittelbaren Umgebung Wohnenden teilhaben. Wir treten für eine wesentliche Verringerung der Arbeitszeit, für eine Verteilung der Arbeit sowie für eine allgemeine Umverteilung der Einkommen und Ressourcen ein.

Mit dieser Erklärung kündigen die Grünen die Bildung einer Europäischen Grünen Allianz an und unterstreichen ihre Bereitschaft, in diesem Rahmen eng zusammenzuarbeiten, sowie Mittel und Ziele zu sammeln, um eine wirkliche Grüne Internationale zu schaffen.

LES VERTS (Frankreich)

ECOLOGY PARTY (Großbritannien)

COMHOANTAS GLAS (The Green Alliance – Irland)

AGALEV und ECOLO (Belgien)

DE GROENEN (Holland)

MILJÖPARTIET (Schweden) (\*)

ALTERNATIVE LISTE ÖSTERREICH (ÖSTERREICH) (\*)

(\*) Verweise auf die EG gelten nicht für die Parteien von Nichtmitgliedstaaten.

## DOKUMENT 2

THE EUROPEAN GREENS  
LES VERTS EUROPEENS  
DIE GRÜNEN IN EUROPA  
DE EUROPESE GROENEN  
DE GRÖNA I EUROPA  
NA GLASAIGH EORPACHA

Brüssel, den 23.1.1984  
PRESSEKOMMUNIQUE<sup>2</sup>

### DIE GRÜNEN IN EUROPA: ES GEHT LOS !

Im Laufe einer Pressekonferenz, die am 23.1.1984 in Brüssel stattgefunden hat, haben acht in verschiedenen Ländern der EG und darüber hinaus vertretene grüne politische Organisationen die Bildung einer interregionalen Allianz mit dem Namen «DIE GRÜNEN IN EUROPA» angekündigt.<sup>3</sup>

LES VERTS (Frankreich), ECOLOGY PARTY (Großbritannien), COMHAONTAS GLAS (The green alliance – Irland), AGALEV und ECOLO (Belgien), DE GROENEN (Holland), MILJÖPARTIET (Schweden) und die ALTERNATIVE LISTE OESTERREICH (Oesterreich)<sup>4</sup> haben beschlossen, auf europäischer Ebene eng zusam-

- 2 Quelle: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881. Hier befinden sich auch die englische Fassung der Presseerklärung, die Presseeinladung mit der Teilnahmeliste, eine Sammlung von Presseartikeln und ein Bericht von Sara Parkin. An der Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum in Brüssel haben Sara Parkin zufolge zwischen 50 und 60 Journalist/innen teilgenommen; Sara Parkin: A chronological report of events from the end of 1983 until August 1984.
- 3 Die englische Fassung der Presseerklärung benutzt hier das Wort «to announce», welches außer «ankündigen» vor allem «bekannt geben» bedeutet, was hier vielleicht passender gewesen wäre. Bei der Pressekonferenz ist nach Ansicht der anwesenden Journalist/innen die offizielle Gründung bekannt gegeben worden. Gerald Bourke zufolge handelte es sich um «the official launch of the European Greens». Bourke berichtete in «The Bulletin. Belgium's News Weekly in English» vom 27. Januar 1984: «Encouraged by their electoral success and increasing popularity, these parties have decided to bury their differences and contest the forthcoming European Parliamentary elections on the basis of a common programme. Several of their leading lights gathered in Brussels this week for the official launch of the European Greens.» Entsprechend auch der bereits genannte Bericht von Sara Parkin: «Our desire to form our own political group in the European Parliament was announced»; Sara Parkin a.a.O., Unterstreichung im Original.
- 4 Anmerkung im Original: DIE GRÜNEN (Deutschland), die an den Koordinationstreffen von Anfang an teilgenommen haben, werden in den nächsten Wochen eine formelle Entscheidung über ihren Beitritt zu den GRÜNEN IN EUROPA treffen. Das gleiche gilt für DEI GRENG (Luxemburg).

menzuarbeiten, um auch dort die grünen Zielsetzungen zu verwirklichen, die sie bereits auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene vertreten. Die Vertreter der in Brüssel anwesenden Parteien haben darauf hingewiesen, dass sie inzwischen bereits seit fast zwei Jahren regelmäßige Arbeitskontakte haben, die u.a. zur Annahme einer «Gemeinsamen Erklärung» im Juni 1983 geführt haben. DIE GRÜNEN IN EUROPA haben beschlossen, gemeinsam an den Europawahlen teilzunehmen: Vor diesem Hintergrund sind von den Delegationen der verschiedenen Organisationen an diesem Wochenende (21./22.1.) eine Reihe von politischen Vorschlägen<sup>5</sup> ausgearbeitet und verabschiedet worden; diese Vorschläge werden den jeweiligen Instanzen der verschiedenen Parteien [zur Beschlussfassung vorgelegt und]<sup>6</sup> auf dem Kongress der GRÜNEN IN EUROPA am 31. März und 1. April 1984 in Lüttich [öffentlich bekannt gemacht].<sup>7</sup>

DIE GRÜNEN IN EUROPA haben außerdem das vom europäischen Parlament eingeführte Wahlkampfkostenrückerstattungssystem heftig kritisiert, welches sie als einen «Wiederwahl-Fonds» für die jeweiligen Europarlamentarier bezeichnen.

Schließlich haben DIE GRÜNEN IN EUROPA darauf hingewiesen, dass diejenigen unter ihnen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit demnächst im Europaparlament vertreten sein werden, in aller Form auch die grünen Parteien anderer Länder – wie z.B. Großbritannien – dort vertreten werden, die aufgrund des in diesen Ländern geltenden Wahlsystems quasi keine Chance haben, Vertreter in das Europaparlament zu entsenden. Auf diese Art bringen DIE GRÜNEN IN EUROPA ihren Willen zu enger Zusammenarbeit, ihr Vertrauen ineinander und die Solidarität untereinander in konkreter Art und Weise zum Ausdruck.

- 
- 5 Gemeint ist die gemeinsame Erklärung der grünen Parteien zur Europawahl 1984, deren ersten Entwurf Roland Vogt geschrieben hatte und die als Entwurf eines Kurzprogramms von der westdeutschen BAG Europa bei den Koordinierungstreffen eingebracht worden war. Die Zustimmung zum Kurzprogramm wurde jedoch beim Koordinierungstreffen am 21./22. Januar 1984 in Brüssel von den diesmal angereisten Vertretern der Grünen, Günter Hopfenmüller als Vertreter des Bundesvorstands und Lukas Beckmann als Bundesgeschäftsführer, abgelehnt. Vgl. den Bericht von Sara Parkin, a.a.O., und Paul Beeckmans-Wienert, Über die Zusammenarbeit der grünen und alternativen Parteien in Europa, 2-seitiges Typoskript ohne Datum aus dem Jahr 1984, AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872.
- 6 Am Sinn des Satzes besteht an sich kein Zweifel. Die in Brüssel gefassten Beschlüsse zum gemeinsamen Programm bedürfen der Zustimmung der zuständigen Gremien der beteiligten Parteien. Anschließend soll das Programm beim 1. Kongress der Europäischen Grünen in Lüttich offiziell präsentiert werden. Die Ergänzungen in der eckigen Klammer sind sinngemäß, aber sprachlich nicht optimal. Leider ist auch die englische Fassung nicht ohne Mängel: «The European Greens have decided to go together into the European elections in June 1984 and with this in mind a programme of political proposals has been put together and adopted by the delegation of each movement this week-end. They will [be] taken by to each of the parties [for] ratification and will be made public at the Congress of Green Parties Liège-Belgium, 31st March and 1st April.»
- 7 Im Original steht «vorgelegt». Sinngemäß und in Übereinstimmung mit der englischen Fassung «will be made public» ist «werden öffentlich bekannt gemacht» passender.

**THE EUROPEAN GREENS  
DE GRÖNA I EUROPA  
LES VERTS EUROPEENS**



**DE EUROPESE GROENEN  
NA GLASAIGH EORPACHA  
DIE GRÜNEN IN EUROPA**

*Plakat der Grünen in Europa 1984.*

## DOKUMENT 3

### **Gemeinsame Erklärung grüner, ökologischer und radikaldemokratischer Parteien zur Europawahl:<sup>8</sup>**

«Unser gemeinsames Engagement für ein anderes, neutrales und dezentrales Europa, mit selbstverwalteten Regionen unter Erhaltung der jeweiligen kulturellen Eigenständigkeit, begründet sich auf folgende programmatische Aussagen:

- wir setzen uns entschieden gegen die Stationierung von Atomraketen in Europa, sowohl im Osten als im Westen, für drastische Abrüstung, für ein Auseinanderrücken der Macht-Militärblöcke bis zu deren Auflösung ein;
- wir sind für eine kompromißlose Umweltpolitik des ökologischen Gleichgewichts, gegen die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden, gegen die Zubetonierung von Natur und Landschaft;
- wir treten für die Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ein;
- wir fordern im Interesse der Lohnabhängigen und Verbraucher in Fragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und gegen den Sozialabbau;
- wir streben eine ökologische Landwirtschaft an und wollen die Arbeitsplätze von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben erhalten;
- wir verstehen Entwicklungspolitik als echte Partnerschaft mit der Dritten Welt und setzen uns für eine Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und der Dritten Welt und für eine verstärkte Zusammenarbeit der Solidaritätsbewegungen mit den Dritte-Welt-Bewegungen in Europa ein;
- wir sind für die uneingeschränkte Ausübung demokratischer Grundrechte als Voraussetzung für eine ökologische und emanzipatorische Gesellschaft.»

<sup>8</sup> Quelle: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881. Das Datum der Unterzeichnung war der 28. April 1984.

Unterzeichner:

ECOLO/AGALEV (Belgien)

DIE GRÜNEN (Bundesrepublik)

LES VERTS/EUROPE ECOLOGIE (Frankreich)

COMHAONTAS GLAS/GREEN ALLIANCE (Irland)

DI GRENG ALTERNATIV (Luxemburg)

GROEN-PROGRESSIEF AKKORD (Niederlande)<sup>9</sup>

EUROPESE GROENEN (Niederlande)

ECOLOGY PARTY (England)

---

9 Der Groen Progressief Akkord hatte der neugegründeten Partei De Groenen die Führung ihres Namens untersagt, die sich deshalb Europese Groenen nannten, aber umgekehrt waren auch De Groenen gerichtlich erfolgreich und untersagten ihrerseits dem Groen Politieke Akkord die Führung seines Namens, weshalb das tatsächliche unterschriebene Exemplar der Erklärung die drei Mitgliedsparteien des Wahlbündnisses sowie als vierte Partei die de facto nicht existente Groen Partij Nederland, deren Namen die Radikale Partei für das Wahlbündnis geschützt hatte, nennt. Vgl. Sara Parkin, a.a.O.

# Kommentar

Im Folgenden soll es nicht um einen inhaltlichen Kommentar zum politischen Gehalt der Erklärungen gehen, die die Europäischen Grünen bei ihrer Gründung abgegeben haben, sondern um Erläuterungen zum kontextuellen Zusammenhang der Gründung, obwohl die Gemeinsame Erklärung mit ihrem positiv verstandenen utopischen Entwurf selbstverständlich ein schönes Dokument des politischen Denkens der Grünen ist. Aber die Gründung war vertrackt, war vor allem deshalb vertrackt, weil die deutschen Grünen bei der Gründung nicht mitgemacht hatten. Aber bereits bei dieser Feststellung ist Vorsicht angebracht. Einerseits waren die deutschen Grünen offensichtlich, d.h. nach Aktenlage, wie sie im Grünen Gedächtnis vorliegt, an der Formulierung der Erklärungen durchgängig aktiv beteiligt. Es existiert auch kein Dokument, wonach sie sich von ihren Inhalten distanziert hätten. Der Dissens bei der Gründung der Europäischen Grünen bestand in erster Linie auf der Ebene der Bündnispolitik, die aber nicht rein instrumentell verstanden werden sollte, weil sie Teil der grünen Identitätspolitik war.

## I.

Wann und wie wurden «Die Europäischen Grünen» gegründet? Sowohl zum Datum als auch zu den Gründungsorganisationen und den weiteren Umständen der Gründung gibt es eine Reihe divergierender Angaben. So wurde bei der Gründung der Europäischen Grünen Partei 2004 in Rom ein Heft verteilt, in dem es heißt: «The first European organisation was formed in 1984 in Liege at the initiative of the green parties of Benelux, United Kingdom, Germany, Sweden and Switzerland, together constituting the European Co-ordination of Green Parties.»<sup>1</sup> Lüttich 1984 meint den ersten Kongress der Europäischen Grünen. Das Datum wäre dann der 31. März 1984 gewesen, aber die Tagesordnung des Kongresses unterstützt die im Übrigen weit verbreitete Behauptung nicht. Auf der Agenda stand für den Vormittag die Verabschiedung des Wahlprogramms für die Europawahl 1984, am Nachmittag sollte eine Debatte über die mittel- und langfristigen Perspektiven der Grünen stattfinden. Überhaupt wird in der Einladung zum Kongress stattdessen der 21./22. Januar 1984 als Gründungstag genannt: «Wie

<sup>1</sup> Chicco Negri, Towards the European green party, in: Modus vivendi, Supplemento, febbraio 2004, S. 43. Die französischen und die österreichischen Grünen sind leider nicht erwähnt.

Ihr vielleicht wisst, haben sich nach zweijähriger Vorbereitung grüne Parteien aus England, Holland, Schweden, Frankreich, Oesterreich, Irland und Belgien am 21./22. Januar 1984 zu den «GRUENEN IN EUROPA» zusammengeschlossen.»<sup>2</sup> Aber auch bei dem Koordinationstreffen der europäischen grünen Parteien am besagten 21./22. Januar 1984 hat es keinen formalen Gründungsbeschluss gegeben, sondern u.a. die Vorbereitung einer für den 23. anberaumten Pressekonferenz, bei der die Gründung der «Grünen in Europa» bekanntgegeben wurde. Von daher scheint mir der 23. Januar 1984 der richtige Tag zu sein.

Allerdings hält Thomas Dietz, der sich am meisten um die Erforschung der europäischen Zusammenarbeit der Grünen verdient gemacht hat, einen noch früheren Termin für das epochemachende Datum. Da nämlich die nach der Europawahl 1979 eingerichtete Koordination grüner und radikaler Parteien 1982 auseinandergebrochen und 1983 durch eine Koordination grüner Parteien ersetzt worden sei, markiere die seit dem 23. Juni 1983 vereinbarte und praktizierte Zusammenarbeit als «European Green Coordination» die eigentliche Geburtsstunde der Europäischen Grünen.<sup>3</sup> Seiner Ansicht nach kommt es bei der Unterscheidung historischer Perioden auf qualitative Bestimmungen an, und zwischen 1983 und 1993 sei die Zusammenarbeit der grünen Parteien in Europa durch das Mittel der Koordination bestimmt gewesen, ehe sie 1993 durch die Gründung der Europäischen Föderation Grüner Parteien qualitativ weiterentwickelt worden sei. Dietz plädiert also für den 23. Juni 1983.

In der Erinnerung der Europäischen Grünen hat sich trotzdem der 31. März 1984 durchgesetzt.<sup>4</sup> Eines aber dürfte klar sein: je nach dem, welches Gründungsdatum man ansetzt, ändern sich die teilnehmenden Parteien und ein Stück weit der Charakter der Organisation, die 1983/1984 gegründet worden ist.

- 
- 2 Einladungsschreiben der European Greens, unterzeichnet von Rudi Winzen, «An alle Kreisverbände der GRUENEN» vom 25.2.1984, AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.
  - 3 Thomas Dietz, Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 45 ff; Dietz zählt deshalb weder die Alternative Liste Österreich noch die niederländische Partei De Groenen als Gründungsmitglieder.
  - 4 Arnold Cassola; Per Gahrton (eds.), Twenty years of European Greens 1984-2004, Brüssel: European Federation of Green Parties 1983. Merkwürdig ist, dass die aus Anlass des 20. Jahrestags des Lütticher Kongresses herausgegebene Broschüre so tut, als sei in Lüttich die Europäische Grüne Koordinierung gegründet worden. Fotos mit dem Plakat «The European Greens» tragen die Bildunterschrift «Founding of European Green Coordination». Aber der Name auf dem Plakat ist echt. Er ist bei der Koordinationssitzung am 1. Oktober 1983 in Brüssel festgelegt worden. Unter Punkt «6. Organisational matters», «D. Name» des Protokolls findet sich der lustige Schreibfehler: «There is general expection [acceptance] of the name : THE EUROPEAN GREENS.», in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872. Auch Frithjof Schmidt meint, dass im März 1984 in Lüttich die offizielle «Gründung der «Grünen Europäischen Koordination»» stattgefunden habe. Frithjof Schmidt, Auf dem Weg zur Europäischen Grünen Partei, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Die Grünen in Europa. Ein Handbuch, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 50. Dagegen scheint aber Dietz die besseren Gründe für einen ein Jahr früher liegenden Gründungstermin der Koordination in 1983 zu haben.

Der 23. Januar 1984 ist kein Datum, das man mit der Gründung der Europäischen Grünen verbindet. Der Blick in das Protokoll der Koordination vom 21./22. Januar 1984<sup>5</sup> lehrt jedoch, was für den 23. Januar vorgesehen war und – mit Blick auf die Presseberichterstattung – auch stattgefunden hat: die öffentliche Bekanntmachung der «Grünen in Europa» als einer neuen europäischen Parteienfamilie und die Ankündigung ihrer Kandidatur bei der im Juni bevorstehenden Europawahl mit einem gemeinsamen Programm. Die Planung für die Pressekonferenz ist im Protokoll des Koordinationstreffens in acht Spiegelstrichen festgehalten:

1. Präsentation der Europäischen Grünen,
2. Präsentation der oben wiedergegebenen Gemeinsamen Erklärung,
3. Ankündigung, gemeinsam zur Europawahl anzutreten,
4. Ankündigung des Kongresses in Lüttich, bei dem das gemeinsame Wahlprogramm vorgestellt wird,
5. Ankündigung, dass die Erklärung über die Zusammengehörigkeit der Grünen Parteien entsprechend den Regeln über die Wahlkampfkostenerstattung unterschrieben wird,
6. Protest gegen die einseitige Bevorzugung der vor fünf Jahren gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments bei der Wahlkampfkostenerstattung,<sup>6</sup>
7. Erklärung, dass die bei der Wahl im Juni 1984 gewählten Grünen für alle europäischen grünen Parteien sprechen, und
8. Protest, dass das Verhältniswahlrecht nicht überall eingeführt worden ist.

Der Kern der Botschaft vom 23. Januar 1984 in Brüssel lautete dementsprechend: wir, die wir hier stehen, sind Die Europäischen Grünen; wir werden mit einem gemeinsamen Programm zur Europawahl antreten; wir wollen im Europäischen Parlament eine grüne Fraktion bilden und werden das aus eigener Kraft schaffen.

---

5 Minutes of the meeting of THE EUROPEAN GREENS Brussels, Januar 21-22 1984, S. 5, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

6 Die 1984 gültige Wahlkampfkostenerstattungsregelung des Europäischen Parlaments unterstützte die transnationale Zusammenarbeit der Parteien, indem sie die Kostenerstattung an unterschiedliche Voraussetzungen knüpfte. Wenn kooperierenden Parteien eine «Declaration of affiliation» unterzeichnet hatten, musste eine Hürde von 1% der Wählerstimmen in drei der zehn Mitgliedsstaaten der EG übersprungen werden, ohne eine entsprechende «Declaration of affiliation» galt eine 5%-Hürde; vgl. Dietz, S.49; «Background Information on the Credits for the European Elections of 1984», von Dirk Janssens, 30.09.1983, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872. Der Zorn der Grünen richtete sich dabei gegen die Regelung, dass laut Janssens' Background Information die vor der Wahl bestehenden EP-Fraktionen je 1% der ausgeschütteten Wahlkampfkostenerstattung als Basisfinanzierung erhalten sollten; der verbleibende Rest sollte zu zwei Dritteln an amtierende EP-Abgeordnete gehen, während lediglich das dritte Drittel an die Kandidat/innen nach dem oben erwähnten Schlüssel verteilt werden sollte.

Neben der Gemeinsamen Erklärung gab es noch die hier mitabgedruckte Presseerklärung und die hat, ungewöhnlich für eine Presseerklärung, eine Fußnote. Weder die deutschen noch die luxemburgischen Grünen – Dei Greng Alternativ – haben die Gründung der European Greens mitgetragen. Ihre Nicht-Teilnahme ist neben der Gründung selbst die Hauptnachricht von der Pressekonferenz. Die Fußnote und die politischen Erklärungen bei der Pressekonferenz, über die die Zeitungen berichten, möchten den Eindruck erwecken, dass die deutsche und luxemburgische Nicht-Teilnahme lediglich formalen Gründen geschuldet ist. Die in wenigen Wochen bevorstehende Bundesversammlung der Grünen in Karlsruhe würde die deutsche Teilnahme ratifizieren.<sup>7</sup> Tatsächlich wird es nicht ein paar Wochen, sondern drei Jahre dauern, bis die deutschen Grünen den European Greens beitreten, und es waren nicht formale, sondern substantielle Gründe, weshalb sie sich so lange verweigerten. Jedenfalls hat der Berichtstatter des Bulletins<sup>8</sup> mit der Feststellung Recht, dass durch die Nicht-Teilnahme der deutschen Grünen die Glaubwürdigkeit der neuen Allianz schwerwiegend beeinträchtigt war. Damit außer dem politischen Schaden nicht auch noch ein finanzieller Schaden entstehe, wurde am 28. April 1984 eine dem europäischen Parlamentsrecht genügende «Declaration of affiliation», die Pariser Erklärung, die hier als drittes Dokument abgedruckt ist, nachgeschoben. Die Pariser Erklärung ist auch von den deutschen und luxemburgischen Grünen sowie zuallerletzt, knapp vor Torschluss am 2. Mai, vom niederländischen Groen Progressief Akkoord unterzeichnet worden.

## II.

Es war also eine komplizierte Geburt. Die deutschen Grünen, organisatorisch und aufgrund ihres Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl 1983 die stärkste Grünen-Formation in Europa, haben den Gründungsakt nur zur Hälfte, nur den parlamentsbezogenen Teil, mitgetragen. Sie sahen im Unterschied zu ihren Partnerinnen zu diesem Zeitpunkt, d.h. im Zusammenhang mit der bevorstehenden Europawahl, keine Notwendigkeit, die Koordinaten ihrer politischen Zusammenarbeit in Europa zu ändern, und lehnten die mit diesem Schritt zum Ausdruck kommende Veränderung der programmatischen Ausrichtung der europäischen Grünen ab. In einer Erklärung des Bundesvorstands vom 24./25. März 1984, explizit an die Teilnehmer/innen des Kongresses der Grünen in Europa in Lüttich wie auch an die dort nicht vertretenen «Alternativen und Radikaldemokratischen Parteien und Organisationen Westeuropas» adressiert, heißt es im Eingangs-

7 Sara Parkins Bericht über die Koordination der Europäischen Grünen im Zeitraum von Ende 1983 bis August 1984 bestätigt diesen Eindruck: «Die Grunen were invited to take part in the Press Conference to explain their position but they refused, wishing their absence to be explained by their internal communication problems and stating that a decision on whether to 'join' the E[uropean]G[reens]s or not would be taken at their Federal Congress (main decision making body) at Karlsruhe.» AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

8 Siehe Anmerkung 10.

satz: «DIE GRÜNEN sprechen sich im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl am 17. Juni 1984 für eine verstärkte Diskussion und Zusammenarbeit mit **allen** grünen, ökologischen, alternativen und radikal-demokratischen Parteien und Organisationen in Westeuropa aus.»<sup>9</sup> Kurz, es ging bei der Gründung der European Greens um die Frage: mit wem arbeiten sie zusammen und wer ist von der Zusammenarbeit ausgeschlossen? Bislang sind hierbei immer nur zwei Varianten gegenübergestellt worden: grüne Parteien, die sich als strikt ökologische Parteien definierten und die auf der Rechts-Links-Achse des Parteiensystems weder der einen noch der anderen Seite zuneigten; oder grüne Parteien, die sich als sozial-ökologische Parteien der Neuen Linken positionierten. Die ersten tendierten dazu, die Zusammenarbeit mit postkommunistischen Parteien und Strömungen auszuschließen, während sich die zweiten eher offen zeigten. In den Niederlanden hatte sich die Radikale Partei, welche sich gegenüber ökologischen Politikansätzen am weitesten geöffnet hatte, im Vorfeld der Europawahl 1984 bei der Suche nach Bündnispartnern, mit denen der Einzug ins Europäische Parlament möglich sein würde, über eben diese Frage gespalten. Diejenigen, die eine Zusammenarbeit mit sozialistischen und kommunistischen Parteien ablehnten, hatten eine neue grüne Partei, De Groenen, gegründet und warfen dem Groen Politieke Akkoord, so der Name des grün-linken Wahlbündnisses, Etikettenschwindel vor: eine linkssozialistische Politik, die mit einem grünen Etikett auf die hohen Umfragewerte für die Grünen spekuliert. De Groenen erreichten, dass sie von den Europäischen Grünen aufgenommen wurden, während jenen die Zusammenarbeit verweigert wurde. Die deutschen Grünen skandalisierten die Haltung ihrer Schwesterparteien in der Koordination der grünen Parteien und machten ihre konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Koordination sowie gegenüber einzelnen Parteien, insbesondere gegenüber den französischen Grünen, von deren Haltung gegenüber dem Groen Politieke Akkoord abhängig. Dieser Konflikt sollte die europäische Koordination der grünen Parteien in den beiden folgenden Jahren weitgehend lähmen. Die deutschen Grünen nahmen die Vorwürfe – Erpressung! – relativ gelassen. In ihren Augen konnten lediglich die belgischen Grünen Erfolge vorweisen. Im Übrigen bemühten sie sich um die Parteien der Neuen Linken in den Ländern, in denen grüne Parteien bis dahin wenig erfolgreich waren. Zum Verständnis der Position der westdeutschen Grünen ist ein Blick auf die Netzwerke, mit denen die deutschen Grünen verbunden waren, und die Parteiensysteme in denjenigen Mitgliedsstaaten, in denen post-68er Parteien eine Rolle spielten, sinnvoll.

Gründungsparteien der European Greens waren die beiden belgischen grünen Parteien – die flämische AGALEV und die wallonische ECOLO –, die englische Ecology Party, die französischen Les Verts, Comhaontas Glas aus Irland und De Groenen aus den Niederlanden, schließlich aus Nicht-EG-Staaten die Alternative Liste Österreich und die schwedische Miljöpartiet. Nur die drei zuerst genannten Parteien aus Belgien und England waren auch Mitglieder der

<sup>9</sup> AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

Vorgängerorganisation gewesen, der «Co-ordination of the European Green and Radical Parties». Zu deren Gründungsorganisationen hatten auch die deutschen Grünen gezählt, außerdem die französische Movement d'Ecologie und eben auch zwei «radikale» Parteien, die italienische Partito Radicale und die niederländische Politieke Partij Radikalen.<sup>10</sup> Nur die italienische Partito Radicale, aber keine einzige grüne Partei, hatte 1979 den Einzug in das erste direkt gewählte Europäische Parlament geschafft. Die niederländischen Radikalen, die mit den italienischen Radikalen nur den Namen gemein hatten, hatten sich 1968 von der Katholischen Volkspartei abgespalten und waren von 1973 bis 1977 an der von Joop van Uyl (PvdA) geführten Koalitionsregierung beteiligt. Sie hatten 1979 drei Abgeordnete im niederländischen Parlament, die vorerst die Organisation der Koordination der grünen und radikalen Parteien übernahmen.

Die beiden radikalen Parteien, so wenig sie sonst gemein haben mochten, waren damit die einzigen in der Koordination, die parlamentarisch verankert waren und insofern über einen gewissen Apparat verfügten. Nimmt man hinzu, dass die italienischen Radikalen sich als europäische Partei verstanden und nur nach mühevollen Verhandlungen von der Absicht abzubringen waren, ihren belgischen Ableger 1981 gegen ECOLO als Konkurrenz antreten zu lassen, ist leicht zu verstehen, dass unter den europäischen Grünen die Idee einer eigenen Organisation reifte, und das umso mehr, als nun die ersten Wahlerfolge der Grünen eintraten. Die Schweizer/innen hatten 1979 mit der Wahl von Daniel Brélaz in das schweizerische Parlament den Reigen eröffnet, 1981 folgten AGALEV und ECOLO in Belgien, und der Erfolg der deutschen Grünen vom 6. März 1983 machte noch einmal Epoche. Noch im selben März kam es auf Einladung der belgischen Grünen zum ersten «Meeting of the Green Parties of Europe»<sup>11</sup>. Jetzt, ein gutes Jahr vor den Europawahlen von 1984, begannen die Gespräche über die Gründung einer europäischen grünen Koordination ohne Beteiligung der italienischen und niederländischen Radikalen. Diese Gespräche sind also von der Erwartung getragen, diesmal ohne die Radikalen eine eigene, aus belgischen, deutschen und französischen Abgeordneten zusammengesetzte rein grüne Gruppe im Europäischen Parlament bilden zu können. Diese Erwartung wird sich jedoch nicht erfüllen.

Außer der Koordination der grünen und radikalen Parteien existierte mit der sogenannten technischen Fraktion im Europaparlament, der 1979 gegründeten «Fraktion für technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten» eine weitere europäische Struktur, zu der die deutschen Grünen ständigen Kontakt hielten. Das Verbindungsbüro war mit Roland Vogt, der 1979 auf Platz 2 der deutschen Liste für das Europaparlament kandidiert hatte, prominent besetzt. Geschäftsführer, Secrétaire Général,

10 Sara Parkin, in: Arnold Cassola; Per Gahrton (eds.): Twenty years of European Greens 1984-2004, Brüssel 2003, S. 42.

11 Frithjof Schmidt: Auf dem Weg zur Europäischen Grünen Partei, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Grünen in Europa: ein Handbuch, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 50.

der Fraktion für technische Koordinierung war John Lambert von der pazifistischen Initiative Agenor. Er wird bis 1988 dieselbe Funktion im Green Alternative European Link (GRAEL) ausüben.

Die Fraktion für technische Koordinierung war unter anderem aus dem Wahlbündnis der Grünen zur Europawahl 1979 hervorgegangen. Unter ihre elf Abgeordneten zählten fünf Italiener/innen, außer den drei italienischen Radikalen Marco Pannella, Emma Bonino und dem Schriftsteller Leonardo Sciascia noch Luciana Castellina, Redakteurin von *Il Manifesto* und Parlamentsabgeordnete der Partito d'Unità Proletaria (PdUP), und Mario Capanna, prominenter Repräsentant der 68er-Studentenbewegung, der sich der Democrazia Proletaria (DP) angeschlossen hatte. Die DP ist 1975, als Christdemokraten und Kommunisten in Italien den historischen Kompromiss vorbereiteten, als breites Wahlbündnis aller nicht-kommunistischen radikalen Linken entstanden, das sich 1978 in eine Partei umwandelte. Die PdUP war 1975 Teil des Wahlbündnisses DP gewesen, beteiligte sich aber nicht an der Parteigründung, sondern blieb unabhängig, bis sie sich 1985 wieder dem PCI anschloss. 1991, beim Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems, wurde die DP Teil der Partito della Rifondazione Comunista. Teile der DP hatten sich allerdings Mitte der 80er-Jahre in Richtung Grüne aufgemacht und sich an der Gründung des Arcibaleno Verde beteiligt, der Regenbogen-Grünen, die am Ende des Jahrzehnts mit den Grünen Listen fusionierten. Wenn also die italienischen Grünen zwar noch nicht zu den Gründungsparteien der Europäischen Grünen zählten, so ist es doch nicht so, dass der Konflikt, der bei der europäischen Gründung zwischen «grün-grünen» und «rot-grünen» Grünen auftrat, in Italien nicht auch vorhanden gewesen wäre. Zum Konflikt kommt es allerdings erst in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre.

In den frühen 80er-Jahren repräsentierten Partito Radicale, Democrazia Proletaria und Partito di Unità Proletaria weitgehend das Spektrum der post-68er PCI-kritischen Linken in Italien und waren in der Bundesrepublik Deutschland im studentischen Milieu wie in dem der Migrant/innen durchaus präsent. Insbesondere die Parteien der sogenannten proletarischen Linken traten in den Universitätsstädten als Botschafter/innen der italienischen Linken auf, pflegten freundschaftliche Kontakte zu den diversen Gruppen der undogmatischen Linken und wurden mehr oder weniger integraler Bestandteil der westdeutschen Alternativkultur. Nachdem sie seit der Wahl 1979 Teil der technischen Koordination geworden waren, wurden PdUP- und DP-Abgeordnete 1984 Mitglieder des Green Alternative European Link, während sich die italienischen Grünen damals noch in ihrer Gründungsphase befanden. Die Beziehungen zwischen den italienischen Grünen Listen, der Partito Radicale und der Democrazia Proletaria waren keineswegs klar. Bei den Kommunalwahlen 1985 wird die Partito Radicale zugunsten der Grünen Listen auf eine eigene Kandidatur verzichten und in der Folge wird eine zweite grüne Formation aus Mitgliedern der Partito Radicale und der Democrazia Proletaria entstehen, der Arcibaleno Verde, ehe sich 1989/90 die Föderation der Grünen Listen und der Arcibaleno Verde zu den

heutigen italienischen Grünen zusammenschließen.<sup>12</sup> Die italienischen Grün-Alternativen beobachteten auch, was seit 1983 in der Koordination der grünen Parteien vorging. So nahmen am 26. November 1983 fünf Beobachter/innen aus Italien teil, darunter Alexander Langer von der Alternativen Liste für ein anderes Südtirol, drei Vertreter/innen der Umweltschutzorganisation Lega per l'ambiente und Carla Ferrari für die PdUP.

Der Fraktion für technische Koordinierung gehörten vier Dänen an, die als Folgebevægelsen mod EF, als Volksbewegung gegen die Europäische Gemeinschaft, 21% der Stimmen und vier der sechzehn dänischen Mandate errungen hatten. Die Volksbewegung gegen die EG war ein Wahlbündnis aus Kommunisten, Sozialistischer Volkspartei, die sich 1959 von den Kommunisten abgespalten hatte und heute zur Europäischen Grünen Partei gehört, und weiteren linkssozialistischen Strömungen, die eine Übertragung von Souveränitätsrechten an die Europäische Gemeinschaft ablehnten. Die meist jungen euroskeptischen dänischen Linksinтеллектуellen unterschieden sich nicht wesentlich von den italienischen Linksinтеллектуellen und Postkommunisten, auch wenn sie nicht Mitglied des GRAEL werden sollten, was für eine euroskeptische Listenverbindung, die die parlamentarische Mitarbeit verweigerte, keinen Sinn ergab. Die Dänen bildeten eine eigene Untergruppe in der Regenbogenfraktion.

Selbstverständlich waren auch in Frankreich mehrere Parteien der 68er-Generation entstanden, unter denen die maoistische Gauche Prolétarienne (GP) und die trotzkistische Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JCR) die bekanntesten waren. Letztere war unter dem Siegel LCR noch in der jüngsten Vergangenheit viel erfolgreicher, als sie es in den hier betrachteten 80er-Jahren war. Zum Spektrum der 68er-Parteien ist noch die intellektuell bedeutsame Parti Socialiste Unifié (PSU) zu zählen. Bei dem erwähnten Koordinationstreffen im November 1983 fragten die deutschen Grünen ihre französischen Freund/innen neugierig nach deren Kontakten zur PSU. Die PSU erhielt – zumindest rhetorische – Unterstützung von den italienischen Radikalen, obwohl italienische Radikale und französische Grüne in der Koordination grüner und radikaler Parteien verbunden waren und sich also nur gegenseitig, aber schon gar nicht ihre Konkurrenten unterstützen sollten. Die PSU wurde auch nicht Teil der Einigung der französischen Grünen im Januar 1984, obwohl das zumindest temporär nicht ausgeschlossen schien, sondern schloss sich später Mitterrands Parti Socialiste an. Das eigentliche Drama der französischen Grünen war aber, dass ihnen die Vereinigung der verschiedenen politischen Strömungen nur unvollständig gelang, so dass bei der Europawahl 1984 zwei konkurrierende Listen antraten, die jeweils die Hälfte des grünen Elektors auf sich vereinigen konnten. Les Verts erhielten 3,37% der abgegebenen Stimmen, eine von Brice Lalonde angeführte konkurrierende Liste, Entente radicale écologiste, 3,31%. Angesichts der in Frankreich

12 Alberto Vannucci, *Federazioni dei Verdi e Partito Radicale*, in: Luciano Bardi; Piero Ignazi; Oreste Massari (Ed.), *I partiti italiani. Iscritti, dirigenti, eletti*, Mailand: EGEA/Università Bocconi Editore 2007, S. 175-178.

bei der Europawahl 1984 gültigen 5%-Hürde hatten sie sich damit gegenseitig eliminiert. Brice Lalonde, auch er ein früheres PSU-Mitglied, war während des Mai 68 Vorsitzender des Studentenverbandes UNEF an der Sorbonne gewesen, ehe er Anfang der 70er-Jahre Vorsitzender der Amis de la Terre wurde – das deutsche Pendant ist der BUND – und 1981 zum gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der französischen Écologistes gewählt wurde. Lalonde wurde jedoch niemals Mitglied der Grünen, sondern trat 1988 in die Regierung Rocard ein.

Die Partei der niederländischen Radikalen, die Politieke Partij Radikalen, arbeitete seit ihrer Abspaltung von der Katholischen Volkspartei zuerst mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (PvdA) und der linksliberalen Partei Democraten 66 (D66) zusammen und ging mit ihnen von 1973 bis 1977 eine Regierungskoalition ein. Seitdem orientierte sie sich zunehmend weiter nach links, wurde darüber aber zu einer Splitterpartei, die bei den nachfolgenden Wahlen keine 2% der Wähler/innen mehr für sich mobilisieren konnte, weshalb sie zuletzt nur noch mit zwei Abgeordneten im niederländischen Parlament, der Zweiten Kammer, vertreten war. Für die Europawahl 1984 hätte ein solches Wahlergebnis nicht ausgereicht, um eines der 27 Mandate zu gewinnen. Die Radikalen sahen sich deshalb vor die Notwendigkeit gestellt, mit den anderen Parteien der Linken, der Pacifistisch Socialistische Partij (PSP) und der Communistische Partij van Nederland (CPN), zusammenzuarbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit ging der Groen Politieke Akkoord hervor. 1989/90 schlossen sie sich mit einer weiteren kleinen Linkspartei, der Evangelischen Volkspartei, zu Groen Links zusammen. Bei der Bildung des Groen Politieke Akkoord spaltete sich eine Minderheit von den Radikalen ab und gründete als neue Partei De Groenen, welche 1984 die Gemeinsame Erklärung der Grünen in Europa unterzeichnet hat. Mitte der 80er-Jahre unterhielt die Politieke Partij Radikalen, nicht anders als die deutschen Grünen, politische Kontakte zu anderen post-68er links-undogmatischen Parteien in ganz Westeuropa, trotz der politischen Absprache innerhalb der Koordination grüner und radikaler Parteien, nicht außerhalb des grünen Spektrums nach Kooperationspartnern zu suchen. Die Beispiele Italiens, Frankreichs und der Niederlande zeigen die Vergeblichkeit solcher Forderungen. Sie funktionierten in den stark von der 68er-Bewegung geprägten politischen Kulturen und Multi-Parteien-Systemen schlechterdings nicht.

Die deutschen Grünen bewegten sich Ende 1983, Anfang 1984 in sich überschneidenden transnationalen Netzwerken, die außer den genuin grünen Parteien die radikaldemokratischen, linkssozialistischen, postkommunistischen und euroskeptischen Linksparteien verbanden, und sie zeigten wenig Neigung, sich für eine Linie zu entscheiden. Vielmehr bestand eine starke Tendenz, sich politisch auf die gesamte Breite des so beschriebenen Spektrums zu beziehen. Am 12. Dezember 1983 stellte Helmut Horst in der BAG Europa den Antrag «Dialog für europäische Alternativen in Brüssel – DIE GRÜNEN sollten dabei sein!» Der Kernsatz des Antrags lautete: «Ich schlage also vor, daß sich DIE GRÜNEN künftig neben der Teilnahme bei den Europa-Grünen als «Partner» (so der offizielle Begriff) an dem «Dialog für europ. Alternativen» beteiligen, damit

sie sowohl mit dem grünen als auch mit dem linken Bein fest auf europäischem Boden stehen.»<sup>13</sup> An dem Dialog für europäische Alternativen nahmen unter anderem die PdUP aus Italien, die PSU aus Frankreich, aus den Niederlanden die Radikalen und die Pazifistische Sozialistische Partei, schließlich die Sozialistische Volkspartei aus Dänemark teil. Die Zusammenarbeit in diesem Netzwerk sollte dem Ziel dienen, der bestehenden EP-Fraktion für technische Koordinierung ein grün-alternatives Profil zu geben. Wenn das erklärte Ziel der Europäischen Grünen war, anstelle einer bloß technischen Fraktion eine genuin grüne Fraktion im Europäischen Parlament zu begründen, dann war es das der deutschen Grünen, eine grün-alternative Fraktion zu bilden. Beide sind 1984 gescheitert. Die Europäischen Grünen scheiterten, weil lediglich zwei belgische Grüne, die diesen Kurs verfolgten, ins EP gewählt wurden. Das Alternativmodell der deutschen Grünen war nur vor der Hand erfolgreicher, denn ihre Bündnispartner aus dem Spektrum der Neuen Linken waren an einer engeren, grün-alternativ strukturierten Zusammenarbeit gar nicht interessiert. 1989 hörten die entsprechenden Experimente wie von selbst auf.

### III.

Mit der Behauptung, dass mit der Gründung der Europäischen Grünen diejenige transnationale Zusammenarbeit eingesetzt hat, die sich inzwischen zur Europäischen Grünen Partei entwickelt hat, steht die Frage im Raum, wie weit die genannten bündnispolitischen Erwägungen allein bestimmend waren oder ob nicht auch die institutionellen Anreize des europäischen politischen Systems eine Rolle gespielt haben, ob nicht erste Anzeichen einer Europäisierung der Grünen feststellbar sind.

Die dritte hier abgedruckte Erklärung ist die wahlrechtlich relevante «Declaration of affiliation». Ihre Relevanz ist durch das Regelwerk des Europäischen Parlaments über die Bildung von Fraktionen begründet. Ohne hier ins Detail gehen zu wollen, verhält es sich so, dass eine europäische politische Parteienformation, deren Mitglieder eine entsprechende Deklaration unterschrieben haben, mit weniger Abgeordneten eine Fraktion bilden können, wenn sie aus mehr Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft kommen. Hätten die Grünen beispielsweise nur in zwei Staaten den Einzug ins EP geschafft, hätten sie 15 Abgeordnete für die Fraktionsbildung gebraucht und wären dann an dieser Hürde gescheitert. Außerdem spielt die Deklaration bei der Wahlkampfkostenerrstattung eine Rolle. Beide Aspekte haben für kleinere Parteien wie die Grünen allerdings eine große Bedeutung. Im Prinzip hätte wohl eine einzige politische Erklärung, die von allen grünen Parteien unterschrieben worden wäre, ausgereicht. Es gehört aber zur Gründungsgeschichte der Europäischen Grünen, dass sie den einfachen Weg nicht hinbekommen haben.

---

13 AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872.

Die politische Zusammenarbeit der nationalen Parteien in Europa als transnationaler Parteienkooperation und ihre Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament sind die beiden hauptsächlichen Säulen, auf deren Entwicklung die Herausbildung grundsätzlich aller europäischen Parteien beruht, wobei darauf hingewiesen sei, dass europäische Parteien Organisationen sui generis sind und sich von nationalen Parteien erheblich unterscheiden. Wenn die Beteiligung an Wahlen die vornehmliche Aufgabe politischer Parteien ist, weil sie den Bürger/innen eines Landes durch die Parteienkonkurrenz eine demokratische Wahlmöglichkeit eröffnet, dann sind europäische Parteien keine Parteien im landläufigen Sinn des Wortes. Vielmehr sind es auch bei Wahlen zum Europäischen Parlament nach wie vor die nationalen Parteien, die auf nationaler Ebene um Sitze im Europaparlament konkurrieren. Die europäischen Parteien kandidieren nicht, sie sind an der Aufstellung der Kandidat/innen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht beteiligt und haben auch keine individuellen Mitglieder, die sie für die Durchsetzung ihrer Ziele mobilisieren könnten. Ihre Relevanz ergibt sich vielmehr aus der politischen Struktur der Europäischen Union, in der sich die legislativen und exekutiven Aufgaben auf europäischer, nationalstaatlicher und regionaler bzw. bundesstaatlicher Ebene überlagern und dieses europäische Mehrebenensystem erfordert eine entsprechende parteipolitische Zusammenarbeit in Europa. Die nationalen Parteien müssen sich, wenn sie ihre Ziele in der Europäischen Union verfolgen wollen, europäisieren. Europäische Parteien sind demnach insgesamt besser als europäischer Kooperationsrahmen und Debattenraum für eine die verschiedenen politischen Handlungsebenen übergreifende Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Parteienfamilien beschrieben, die sich bislang noch stärker auf die parlamentarische als auf die außerparlamentarische Zusammenarbeit beziehen. Das heißt aber, dass man sich europäische Parteien nicht einfach als europäische Zusammenarbeit der nationalen Parteien vorstellen sollte, die ihre Krönung in der weltweiten Zusammenarbeit, zum Beispiel als Global Greens, findet. Europäisierung bedeutet immer die Rückwirkungen der Europäischen Union auf die nationalen Parteien. Anfang 1984, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Grünen lediglich in der Schweiz, in Belgien und in der Bundesrepublik Deutschland im Parlament vertreten sind und überall sonst außerparlamentarische Bewegungen sind, scheint ein solcher stärkerer Begriff von Europäisierung vielleicht unangemessen. Das liegt zum einen an den Defiziten der Grünen, zum anderen beginnt die Verlagerung von politischen Kompetenzen in das europäische Mehrebenensystem gerade erst.

Seitdem hat die transnationale Zusammenarbeit der Parteien in der Europäischen Union deutliche Fortschritte gemacht. Die jeweiligen Wahlen zum Europäischen Parlament und die Entwicklung der legislativen Kompetenzen des Europäischen Parlaments sowie der Rechtsstellung der organisierten transnationalen Parteienkooperation im Rahmen der europäischen Verträge sind ebenso viele Markierungspunkte in der Entwicklung der parteipolitischen Zusammenarbeit, als von ihnen neue Impulse für die Vertiefung der Zusammenarbeit ausge-

gangen sind. Keine Wahl zum Europäischen Parlament war eine bloße Neuwahl, jede Wahl war auch mit einer Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union verbunden, und die politische Zusammenarbeit der nationalen Parteien hatte mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

Deshalb kam es bei den grünen Parteien im Zusammenhang mit der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament zwischen Januar und Juni 1984 zu einer beeindruckenden Serie von Gründungen: am 23. Januar die Gründung der Europäischen Grünen in Brüssel, die am 31. März und 1. April in Lüttich ihren ersten Kongress als Wahlkongress zur Europawahl 1984 abhielten; am 28. April die Unterzeichnung der Pariser Erklärung, die formell gegenüber dem Europäischen Parlament die Gründung der grünen Parteienfamilie vollzog; schließlich nach der erfolgten Europawahl die Bildung der ersten parlamentarischen Formation der Grünen und Alternativen im Europäischen Parlament, des Green Alternative European Link, kurz GRAEL, der Teil der Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament wurde. Aus ihm sind im Laufe der Wahlperioden die Grünen im Europäischen Parlament geworden.

Neben der bloßen Faktizität dieser Gründungssequenz, die beide Säulen der eingangs genannten transnationalen Zusammenarbeit betraf und die deshalb mit Fug und Recht in dieser Sequenz die Gründung der Europäischen Grünen darstellte, ist das zweite ins Auge fallende Charakteristikum, dass bei den verschiedenen Gründungsereignissen nie genau dieselben grünen Parteien die jeweilige Gründungsvereinbarung unterschrieben haben. Das muss man sich klarmachen: keine der Parteien, die bei der Pressekonferenz im Januar die Gründungserklärung der Europäischen Grünen abgegeben haben, wird sich im Juni an der Gründung des Green Alternative European Link beteiligen. Allein die beiden belgischen Grünen, je ein Vertreter von ECOLO und Agalev, die vorerst nicht dem GRAEL beitreten mochten, waren überhaupt die einzigen Abgeordneten aus dem Kreis der an der Pressekonferenz beteiligten Parteien, die tatsächlich ins Europäische Parlament gewählt wurden. Aber für die Parteien, die die wahlrechtlich relevante Pariser Erklärung unterzeichnet hatten, waren elf Abgeordnete ins Europäische Parlament eingezogen und sicherten damit – gerade soeben – eine mögliche Fraktionsbildung.

Die beteiligten Politiker/innen der Grünen hatten die klare Erwartung, nach der Europawahl eine grüne Fraktion im Europäischen Parlament bilden zu können. Das Erfordernis – zehn Abgeordnete aus drei Mitgliedsstaaten, d.h. aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich – schien keine unüberwindliche Hürde zu sein. Umso größer war der Schock, als sich die deutschen – und die luxemburgischen – Grünen nicht an der Gründung der Europäischen Grünen beteiligten. Ohne die deutschen und luxemburgischen Unterschriften sah die Gründung nach einem voluntaristischen Akt aus, bei dem das hohe Vorgefühl des erwarteten Wahlsiegs und die betretene Sorge, nicht einmal die Minimalvoraussetzungen für die Wahlkampfkostenerstattung erfüllen zu können, dicht zusammen lagen. Dieses Schwanken zwischen Aufbruch und empfundener Stärke auf der einen Seite und geahnter und am Ende tatsächlicher Schwäche

auf der anderen war mitbestimmend für die Situation der Europäischen Grünen bei ihrer Gründung im Jahre 1984.

Tatsächlich hatten am Wahlabend im Juni außer den beiden belgischen Grünen nur die bundesrepublikanischen Grünen sieben und der niederländische Groen Progressief Akkoord zwei Mandate gewonnen. Die vor der Wahl hoch gehandelten französischen Grünen waren an der 5%-Hürde gescheitert. Insgesamt hatten die Grünen elf Mandate aus drei Mitgliedsstaaten gewonnen und damit das erforderliche Minimum für eine Fraktionsbildung nur ganz knapp erreicht. Angesichts der Spannungen zwischen den belgischen und den niederländischen Grünen, die beide mit ihren zwei Mandaten die Fraktionsgemeinschaft jederzeit in Frage stellen konnten,<sup>14</sup> und wegen der Präferenz der westdeutschen Grünen, die lieber «mit EG-kritischen Kräften und linkssozialistischen Abgeordneten»<sup>15</sup> zusammenarbeiten wollten, fiel die Entscheidung, bei der Fraktionsbildung an die 1979 gebildete technische Fraktion anzuknüpfen. Allein dass die Idee der Gründung der Europäischen Grünen verfolgt und umgesetzt werden konnte, ist ohne die für die zweite Direktwahl 1984 geschaffenen institutionellen Voraussetzungen kaum zu verstehen. Die neuen institutionellen Voraussetzungen – das Minimum von drei über eine «Declaration of affiliation» verbundene grüne Parteien mit zehn Abgeordneten im Europäischen Parlament – schienen ein realistisches Ziel zu sein und haben dadurch bei der Gründung der Europäischen Grünen Pate gestanden.

---

14 Frank Schwalba-Hoth, Rechenschaftsbericht, Brüssel, April 1988, XXI S. geheftet, hier S. III.

15 Ebenda, S. III.

# **3 Bestände in Archiven**

# Archivalien der Grünen im Europäischen Parlament. Fraktionen und Abgeordnete

Seit 1984 zum ersten Mal grüne Abgeordnete ins Europäische Parlament eingezogen sind, hat die Bedeutung der Europafraktion innerhalb der grünen Partei erheblich zugenommen. Zwar ist der Schmah „Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa“ für die Grünen niemals zutreffend gewesen, aber seit den Reformverträgen der Europäischen Union und der mit ihnen verbundenen Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments waren die vorderen Listenplätze stets heiß umkämpft und die Bundesdelegiertenkonferenzen, bei denen die Wahlen zu den Listenplätzen stattfanden, teilweise dramatisch. Dabei ist die Europawahl, was die parteipolitische Bedeutung der Fraktion im Europäischen Parlament unterstreicht, die einzige, bei welcher die Bundesdelegiertenkonferenz die Kandidatinnen und Kandidaten wählt. Über die Zusammensetzung der Bundestagsfraktion entscheiden Landesparteitage.

Die grüne Europafraktion ist nicht einfach das europäische Pendant zur grünen Bundestagsfraktion. Das hängt vor allem damit zusammen, dass das Europaparlament trotz der Ausweitung seiner Kompetenzen – zuletzt im Lissabon-Vertrag – nicht alle klassischen Parlamentsfunktionen besitzt. Zwar sind die Gegenstände, über die das Parlament berät, nach und nach auf immer mehr Bereiche der europäischen Politik ausgedehnt worden und kann das Parlament in diesen Bereichen inzwischen in der Regel mitentscheiden, aber die Fraktionen haben beispielsweise nach wie vor nicht das Recht, Vorschläge für europäische Gesetze – Direktiven – in das Parlament einzubringen. Diese Kompetenz liegt ausschließlich bei der Kommission. Außerdem stehen sich in Brüssel Regierung und Opposition nicht in der gleichen Weise gegenüber, wie wir das aus dem Deutschen Bundestag gewohnt sind. Die Kommission ist keine Regierung, die vom Parlament in entsprechender Weise kontrolliert wird. Im Parlament arbeiten die beiden großen Fraktionen der Christdemokraten (Europäische Volkspartei) und der Sozialisten in einer Weise zusammen, die einer großen Koalition nahekammt, da sie sich im Mitentscheidungsverfahren gegenüber dem Ministerrat als der zweiten europäischen Gesetzgebungskammer anders nicht behaupten können. In Brüssel gibt es deshalb mehr fraktionsübergreifende Beratungsformen als im Bundestag, der vom Dualismus von Regierung



*Die Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen für das Europaparlament 1984. Stehend v.l.n.r.: Wolfgang von Nostitz, Walter Molt, Jakob von Uexküll, Dorothee Piermont, Egbert Nitsch, Irmgard Kohlhepp, Wilfried Telkämper, Darko Wolf, Dieter Esche, Undine Bloch von Blottnitz, Benedikt Härlin, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Vordere Reihe v.l.n.r.: Brigitte Heinrich, Frieder O. Wolf, Frank Schwalb-Hoth, Edeltraud Ennich. Nicht im Bild sind Michael Klöckner und Alfred Horn.*

und Opposition geprägt ist. Insbesondere ist die Rolle der Berichterstatter/innen im Europäischen Parlament gänzlich anders als die der Berichterstatter/innen in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags. Aber der hauptsächliche Unterschied zwischen der europäischen und der Bundestagsfraktion ist natürlich der supranationale Charakter der erstgenannten.

Diese und noch andere Besonderheiten schlagen sich in der Zusammensetzung der Archivalien der Europafraktionen und der europäischen Abgeordneten nieder. In Brüssel gibt es nicht nur die Fraktion und die einzelnen Abgeordneten, sondern die Fraktion ist eigentlich eine Doppelfraktion, bestehend aus den Abgeordneten der grünen Parteien und denen der europäischen Regionalisten (Europäische Freie Allianz), in der die parlamentarische Arbeit der beiden Teilfraktionen völlig getrennt abläuft. Der Umfang der Archivalien der Gesamtfraktion ist, da sie nicht zusammenarbeiten, auf einzelne Fraktionsvorstandssitzungen beschränkt. Zum anderen ist die Fraktion ein Compositum aus nationalen Delegationen. Die grüne Fraktion setzt sich aus den gewählten Abgeordneten der einzelnen europäischen grünen Parteien zusammen, die eine gewisse

Sonderexistenz wahren. Die deutsche Delegation besaß während der ersten drei Wahlperioden eine eigene Geschäftsführung. Seitdem gibt es einen Koordinator. Die Akten der Geschäftsführung der deutschen Delegation bilden einen Archivbestand (AGG, B.IV.1) für sich, der insofern von allgemeinem Interesse ist, als mit der Geschäftsführung anfangs ein finanzielles Monitoring verbunden war, so dass die Geschäftsführungsakten einen Überblick über die parlamentarische Arbeit der deutschen Abgeordneten und die organisatorische Vernetzung der parlamentarischen Initiativen im politischen Umfeld vermitteln.

Der Kern der archivischen Überlieferung der Politik der Grünen im Europäischen Parlament besteht aus den Depositarbeständen von einzelnen Abgeordneten und den Fraktionsakten, die sich wiederum in Akten der Generalsekretariate und der Referent/innen untergliedern. Zum Verständnis, welche Fraktionsunterlagen im Grünen Gedächtnis archiviert sind und welche nicht, noch ein Hinweis: Die Europafraktion ist älter als das Grüne Gedächtnis, vor allem älter als dieses Gebirge aus Beton und Glas zwischen Rue Wiertz und Place de Luxembourg, wohin Parlament und grüne Fraktion in der Mitte der 90er-Jahre umgezogen sind. Vorher hatte die Fraktion ihren Sitz in der Rue Belliard. Beim Umzug in das neue Parlamentsgebäude wurden zahlreiche Kisten nicht mehr ausgepackt, sondern in einem Raum in der Tiefgarage des Parlaments zwischengelagert, bis sie ein paar Jahre später, als der Lagerraum geräumt werden sollte, dem Grünen Gedächtnis zur Archivierung übergeben wurden. Hierbei handelte es sich um Unterlagen von etwa der Hälfte der Fraktionsreferent/innen, überwiegend aus der Wahlperiode von 1989 bis 1994, daneben um ältere Akten des Generalsekretariats und in Einzelfällen um Akten aus Abgeordnetenbüros. Eine Aktenserie betrifft die französische Delegation in der Wahlperiode von 1989 bis 1994.

Die Geschäftsführung der deutschen Delegation ist sogar dreimal umgezogen. Sie befand sich seit 1984 zusammen mit Mitarbeiter/innen der Europaabgeordneten im Hochhaus Tulpenfeld in Bonn, d.h. im selben Gebäude wie die Bundestagsfraktion. 1994 bezog sie neue Räume in der Bonner Friedrich-Ebert-Allee. Im Zuge des Parlamentsumzugs von Bonn nach Berlin fanden die Büros eine vorübergehende Bleibe im Hochhaus des Internationalen Handelszentrums beim Bahnhof Friedrichstraße, ehe die Berliner Mitarbeiter/innen der Abgeordneten in ein Bürogebäude des Bundestags Unter den Linden zogen. Anfang 1995 übergab die Delegation eine den GRAEL, die erste Brüsseler Fraktion, dokumentierende Aktenserie an das Archiv. Mit den beiden folgenden Umzügen wurden Altakten der Geschäftsführung der deutschen Delegation wie von einzelnen Abgeordneten an das Archiv abgegeben. Diese im Zuge der Parlamentsumzüge in Brüssel, Bonn und Berlin an das Archiv abgegebenen Unterlagen bilden den Grundstock des europäischen Fraktionsarchivs. Eine Systematik wird hier deshalb niemand erwarten.

Schließlich wird mit der Fraktion im Europäischen Parlament vereinbart, dass das Archiv Grünes Gedächtnis das Archiv der Gesamtfraktion ist, nicht nur das der deutschen Delegation. Seitdem hat zuerst das Generalsekretariat mit

dem grünen Archiv die Akten in verschiedenen Archivräumen der Fraktion im Europaparlament gesichtet. In diesem Rahmen konnten insbesondere die Fraktionssitzungen, Fraktionsvorstandssitzungen, Klausurtagungen der Fraktion, im Auftrag der Fraktion in verschiedene Sprachen übersetzte zentrale Dokumente, Korrespondenz und Sachakten seit 1984 geborgen werden. Inzwischen hat sich die regelmäßige Abgabe von Altakten an das Archiv, vor allem im Zuge des Übergangs von einer Wahlperiode zur nächsten, eingespielt, so dass von einer kontinuierlichen und regelmäßigen Archivierung gesprochen werden kann.

Parallel dazu haben auch Abgeordnete, seit dem Wechsel der Wahlperiode 2004 auch einzelne Abgeordnete von anderen europäischen grünen Parteien, teils beim Ausscheiden aus dem Parlament, teils beim Wechsel von einer Wahlperiode zur nächsten, ihre Altakten an das Archiv abgegeben. In Einzelfällen spiegeln diese Abgaben die gesamte Arbeitsstruktur, in die europäische Abgeordnete eingebunden sind: Brüsseler Büro, Regionalbüro, Berliner Büro, mitunter Straßburger Büro, zuhause bearbeitete Akten und Korrespondenzen.

Die Ausschussarbeit im Europaparlament wird – nach meinem Eindruck aus den Akten der Referent/innen – von den Fraktionsreferent/innen vorbereitet, wobei die Fraktion über ungefähr gleich viele Referent/innen verfügt, wie sie Abgeordnete zählt. Die intensive fachliche Vorbereitung der Referent/innen wird normalerweise nur aus deren Unterlagen transparent, auch wenn – beispielsweise im Bestand von Frank Schwalba-Hoth – die von den Referent/innen zusammengestellten Beratungsunterlagen für die regelmäßigen Treffen der Arbeitsgruppen vorliegen. Viele Referent/innen arbeiten seit vielen Jahren kontinuierlich als Expert/innen in ihren Arbeitsbereichen. Ihre Arbeit, wie die der Referate für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wird bislang noch unzureichend dokumentiert.

Die folgenden Abgeordneten sind mit Depositarbeständen im Grünen Gedächtnis vertreten:

Nuala Ahern (Irland), MdEP 1994-2004

Angelika Beer, MdEP 2004-2009

Undine-Uta Bloch von Blottnitz, MdEP 1984-1989 und 1994-1999

Hiltrud Breyer, MdEP 1989-2009

Daniel Cohn-Bendit, MdEP seit 1994

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, MdEP 1984-1987 und 1989-2009

Rebecca Harms, MdEP seit 2004

Brigitte Heinrich, MdEP 1984-1987

Marie Anne Isler Béguin (Frankreich), MdEP 1991-1994 und 1999-2009

Gisela Kallenbach, MdEP 2004-2009

Patricia McKenna (Irland), MdEP 1994-2004

Cem Özdemir, MdEP 2004-2009

Eva Quistorp, MdEP 1989-1994

Claudia Roth, MdEP 1989-1998

Frank Schwalba-Hoth, MdEP 1984-1987

Paul Staes (Belgien), MdEP 1984-1994  
Wilfried Telkämper, MdEP 1987-1999  
Claude Turmes (Luxemburg), MdEP seit 1999  
Frieder Otto Wolf, MdEP 1994-1999  
Matti Wuori (Finnland), MdEP 1999-2004

Grundsätzlich sind mit diesen Beständen alle inhaltlichen Arbeitsbereiche des Europäischen Parlaments wie auch alle Fraktionen seit 1984 relativ gleichmäßig vertreten. In der ersten Wahlperiode seit Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament waren die Grünen noch überall gescheitert. Was die folgenden Wahlperioden betrifft, waren von den 20 Abgeordneten sechs während der zweiten Wahlperiode, sieben während der dritten, neun während der vierten, sieben während der fünften und acht während der sechsten Wahlperiode Mitglied des Europäischen Parlaments. Daraus ergibt sich für die Nutzung der archivischen Quellen der Vorteil, dass vielfach mehrere Quellen zur Verfügung stehen dürften. Dadurch dürfte auch das offensichtliche Manko, dass vieles eben nicht archiviert worden ist, ein Stück weit ausgeglichen werden.

Die persönlichen Archivbestände weisen im Übrigen große Unterschiede auf. Undine von Blottnitz, Brigitte Heinrich und Paul Staes haben vor allem eine Dokumentation ihrer Arbeit im Europaparlament hinterlassen, andere wie Eva Quistorp, Frank Schwalba-Hoth und Frieder Otto Wolf eine umfangreiche Korrespondenz und Sachakten. Erst das Mosaik aus Fraktionssitzungen, Fachreferatsakten und den individuellen Papieren der Abgeordneten vermittelt ein komplexes und realistisches Bild von 25 Jahren grüner europäischer Parlamentsarbeit und von der kontinuierlich gewachsenen Bedeutung, die die Fraktion im Europäischen Parlament für die Grünen gewonnen hat.

ANNE VECHTEL

# Grüne Archive in Europa

## Eine erste Bestandsaufnahme

In fast allen europäischen Ländern sind aus den Umweltbewegungen grüne Parteien entstanden, in den westeuropäischen zum Teil seit den 70er-Jahren, in den osteuropäischen seit 1989/90. Sie sind in den Parlamenten und an Regierungen beteiligt und auf europäischer Ebene hat sich seit den 70er-Jahren über mehrere organisatorische Stufen die «European Green Party» entwickelt.

Unterlagen aus den Gremien der Parteien, von lokalen Gliederungen, Sitzungsunterlagen von Parteitagungen, Protokolle, Korrespondenzen, Positionspapiere, Programme, Broschüren, Zeitschriften, Fotos, Plakate, Filme und neuerdings Webauftritte und Newsletter sind physischer Ausdruck dieser politischen Arbeit.

Wo und von wem werden diese Dokumente gesammelt, aufbewahrt und bearbeitet, so dass sie von einer politisch interessierten Öffentlichkeit genutzt werden können? Dieser Frage bin ich nachgegangen und möchte hier erste Ergebnisse vorstellen.

### Österreich

Die Grünen in Österreich unterhalten kein zentrales Parteiarchiv. Versuche, ein solches auf den Weg zu bringen, gab es 2006, nicht auf Bundes-, sondern auf Landesebene, nicht von der Partei, sondern der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich initiiert. Vergleichbar der grünnahen Stiftungsstruktur in der BRD, mit einer zentralen Stiftung in Berlin und Stiftungen in den 16 Bundesländern, gibt es in Österreich ein Netz von grünen Bildungswerkstätten (GBW), die in Wien ihre Zentrale und in jedem der 9 Bundesländern einen eigenen Landesverein haben, finanziert aus öffentlichen Mitteln.

Die oberösterreichische GBW startete eine Initiative mit dem Ziel, ein zentrales grünes Archiv, angesiedelt bei der GBW in Wien, aufzubauen. Diese Initiative war insofern erfolgreich, als es nun zwar kein zentrales Archiv, dafür aber ein oberösterreichisches gibt. Mit Hilfe eines zeitlich befristeten Archivaufbauprojektes konnte ein sehr guter Grundstock für die fachgerechte Aufbereitung der Dokumente erarbeitet werden, die sich bereits in der GBW Oberösterreich befanden und zum größten Teil oberösterreichischer Provenienz waren.

Gleichzeitig ist es damit auch gelungen, eine Perspektive für die Weiterführung eines Archivbetriebs anzulegen. Es konnte eine Archivdatenbank entwickelt, Dokumente eingepflegt und die Datenbank mit Leitfaden, User/innen-Tool und Recherchefunktion ins Netz gestellt werden, so dass nun eine niedrighschwellige, moderne Nutzung für ein breites Publikum möglich ist. Die Laufzeit reicht von 1981 bis heute. Insgesamt hat der Bestand einen Umfang von 52 laufenden Regalmetern. Die einzelnen Dokumente wurden nicht digitalisiert. Physisch liegen sie im Magazin der oberösterreichischen GBW in Attnang-Puchheim und können nur vor Ort eingesehen werden.

Das Archivprojekt lief 2009 aus. Die GBW Oberösterreich möchte ihr Archiv weiter betreiben und bemüht sich zurzeit um Mittel, die das regelmäßige Einpflegen von Dokumenten sichern. Als Modell für ein zentrales grünes österreichisches Archiv bietet sich das Archiv in Oberösterreich geradezu an. Einen zweiten Versuch, ein solches aufzubauen, gibt es zurzeit nicht. So bleibt Interessierten die anstrengende Suche nach grünen Dokumenten an allen nur erdenklichen Orten nicht erspart.

**Kontakt:** Grüne Bildungswerkstatt Oberösterreich  
Römerstr. 48, 4800 Attnang-Puchheim  
www.ooe.gbw.at  
Datenbank: <http://gblinz.gruene.at>

## Frankreich

Etwas anders sieht es in Frankreich aus. Bis Anfang 2000 haben «Les Verts» in ihrer Parteizentrale in Paris ein Archiv unterhalten. Dort wurden ihre Dokumente aufbewahrt und konnten vor Ort mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Interessierten genutzt werden.

Anfang 2000 entschieden sich die französischen Grünen, ihr Archiv an die agrarwirtschaftliche Universität AgroParisTech zu übergeben. Die Universität bot ein archivfachlich professionelles und auf Dauer angelegtes Umfeld. AgroParisTech hat eine lange, auch ökolandbauliche Tradition und zudem in den letzten Jahren damit begonnen, ihr universitäres Profil und Angebot zu schärfen und auszubauen. So konnte die Universität 2005 das erste internationale Museum für Ökologie und Nachhaltige Entwicklung ins Leben rufen, das «Musée du Vivant» und ein «Centre International de recherche sur l'écologie (CIRE)» in Paris aufbauen, für das die umfangreichen universitätseigenen Archivbestände zunächst einmal den Grundstock bilden, mit der Perspektive, weitere ins Profil passende Bestände aufzunehmen.

Das Archiv von AgroParisTech befindet sich außerhalb von Paris in der Nähe von Versailles auf Schloss Grignon, der universitären Versuchseinrichtung. Hier lagern die eigenen Bestände, darunter der Nachlass von René Dumont, einem ehemaligen Hochschullehrer der AgroParisTech, «Vater» der politischen Ökologie und der französischen Grünen und weitere persönliche Vor- und Nachlässe.

Darunter befindet sich auch der Vorlass von Yves Cochet, Gründungsmitglied der französischen Grünen und ehemaliger französischer Umweltminister. Seit einiger Zeit lagert auch das Archiv von «Les Verts» auf Schloss Grignon, zurzeit noch in 18 Containern untergebracht, die jeweils 6 m<sup>3</sup> Inhalt fassen. Die wichtigsten Unterlagen in diesem Bestand sind die der Conseil National Inter-Régional und der Assemblée Générale.

Die AgroParisTech arbeitet konzeptionell an einer Archivierungsstrategie, die neben der rein physischen Aufbewahrung, die Verzeichnung, Onlinepräsentation und Übernahme elektronischer Akten einschließt.

Die Archivbestände in Grignon sind, unabhängig von ihrem Erschließungszustand, zugänglich und die Universität sorgt zudem für eine wissenschaftliche wie archivfachliche Betreuung.

**Kontakt:** <http://docpatrimoine.agroparistech.fr>

Archiv: [yolene.maresse@agroparistech.fr](mailto:yolene.maresse@agroparistech.fr)

Museum: [bottois@agroaristech.fr](mailto:bottois@agroaristech.fr)

Datenbank Infoecolointernational: [jonga.dequeant@agroparistech.fr](mailto:jonga.dequeant@agroparistech.fr)

## England

Wie in Frankreich nimmt auch in England eine Universität für die grüne Archivalandschaft eine wichtige Rolle ein, die Teesside University in Middlesbrough.

Den Grundstock für dieses englische grüne Archiv legte ein Forschungsprojekt des Politikwissenschaftlers Dick Richardson, der sich 1996/1997 darum bemühte, die Dokumente der grünen Gruppe im Europaparlament der zwei Legislaturperioden von 1985-1994 sowie der European Federation of Green Parties an die Universität zu bekommen. Er bekam die Unterlagen der European Federation of Green Parties. Nach Dick Richardsons plötzlichem Tod schloss die Universität dieses kleine grüne Archiv jedoch nicht, verzeichnete im Laufe der Jahre einen Teil der Dokumente und legte damit die Grundlage für das englische grüne Archiv. Das Universitätsarchiv nimmt weiterhin grüne Bestände an, erstellt Abgabelisten und verzeichnet sie nach und nach. Mit Hilfe gedruckter und handschriftlicher Findmittel und fachlicher Beratung können sie bereits genutzt werden. Die Laufzeit beginnt 1972, den zeitlichen Schwerpunkt machen Dokumente von 1985 bis 1995 aus. Es finden sich neben Materialien der European Federation of Green Parties und der Green Party of England and Wales auch Dokumente einzelner grüner Gruppen sowie einige Vorlässe von Politikerinnen und Politikern in Teesside. Sarah Parkin, führende Aktivistin der 80er- und 90er-Jahre in der Green Party und erfolgreiche Campaignerin bei den Europawahlen 1989, die Mitte der 90er-Jahre aus der Partei austrat, hat Dokumente an das Universitätsarchiv gegeben, ebenso Jean Lambert, Mitglied der Green Party und Vertreterin des Wahlkreises London im Europäischen Parlament. Konferenzberichte, Vorstandsprotokolle, Policy-Papiere, Wahlkampfmaterialien natio-

naler wie europäischer Kampagnen, Schriftwechsel und Publikationen in einem Umfang von 104 laufenden Regalmetern sind in Teesside zu finden.

**Kontakt:**

Suzanne Heywood  
Library and Information Services, Teesside University  
Middlesbrough, England, TS1 3BA  
s.r.heywood@tees.ac.uk  
office@greenparty.org.uk

**Italien**

In Italien gibt es verschiedene Archive mit ganz unterschiedlicher organisatorischer und institutioneller Einbindung, in denen Dokumente grüner Politik zu finden sind. Es gibt allerdings keine Einrichtung, die sich darum bemüht, grüne Initiativen und Parteien in Italien zentral zu archivieren.

In der Alexander-Langer-Stiftung, einer gemeinnützigen Einrichtung in Bozen, ist das Alexander-Langer-Archiv untergebracht, in dem sich der größte Teil des Nachlasses des bekannten italienischen grünen Politikers befindet. Der Nachlass wurde nach dem Tod Langers im Jahre 1995 zusammengetragen und in der Alexander-Langer-Stiftung gelagert. Die Verzeichnung konnte 2005 von Dr. Ingrid Facchinelli abgeschlossen werden, so dass nun vor Ort mittels einer Datenbank und eines gedruckten Findmittels mit dem Bestand von Alexander Langer gearbeitet werden kann. Dieses Archiv ist öffentlich zugänglich.

Der Bestand enthält Dokumente aus der Zeit von 1956 bis 1995 und deckt somit Alexander Langers gesamte politisch aktive Zeit ab. Unter den Dokumenten befinden sich handschriftliche Aufzeichnungen, Texte, Artikel, Korrespondenzen und Materialsammlungen in einem Umfang von 20 laufenden Regalmetern. Die von Alexander Langer selbst publizierten Texte hat das Archiv zu einem Großteil ins Netz gestellt. Zurzeit wird daran gearbeitet, auch das Findmittel online zu stellen und über interaktive Funktionen die Arbeitsmöglichkeiten mit dem Alexander-Langer-Bestand zu modernisieren.

**Kontakt:**

Dr. Ingrid Facchinelli  
<http://www.alexanderlanger.org/>

Am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz befindet sich das historische Archiv der Europäischen Union. Hier werden die Dokumente der europäischen Institutionen sowie pro-europäischer Bewegungen und Persönlichkeiten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hier befindet sich die Materialsammlung von Luisa Cavalli zur Vorbereitung ihrer Dissertation «L'azione del GRAEL nel parlamento europeo, con particolare riguardo alla politica dei diritti dell'uomo». Sie dokumentiert Teile der parlamentarischen Aktivitäten des Green Alternative

European Link (GRAEL) aus der Zeit von 1984-1989, ist verzeichnet und zugänglich.

**Kontakt:**

[http://europa.eu/documentation/archives/index\\_de.htm](http://europa.eu/documentation/archives/index_de.htm)

## Belgien

In Belgien gibt es seit Anfang der 80er-Jahre zwei grüne Parteien, nämlich Écolo in Wallonien und Groen! (Agalev) in Flandern. Die wallonischen Grünen entschieden sich Mitte 2000, das Forschungs- und Weiterbildungsinstitut Étopia zu gründen, zu dessen Aufgaben auch der Betrieb eines Recherche- und Dokumentationszentrums sowie eines Archiv gehört. Étopia ist die grüne wallonische Stiftung, wird mit öffentlichen Mitteln gefördert und steht mit ihren Angeboten sowohl der Partei als auch der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Zum archivischen Sammlungsprofil gehören neben der Partei Écolo mit ihren parlamentarischen Fraktionen auch politische Persönlichkeiten sowie die Umweltbewegung mit ihren Initiativen und Einzelpersonlichkeiten. Einige Archivbestände kommen aus den 60er-Jahren, der größere Teile von ihnen enthält Dokumente ab den 80er-Jahren. Zu diesen Aktenbeständen kommen eine Objekt- und Plakatsammlung hinzu, Ausstellungen, 1.000 Ton- und Videokassetten sowie 10.000 elektronische Dokumente.

Das Archiv bearbeitet die Bestände nach und nach. Bis heute sind gut 500 laufende Meter verzeichnet. Weitere 600 Umzugskartons sind vorsortiert und vorläufig aufgenommen. Mit fast allen Beständen und Sammlungen des Archivs kann bereits gearbeitet werden. Die verzeichneten oder vorläufig aufgenommenen Dokumente sind über ein Findbuch zugänglich. Dieses wird jährlich aktualisiert und ist als pdf-Dokument im Internet abrufbar.

Die European Green Party (EGP), die in Brüssel ihren Sitz hat, beabsichtigt, ihr Archiv einschließlich der Bestände ihrer Vorläuferorganisationen, bei Étopia einzurichten. Die notwendigen internen Entscheidungen für Étopia als Archiv der EGP sind getroffen. Die praktische Umsetzung dieses Vorhabens wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Étopias Hauptsitz befindet sich in Namur, wo auch das Archiv physisch untergebracht ist. Für Recherchen und die Betreuung der Archivnutzer/innen sind eine Dokumentarin und zwei Archivarinnen verantwortlich. Die belgischen Écolo haben damit ideale Verhältnisse für die Überlieferungsbildung und Forschung zu Écolo und der Umweltbewegung.

Die flämische Schwesterpartei unterhält kein zentrales Archiv.

**Kontakt:** [www.etopia.be](http://www.etopia.be)

## Niederlande

Forscher/innen, die an der Geschichte von GroenLinks interessiert sind, sind auf das in Amsterdam angesiedelte Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) angewiesen, in dem sich ein kleiner Bestand der Partei GroenLinks und ihrer Vorläuferorganisation Groen Progressief Akkoord (GPA) befindet. Auch die Arbeit der Fraktion des GPA im Europaparlament von 1984-1989 ist dokumentiert. Die Gründungsphase von GroenLinks 1989-1990 und die politische Arbeit bis 1999 sind mit Vorstandsprotokollen, Korrespondenzen, Sitzungsunterlagen, Sachakten und einer Dokumentation zur Presseberichterstattung überliefert. Die Gesamtlaufzeit reicht von 1978-1999. Der Umfang beträgt 5 Meter. Daneben gibt es noch einen sehr kleinen Bestand der Gemeinderatsfraktion von GroenLinks und seiner Vorläuferparteien in Amsterdam, der die Zeit von 1974-1990 abbildet und 0,4 laufende Regalmeter umfasst.

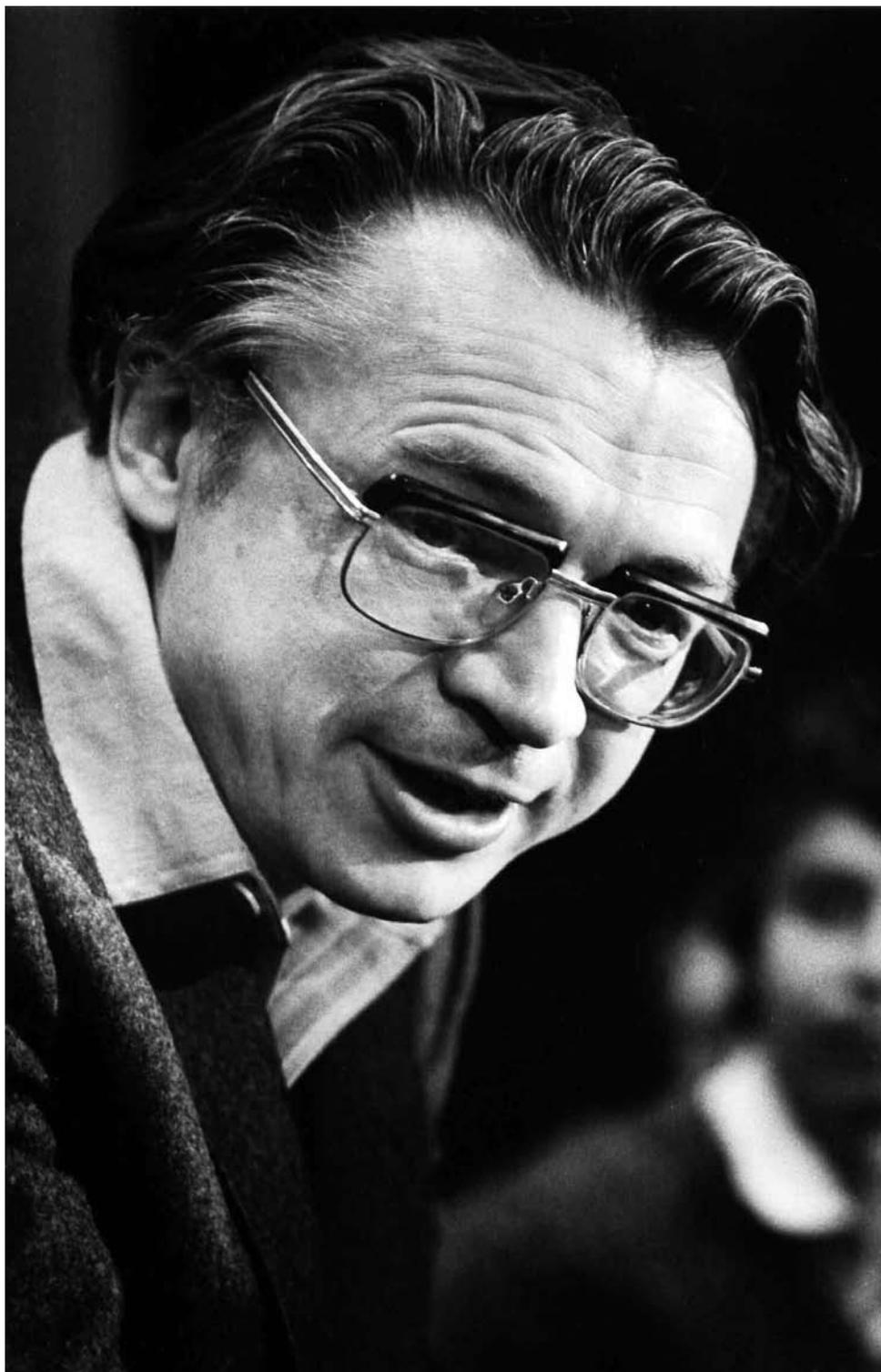
Beide Bestände sind bearbeitet, online recherchierbar und können eingeschränkt genutzt werden.

### **Kontakt:**

International Institute of Social History (IISG)  
Cruquiusweg 31, 1019 AT Amsterdam, The Netherlands  
<http://www.iisg.nl/index.php>  
Postanschrift:  
P.O. Box 2169  
1000 CD Amsterdam

**Hinweis:** Diese Bestandsübersicht wird aktualisiert und fortgeführt. Anregungen, Hinweise und Aktualisierungswünsche nehme ich gern entgegen.  
(anne.vechtel@boell.de)

# 4 Archivprojekte



*Rudolf Bahro beim Bundesparteitag der Grünen am 21.-22. Juni 1980 in Dortmund.*

# Der Nachlass von Rudolf Bahro im Archiv Grünes Gedächtnis

Auf die Frage, wer Rudolf Bahro war, geben die Menschen, mit denen er in seinen verschiedenen Lebensphasen zusammen war, unterschiedliche Antworten. Das breite Spektrum an Themen, mit denen er sich beschäftigte, weist darauf hin, wie komplex und vielseitig seine politisch-wissenschaftliche Karriere war. Zugleich waren es sein Leben und seine Einstellung, die ihn zu dem Menschen machten, den viele bewunderten. Sein enormes Engagement, vielleicht auch seine Kompromisslosigkeit, brachten ihm gleichzeitig auch viele Gegnerinnen und Gegner ein.

Die Arbeitsunterlagen von Rudolf Bahro wurden dem Archiv Grünes Gedächtnis von seiner Familie übergeben. Den Nutzer/innen des Archivs können Dokumente aus der Zeit von 1960-1997 zur Verfügung gestellt werden: Korrespondenz, Manuskripte, Veröffentlichungen und weitere wissenschaftliche Texte sowie eine Materialsammlung zu verschiedenen Themen. Der Nachlass besteht aus einer Vielzahl von einzelnen Mappen, in denen Schriftwechsel oder für Bahro wichtige Publikationen anderer Autor/innen, häufig aber auch Bahros Reaktion in Form von Briefen oder Presseartikeln, aufbewahrt werden. Auf Zeitschriften, Broschüren oder Texten anderer notierte er oft seine Gedanken. Viele lose Blätter mit seinen Bemerkungen befanden sich zwischen Manuskripten und in den Büchern seiner Bibliothek. Ein großer Teil des Bestands bezieht sich auf seine Tätigkeit als Professor an der Humboldt-Universität. Interessant sind seine Vorlesungsmanuskripte von 1990 bis 1997 einschließlich der Vorbereitungsnotizen, geordnet, datiert und separat in Mappen aufbewahrt. Viele weitere, zumeist undatierte Notizen beziehen sich auf damalige politisch-wissenschaftliche Ereignisse, die Bahro kurz analysierte, um sie möglicherweise für spätere Publikationen zu nutzen.

## Von Ost nach West

Rudolf Bahro studierte von 1954 bis 1959 an der Berliner Humboldt-Universität Philosophie. Die Ereignisse des Jahres 1956 waren für ihn entscheidend. Da er ein überzeugter Verehrer Lenins und Stalins war, traf ihn der Bericht über die Brutalität des sowjetischen Regimes fast persönlich. Harald Wessel, früherer Journalist beim «Neuen Deutschland», sprach sogar über «Bahros eigene existen-



zielle Not» nach Chruschtschows Enthüllungen. Unmittelbar nach seinen kritischen Äußerungen wurde Bahro überwacht, unter dem Verdacht «staatsfeindlicher Handlungen» bespitzelt und als «Parteifeind, der mit Westberliner Organisationen zusammenarbeitet» bezeichnet. Hierzu finden sich so gut wie keine Dokumente im persönlichen Nachlass. Erst über die späteren Ereignisse, die Entstehung seines berühmten Buches «Die Alternative», die folgende Verhaftung und den Prozess gegen ihn, besonders aber über seine Ausreise und die ersten Monate in der Bundesrepublik, finden die Nutzer/innen viel mehr Material.

Die Arbeit an «Die Alternative» dauerte neun Jahre. Gleichzeitig schrieb Bahro seine Dissertation, die zunächst positiv bewertet wurde, jedoch nach einer Stasi-Intervention nicht akzeptiert wurde. Manuskripte wie «Zur Kritik des real existierenden Sozialismus» und «Wie und warum die Dissertation in der DDR abgelehnt wurde» von 1976/77 sind bedeutsame Quellen des Nachlasses.

Am 22. August 1977 wurde Rudolf Bahro in der Bundesrepublik als Autor des Buches «Die Alternative» bekannt. «Der Spiegel» veröffentlichte einen Auszug aus dem Buch sowie ein Interview mit ihm. Einen Tag danach wurde Bahro in der DDR verhaftet. Die westlichen Medien informierten schnell und ausführlich darüber, genauso wie über den Prozess, der im Juni 1978 stattfand. Das Urteil – acht Jahre Haft – sorgte für Empörung. Viele prominente Wissenschaftler/innen und Schriftsteller wie Heinrich Böll oder Günter Grass protestierten dagegen. Bis zu seiner Freilassung 1979 blieb Bahro in den westlichen Medien präsent. Im selben Jahr wurde er mit der «Carl-von-Ossietzky-Medaille» der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet und zum Mitglied des schwedischen und dänischen PEN-Zentrums ernannt. Die Medaille befindet sich im Nachlass. Die Dokumente aus der Zeit von 1976 bis 1979 machen im Verhältnis allerdings

nur einen geringeren Teil der Unterlagen aus. Aus den ersten Monaten Bahros in der Bundesrepublik finden sich viel mehr Notizen, Texte, Korrespondenz sowie eine Materialsammlung.

## 10 Jahre im Westen: 1979-1989

1979 wurde Bahro anlässlich des 30. Jahrestages der DDR aus der Haft entlassen und ausgebürgert. Er reiste in die BRD aus, wo politische Freund/innen ihn aufnahmen und seine politische Karriere im Westen begann. Im Nachlass befindet sich ein Adressbuch mit zahlreichen Adressen und sogar kurzen Beschreibungen von Personen, die für Bahro hilfreich und beruflich wichtig hätten sein können.

Am Tag nach seiner Ankunft in der BRD, am 22. Oktober 1979, hielt Rudolf Bahro in Bonn eine Pressekonferenz ab und nahm Kontakt mit den Aktivist/innen der grünen Bewegung auf. Die Grünen, die sich damals noch in der Gründungsphase befanden, eröffneten Bahro eine politische Alternative. Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen, die sich oft in unkorrigierter Form mit handschriftlichen Bemerkungen im Nachlass befinden, ist ebenfalls ein Vorbereitungstext zur Pressekonferenz vom 22. Oktober 1979 zu finden. Die Grünen, die Friedensbewegung und Ökopolitik bestimmten von da an Bahros Arbeit. Auf dem Programmkongress der Grünen im November 1979 in Offenbach bekannte er sich zu den Grünen und zum Sozialismus. Beim Gründungsparteitag der Grünen in Karlsruhe am 12. Januar 1980 war er prominenter Gast. Die Rede, die er damals hielt, befindet sich ebenfalls im Nachlass. Weitere Materialien zu den Grünen sind Äußerungen oder Beiträge über die Partei, Friedenspolitik und atomare Abrüstung. Interessant ist ein undatierter Entwurf eines Briefes an Helmut Kohl zur Abrüstungspolitik der damaligen Bundesregierung.

Bahros Interessen wurden zunehmend spirituell und für manche Aktive in der Partei Die Grünen wurde Bahro damit zu einer umstrittenen Person. Seine Faszination für die Bhagwan-Kommune in Oregon, USA, und sein Aufenthalt dort im Sommer 1983 hatten Einfluss auf seine politischen Überzeugungen, was viele Parteimitglieder scharf kritisierten. Aber auch Bahro hatte zunehmend Schwierigkeiten mit der grünen Politik. In seiner «Hamburger Rede» auf der Bundesversammlung der Grünen 1984 sprach er kritisch über Machtmechanismen. Ein Jahr später trat er aus der Partei aus und widmete sich seiner wissenschaftlichen Arbeit, dem neuen Buch «Logik der Rettung» und einem neuen Projekt in seinem Haus in Worms, der so genannten «Lernwerkstatt». Diese Zeit in Bahros Leben ist im Nachlass deutlich erkennbar. Die Korrespondenz u.a. mit Petra Kelly und Hermann Meer zum Parteiaustritt sowie viele Notizen, Zeitungsausschnitte und Publikationen schildern seine damalige Situation. Auch Vorbereitungsmaterial für zahlreiche Seminare u. a. über Ökologie oder Spiritualität im Rahmen der «Lernwerkstatt», Broschüren, Texte oder konzeptionelle Entwürfe der «Lernwerkstatt» selbst, datiert, beschrieben und eingeordnet, wurden in einer separaten Mappe aufbewahrt.

## Rückkehr nach Ostberlin

Im Dezember 1989 kehrte Bahro nach Ostberlin zurück und ergriff die Gelegenheit, vor den Delegierten des außerordentlichen Parteitages der SED zu sprechen. Er musste jedoch erkennen, dass seine Ideen für den sozialökologischen Umbau der DDR auf wenig Interesse stießen. Das Manuskript «Was ich auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED sagen möchte» befindet sich im Nachlass, genauso wie viele seiner anderen Texte über die SED oder die DDR aus den 90er-Jahren.

1990 wurde Rudolf Bahro Professor und Begründer des Instituts für Sozialökologie an der Humboldt-Universität. Er musste sich seitdem für die Berechtigung seines sozialökologischen Studium Generale immer wieder einsetzen. An der praktischen Umsetzung seiner Ideen in Kommunen und Bildungsprojekten arbeitete er weiter. Rudolf Bahro starb am 5. Dezember 1997 nach einer schweren Krankheit.

Außer dem persönlichen Nachlass von Rudolf Bahro befinden sich weitere Papiere und Unterlagen im LebensGut Pommritz und in der Humboldt-Universität.

Im Archiv der Humboldt-Universität befindet sich ein Bestand, der seine wissenschaftliche Arbeit an der Humboldt Universität abbildet, besonders seine Vorlesungen und die von der Humboldt-Universität zu Bahros Werk organisierten Veranstaltungen.

In Pommritz befinden sich Dokumente aus der Zeit von 1991-1997, vor allem Bücher, Fotos, Videos und der Schriftwechsel mit Kurt Biedenkopf.

Der persönliche Nachlass ist im Archiv Grünes Gedächtnis. Die Nutzung bedarf der Zustimmung der Familie.

ANNE VECHTEL

# Werner Schulz und Gerhard Bächer im Gespräch

Zeitzeugengespräche zur Revolution  
in der DDR 1989<sup>1</sup>

2009 war das Jahr der Erinnerung an die Revolution in der DDR 1989. Auch wir vom Archiv Grünes Gedächtnis haben unsere Zeitzeuginnen- und Zeitzeugengesprächsreihe der Erinnerung an die revolutionäre Zeit von 1989/1990 gewidmet. Wir haben Frauen und Männer zu Gesprächen eingeladen, die sich eingemischt und die Revolution aktiv vorangetrieben haben: im Neuen Forum, in der Grünen Partei in der DDR, im Netzwerk «Frauen für den Frieden». Wir haben sie gebeten, sich in einem öffentlichen Interview an ihre damalige politische Arbeit zu erinnern, sie zu reflektieren und zu diskutieren.

Werner Schulz und Gerhard Bächer blicken aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Revolution von 1989: Werner Schulz kommt aus der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR, hat sich im Neuen Forum engagiert und ist heute Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament. Gerhard Bächer hat als kritischer Musiker gearbeitet, sich dem Grün-ökologischen Netzwerk Arche angeschlossen und Ende 1989/Anfang 1990 die Grüne Partei der DDR mit gegründet.

## **Auszüge aus dem Interview, das Vera Lorenz am 23. April 2009 mit Werner Schulz zur Dynamik der Bürgerbewegung führte:**

*Was war der Pankower Friedenskreis?*

**Werner Schulz:** Also der Pankower Friedenskreis war einerseits eine bewusste Verbindung aus den Eindrücken und Erfahrungen der Charta 77 (ČSSR) heraus, also Wohnungsopposition, die es ja auch in der DDR im Prenzlauer Berg in Ostberlin oder Leipzig gab, und der Erfahrung der Solidarność in Polen, also dass eine Gewerkschaftsbewegung entsteht, die den öffentlichen Raum

---

1 Die Gespräche wurden aufgezeichnet, transkribiert und für diesen Bericht ausgewertet. Dabei sind die Fragen wie die Interviewbeiträge redaktionell bearbeitet worden. Die Tonaufzeichnungen sind im Archiv Grünes Gedächtnis zugänglich.



*Werner Schulz bei der Pressekonferenz am 23. September 1991 aus Anlass der Gründungsversammlung von Bündnis 90.*

einnimmt und sich im Schutz der katholischen Kirche bewegt und bewegen kann. Bei uns war das in Pankow das glückliche Zusammentreffen, dass mit Ruth Misselwitz eine junge Pastorin nach Pankow gekommen war und wir überlegt hatten, dass jetzt etwas passieren muss in dieser kritischen Situation der Raketenstationierung in Ost und West. Dann gab es im Oktober 1981 eine Veranstaltung in der Pankower Kirche, wo wir gemerkt haben, es gibt ja noch diesen öffentlichen Raum, wo man Veranstaltungen durchführen kann, und das ist die evangelische Kirche. Etliche von uns waren ja getauft und konfirmiert, obwohl wir mehr im eigentlichen Sinne des Wortes Protestanten waren und uns aus der Kirche entfernt hatten. Aber für diesen Zweck haben wir entdeckt, dass es in der Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Verfechtern der Räte-Republik noch einen Rat gab, der nicht in den Händen der SED war, und das war der Gemeinde-Kirchenrat. Deswegen haben wir versucht, diesen Gemeinde-Kirchenrat zu besetzen, uns in den Gemeinde-Kirchenrat wählen lassen, einen evangelischen Kindergarten gegründet und dergleichen, damit unsere Kinder nicht dem staatlichen Erziehungsdruck ausgesetzt sind. Der Pankower Friedenskreis hat dann viele öffentliche Veranstaltungen durchgeführt im Gemeindehaus und in der Kirche. Wir haben uns Friedenskreis genannt, die Staatssicherheit hat uns unter der Rubrik OV-Virus – Operativer Vorgang Virus – eingeordnet. Eine treffende Bezeichnung. Wir waren offensichtlich eine ansteckende und akute Gefahr für das MfS.

*Was ist Wohnungsopposition?*

**Werner Schulz:** Wohnungsopposition waren die Kreise, die sich in Ostberlin im Labyrinth der Altbauten und Hinterhöfe getroffen haben, um kritische Texte auszutauschen, zu diskutieren oder Kultur miteinander zu erleben, also das, was sich im Umfeld von Wolf Biermann, Gerd Poppe, Werner Fischer, Rainer Flügge und anderer ereignet hat. [...]

Sie konnten ja kein Kino oder Theater mieten oder so etwas. Das fand eben nicht an den Universitäten und in den Clubs statt, sondern in den Wohnungen, mehr oder weniger im Dickicht des Prenzlauer Bergs.

*Was bedeutete oppositionelles Engagement für Sie?*

**Werner Schulz:** Es geht, glaube ich, um das ganzheitliche Leben, was wir heute auch in der bündnisgrünen Partei versuchen zu erklären und zu skizzieren. Es ging nicht nur darum, uns einmal in der Woche zu versammeln und politisch zu diskutieren, sondern es ging auch um ein anderes Leben, ohne aus der DDR auszusteigen, also ohne Totalverweigerer zu werden. Ich habe etliche Biografien vor Augen, Leute, die Friedhofsgärtner oder Essensausträger wurden und für sich entschlossen hatten, aus der vermeintlich sozialistischen Menschengemeinschaft auszusteigen. Wir wollten aber innerhalb dieser Gesellschaft eine Veränderung erreichen, das bedeutete, unseren Berufen oder den jeweiligen Tätigkeiten nachzugehen und uns dennoch nicht in die Abhängigkeit des Staates zu begeben. Das war uns besonders wichtig für unsere Kinder. Sie der frühkindlichen Verbiegung im Kindergarten zu entziehen. Der Schule konnte man schlecht ausweichen, obwohl es etliche Vorstellungen über freie Schulen gab, die dann 1989/90 in die Tat umgesetzt wurden. Die Alltagsbewältigung betraf mehr als nur Veranstaltungsorganisation. Wir haben uns häufiger getroffen. Gemeinsam Feste gefeiert und uns in kritischen Situationen beraten. Daraus ist ein Freundeskreis gewachsen, der auch heute noch besteht und der sehr feste und stabile Wurzeln geschlagen hat.

*Wussten Ihre Arbeitskollegen, was Sie in Ihrer Freizeit machen?*

**Werner Schulz:** Unterschiedlichst. Ich habe im Institut für Sekundärrohstoffwirtschaft dafür geworben. Ich habe auch Leute gefunden, die mitgekommen sind, gelegentlich zu thematischen Veranstaltungen. Der Institutsdirektor hat mich immer wieder mal vorgeladen und mich verwarnt, dass ich das sein lassen soll, weil er dann nicht mehr seine schützende Hand über mich halten könne. Aber das hat mich nicht sonderlich beeindruckt.

*Sie haben es also im Gegenteil nicht geheim gehalten?*

**Werner Schulz:** Nein, das war für mich sehr wichtig. Ich hatte mich bewusst für diesen Friedenskreis entschieden. Ich hätte auch andere Möglichkeiten gehabt, in der Opposition zu arbeiten, doch weil ich darauf bedacht war, möglichst in einem geschützten Umfeld zu wirken und nicht gleich ins Gefängnis zu kommen, kam für mich dieser Friedenskreis infrage. Wenn man Kinder hat, überlegt man

sich das sehr gut, was man tut und wie weit man geht. Es war trotzdem nicht ungefährlich, selbst in diesem evangelischen Friedenskreis. Wir hatten ja auch Verhaftungen und Zuführungen und dergleichen. Aber das, wo später beispielsweise Wolfgang Templin mit dabei war, die Initiative Frieden und Menschenrechte, die sich Mitte der 80er-Jahre gegründet hat, das schien mir gefährlich oder zu gefährlich, weil es außerhalb des kirchlichen Raumes war. Wir hatten immer das Gefühl, im Rahmen der Kirche oder unter dem symbolisch schützenden Dach der Kirche relativ weit gehen zu können und viel veranstalten zu können. Man läuft nicht Gefahr, ins offene Messer zu gehen oder verhaftet zu werden. Es war allerdings auch schwierig, weil wir uns wiederum mit der Kirchenleitung auseinandersetzen mussten, weil die nicht immer das tolerieren wollten, was wir da gemacht haben. Aber wir hatten in Pankow die Mehrheit. Das hat natürlich den Superintendenten Krätschell oft in Bedrängnis gebracht, weil dann etwas ablief, was man in der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche – immerhin gab es da den Konsistorialrat Stolpe – nicht unbedingt so wollte. Es war eine permanente Doppel-Auseinandersetzung mit der Kirchenleitung und dem Staat. Wir haben heute den Überblick, dass der Friedenskreis Pankow von 38 IMs durchdrungen war. Das ist eine Quote von etwa 1:3, IM zu Friedenskreismitgliedern.

*Erinnern Sie sich gern an die Zeit von 1989?*

**Werner Schulz:** Ja, das war eine unglaublich spannende, unglaublich aufregende Zeit. Eine rasante Zeit und rasante Abfolge von Ereignissen. Es waren mit die bewegendsten Momente, die man im Leben haben kann. Wenn plötzlich etwas in Aufruhr gerät oder ein Umbruch passiert, den man lange erhofft und sich eigentlich nicht vorstellen konnte, das war ganz schwer sinnlich zu erfassen, der berühmte Waaahnsinn mit drei a.

*Hat Sie das Tempo überrascht?*

**Werner Schulz:** Es hat einen mitgenommen, in doppelter Hinsicht. Man hat sich auf das Tempo eingelassen, natürlich, klar. Wir haben versucht, in überschaubareren Zeitabständen zu planen und sind doch der Entwicklung hinterher gehechelt. Selbst die kühnsten Vorstellungen und weitreichende Reformen waren plötzlich greifbar oder schon am nächsten Tag überholt.

*Wieso sind Sie eigentlich nach Leipzig gekommen?*

**Werner Schulz:** Also das war ein Zufall. Wir hatten in Berlin beim Neuen Forum damit gerechnet, dass die Ereignisse sich in Berlin zuspitzen würden, und hatten dann durch den Aufruf des Neuen Forums erlebt, dass überall in der DDR das Neue Forum gegründet wurde oder Leute dem Neuen Forum beitreten wollten. Wir hatten beim Neuen Forum nichts außer einem anderthalbseitigen Aufruf für ein Neues Forum. Das Neue Forum hatte ja ganz bewusst kein Programm. Das sollte erst in einem basisdemokratischen Prozess entstehen. Die später gegründeten Organisationen und Parteien waren programmatisch aufgestellt. Das Neue Forum hatte mit diesem Aufruf allerdings den Nerv der Zeit getroffen. Dass es

nicht so weitergehen kann, dass darüber öffentlich geredet werden muss, was im Lande schief läuft. Dieser Unmut, dieses Nicht-mehr-mitmachen-Wollen war allenthalben spürbar. Das überwältigende Echo war: Ich möchte da mitmachen; wir wollen, dass das Neue Forum zugelassen wird. Wir beim Neuen Forum waren überfordert, diesen Ansturm zu kanalisieren, zumal klar war, dass wir an der Programmatik arbeiten müssten. Aus Leipzig gab es Signale, dass es sich dort zuspitzt. Wir hatten das im West-Fernsehen gesehen. Es war Leipziger Messe, und da konnte man sehen, wie dort ein Transparent niedergerissen wurde von der Staatssicherheit. Es gab massive Übergriffe und anschwellenden Protest. Es gab dann in der Initiativgruppe des Neuen Forums die Überlegung, dass jemand als Verbindungsmensch dahin geht. Wir hatten keine Telefone oder diese schicken Handys und Faxgeräte. Die Kommunikation lief noch per Rauchzeichen oder von Mund zu Mund. Alle zogen die Köpfe ein, niemand wollte gehen. Das war klar in dieser spannenden Situation. Bärbel Bohley fragte dann, wer denn den Dialekt da unten versteht. Darauf habe ich mich gemeldet, weil ich ja nun mal gebürtiger Sachse bin und mich auch in Leipzig gut auskenne. Von da an hat es mich nach Leipzig verschlagen.

*Hatten Sie Angst?*

**Werner Schulz:** Ja. Ich hatte Angst am 9. Oktober das Falsche gemacht zu haben. Ich hatte am 9. Oktober früh morgens damit gerechnet, dass wir verhaftet werden, weil es der letzte Moment war, wo sie die Situation noch in den Griff bekommen konnten. Denn in Berlin gab es am 7. Oktober bereits Prügelorgien auf dem Alexanderplatz. Das hing mit den Protesten zur Kommunalwahl am 7. Mai zusammen, dass an jedem 7. der nachfolgenden Monate Protestveranstaltungen stattfanden. Nun fiel das am 7. Oktober mit dem Republikfeiertag zusammen. Erich Honecker und seine Genossen hatten eine große Party im Palast der Republik mit Swing-Dance-Band und dergleichen. Michail Gorbatschow war gekommen. Draußen standen die Leute, riefen «Gorbi» und protestierten gegen die gefälschte Kommunalwahl. Die Polizei griff ein, verprügelte die Leute, die flüchteten in die Gethsemane-Kirche im Prenzlauer Berg. Die Gethsemane-Kirche wurde daraufhin hermetisch abgeriegelt. Es kam zu brutalen Verhaftungen. Ich rechnete damit, dass nach diesen Exzessen am Montag, dem 9. Oktober, richtig abgeräumt wird. Heute wissen wir, dass es Internierungslisten und -lager gab, dass alles vorbereitet war. Ich hatte früh meine Papiere und was ich so hatte, von dem ich dachte, dass man es nicht finden sollte, aus dem Haus gebracht, und sah vor dem Haus den üblichen Wartburg, den man kannte, mit zwei jungen Männern drin, die früh morgens nichts anderes zu tun hatten, als im Auto zu sitzen und Zigaretten zu rauchen. Ich ahnte, was jetzt ablaufen würde. Ich bin dann über das Hinterhaus, über die Gärten raus, um nach Leipzig zu fahren. Als ich vormittags in Leipzig ankam, sah die Stadt aus wie Wallensteins Lager, wie ein Manövergebiet und nicht wie eine Messestadt. Und dann kam mir in den Sinn: Oh Gott, du Idiot, jetzt bist du in Berlin halbwegs davon gekommen und nun gerätst du richtig in den Schlamassel. Wir alle hatten die Furcht, dass

es die chinesische Lösung geben könnte. Egon Krenz hatte uns das nach seiner Rückkehr aus China deutlich gemacht, mit seinen langen Zähnen, dass er keine Beißhemmung hat, dass er die brutalen Maßnahmen der chinesischen Genossen gut verstehen konnte. Und er hat deutlich gemacht, wenn wir das nachmachen sollten, Demokratie zu verlangen, dann werden wir erleben, dass sich die Partei das nicht gefallen lässt und mit aller Schärfe dagegen vorgehen wird.

*Was haben Sie gegen die Angst getan?*

**Werner Schulz:** Ja, Gott, Voraussicht. Geguckt, wo man eventuell... Leipzig ist ja so eine fantastische Stadt, die so viele Innenhöfe und dergleichen hat, wenn man sich auskennt. Ich habe mir vom Nikolaikirchhof ernsthaft angeguckt, wohin man eventuell flüchten könnte, wenn es ganz schlimm kommen sollte, denn irgendwo in den Kugelhagel zu kommen oder niedergedroschen zu werden, dazu hatte ich keine Lust. Ich war allerdings auch – wie soll ich sagen – beeindruckt, als so viele Menschen kamen und eine unüberschaubare Menschenmenge, später war von 70.000 die Rede, sich den Ring entlang wälzte. Das war unglaublich. Wobei die meisten Leute Angst hatten und eine enorme Anspannung und gespenstische Atmosphäre über der Stadt lag. Das war nicht die fröhliche Demonstration wie am 4. November auf dem Alexanderplatz, als viele ahnten, dass es in eine andere Richtung geht und die Staatsmacht nicht mehr zu Gewalt greifen würde. Das war in Leipzig auf der Kippe. Das hat man gemerkt. Da gab es keine Transparente. Es war ein kühler Tag, man hat den Atem gesehen. Die Leute haben großen Mut bewiesen dort zu demonstrieren.

*Für Sie war 1989 eine Revolution – nicht Wende, nicht Untergang, nicht Zusammenbruch, sondern Revolution. Warum?*

**Werner Schulz:** Wie definiert man Revolution? Es sind radikale Umwälzungen, radikale Umbrüche. Die Entmachtung der Herrschenden. Die damalige Elite hat komplett die Macht verloren. Sie ist allerdings auf eine demokratische und gewaltlose Weise abgewählt worden. Der Hauptanspruch dieser Revolution waren freie und geheime Wahlen. Das ist etwas, was wir am Runden Tisch auch erreicht und durchgesetzt haben. Das war der entscheidende Punkt. Wir hatten im Neuen Forum eine herzhafte Diskussion mit Rolf Henrich darüber, der der Meinung war, man müsse jetzt richtig Revolution machen. Man müsse den Generalstaatsanwalt stellen bzw. diese Position besetzen, um die Verantwortlichen aus Partei und Staatsführung hinter Schloss und Riegel zu bringen. Das fand keine Mehrheit im Neuen Forum, weil die meisten gesagt haben: Um Gottes Willen, wohin soll das führen? Wir haben noch nicht einmal Büros oder Telefone, geschweige denn Waffen – der Staat war ja bis an die Zähne bewaffnet. Diese bewaffneten Organe unterstanden alle noch der Partei bzw. dem Ministerrat oder Staatsratsvorsitzenden, also den bisherigen Entscheidungsträgern. Es war sinnlos, so etwas zu tun; und hätte alles gefährdet. Ich glaube, auf so etwas hat man gewartet, auf so etwas war man eingerichtet. Wir hatten eine Versammlung beim Neuen Forum, da gab es ein Fernschreiben aus der MfS-Bezirksverwaltung

Gera, wo die Genossen der Staatssicherheit den Aufruf gestartet hatten, dass man doch jetzt endlich zurückschlagen müsse, um diese Konterrevolution zu unterbinden. Das heißt, wenn es einen Anlass gegeben hätte, wenn auf unserer Seite das gewaltsame Vorgehen erkennbar gewesen wäre, dann hätte es einen anderen Verlauf der Ereignisse gegeben. Aber so ist man eben nicht auf die Barrikaden gegangen, sondern an die Runden Tische. Man hat keine Erschießungskommandos eingerichtet oder Guillotinen aufgestellt und es gab keinen Wohlfahrtsausschuss, sondern die frei gewählte Volkskammer. Das ist eine enorme Leistung, eine enorme zivilisatorische Leistung. Wenn man bedenkt, dass solche Revolutionen in der Regel gewaltsam abliefen. Das mag mancher als Fehler oder Schwäche sehen, weil die alte Elite überlebt hat. Aber die Liquidation war nie der Anspruch. Wir wussten nur zu gut, wohin Lenins unerbittlicher Revolutionsgeist geführt hat. Die Forderung lautete nicht: Stasi in den Bau, sondern Stasi in den Tagebau. Das heißt, sie sollten resozialisiert und nicht umgebracht werden.

### **Auszüge aus dem Interview, das Christoph Becker-Schaum am 4. Juni 2009 mit Gerhard Bächer über sein Engagement in der Grünen Partei in der DDR führte:<sup>2</sup>**

*Sie beginnen eine theologische Ausbildung in Naumburg, brechen sie ab und gehen nach Berlin, warum?*

**Gerhard Bächer:** Also, es war auf jeden Fall eine wichtige Zäsur. Der Anlass war: Ich hatte in Naumburg an der Saale Theologie am Kirchlichen Oberseminar studiert, wollte sowieso eigentlich nach Berlin wechseln. Das stand schon fest, weil ich hier den größten Teil meiner Freunde hatte und hier auch mit Musik mehr los war als in der Provinz. Aber der damalige Rektor dieses Seminars ist mir zuvorgekommen und hat mich kurzerhand von einem Tag auf den anderen exmatrikuliert. Na ja, die Studentenbewegung hat mich fasziniert, und ich war einer der Aktivisten, der die studentische Mitbestimmung vorantreiben wollte. Da gab's natürlich Widerstand. Das ist ja logisch. Ich habe ja Gewohnheiten angegriffen. Ich war auch ein bisschen naiv, muss ich sagen. Und dieses großzügige «Natürlich können Dozenten auch kritisiert werden», was heute selbstverständlich ist, das war damals noch nicht so. Vor allen Dingen nicht an einer konservativen kirchlichen Hochschule. Ich habe das aber ernst genommen und habe das auch getan. Wie auch immer, die Ursachen waren vielschichtig. Aber, es war auch eine Entscheidung des Schicksals. Und in Berlin war für mich das

<sup>2</sup> Carlo Jordan und Vollrad Kuhn, beide vom Vorstand der Grünen Partei in der DDR, beteiligten sich am Gespräch.

Wichtige, hier eine entsprechende musikalische Ausbildung zu machen. Das war nur hier möglich.

In Berlin gab es eine Spezialmusikschule für Unterhaltungsmusik in Friedrichshain, im Weidenweg, wo alle, die Rock, Blues und Jazz gemacht haben, durch mussten, wenn sie Berufsmusiker werden wollten. Also musste und wollte ich auch da durch. Das war so ein bisschen der Background. Die Musik hat mich nach Berlin gezogen.

*Sie haben in der DDR freiberuflich als Musiker gearbeitet. Wie sah das denn genau aus?*

**Gerhard Bäcker:** Wenn man professionell Musik gemacht hat, hat sich das ergeben. Man hat Zeiten gehabt, wo man fest in einer Band gespielt hat, aber der Idealfall war so: Wenn man ‚blattsicher‘ war, dann wurde man angerufen: Du ... krank geworden ... kannst du an dem oder dem Tag? Man nannte das ‚Telefonmusiker‘. Das wurde auch gut bezahlt und man hatte keine festen Verpflichtungen. Man war ziemlich frei. Nebenbei habe ich noch unterrichtet im Hauptfach. Und: Ich war musikalischer Leiter am Kulturensemble des Elektro-Apparatewerks eines großen Kombinats in Treptow. Wo heute der Allianz-Tower steht, da waren die Elektro-Apparatewerke, ein großes Kombinat. Und das war einfach witzig. Das bin ich geworden, weil der Chef dieses Kulturensembles mit mir in der Kneipe am Tisch gesessen hat und überlegt hat: Was kann ich für dich tun? Ach, ich brauche einen musikalischen Leiter! Ich sage: Mach' ich. Nach zehn, zwölf Jahren war man einfach reingewachsen in die Szene und war auch ein Faktor in der Szene. Und letztendlich lief das von alleine. Es war nicht so wie heute. Das freiberufliche Leben ist ja sehr hart und man muss sehr viel Marketing für sich selber machen. Das war damals nicht nötig.

*Gab es in Ostberlin eine besondere Musikszene, zu der Sie Kontakt hatten?*

**Gerhard Bäcker:** Wenn man von Szene reden will, zum Beispiel die Blues-Szene, wo ich Ende der 70er-Jahre auch ein bisschen mitgemischt habe – die berühmten Bands wie Engerling und Monokel und Freigang. Mit denen hatte ich zu tun. Da gab es ein bestimmtes Lokal «bei Fengler». Das war damals so eine richtige Blues-Hölle. Da traf man sich einfach. Und es gab doch eine Menge Jugendclubs, wo jede Woche, ganz regelmäßig, Bands auftraten. Auch in Treptow, in der Puschkinallee, gab es einen Jazzclub, in der Krausnickstraße. Es gab unendlich viele Clubs, kann man schon sagen. Die Kreiskulturhäuser hatten die Stadtbezirke zu organisieren, und unter deren Dach gab es dann auch die verschiedensten Jugendclubs, die auch eine ganze Menge Life-Veranstaltungen gemacht haben.

Später, die Unterhaltungsbranche, das muss man sich so vorstellen: im ganzen Land hatten alle Betriebe große Kulturfonds. Es gab mindestens vier, fünf große Feste im Jahr, die die Betriebe mit ihren Mitarbeitern gefeiert haben: 1. Mai, Frauentag, 7. Oktober – also die Staatsfeiertage –, dann Weihnachten usw. Dann gab es auch noch für jede Branche einen extra Ehrentag. Und immer wurden große Feste gefeiert mit großen Programmen und mit Life-Musik. Man kann sich

das vorstellen wie Friedrichstadt-Palast heute, nur ein bisschen kleiner, also mit Life-Bands, Sängern, Artisten usw. Wir hatten gut zu tun!

*Waren in dieser Szene kritische Stimmen zu hören?*

**Gerhard Bächer:** Die beiden letzten Jahre vor der Wende habe ich ein Projekt gemacht – 1987 – mit der Chansonsängerin Gerlinde Kempendorff. Die hat vorher nur mit einem Pianisten gearbeitet. Wir haben uns auf diesem «Traumschiff» kennengelernt. Da waren wir als Band und sie als Darbietung. Wir haben festgestellt: Wir müssen eigentlich was Politisches machen; das war so im Sommer.

In Frankfurt/Oder waren immer die Chansontage der DDR. Und da haben wir – niemand wusste, was wir machen – das Programm vorgestellt. Sie war auch clever. Sie hatte eine Freundin beim Rundfunk der DDR. Das wurde also vom Rundfunk mitgeschnitten und live gesendet. Das gab es normalerweise gar nicht. Aber das zeigt, dass schon Ende 1987 die Stimmung und Situation bei vielen Menschen so war. Sie haben sich etwas getraut. Selbst Leute beim Rundfunk der DDR, der ja streng überwacht war, haben etwas gewagt. Diese Mitarbeiterin hat mit Sicherheit einen fürchterlichen Anraunzer gekriegt – aber das Konzert war über den Rundfunk, über den Sender gelaufen. Das war Realität. Das war nicht mehr zurückzudrehen.

Es hat einen fürchterlichen Aufruhr gegeben bei diesen Chansontagen. Und obendrein hat dann auch noch diese Abteilung des Rundfunks der DDR am selben Abend einen Preis gestiftet, den sie uns für dieses Konzert gegeben haben. Um das zu manifestieren, um das festzumachen. Das fand ich schon sehr mutig, von allen Beteiligten.

Na gut, wir haben gesagt: Was soll uns passieren? Wir wussten, dass da Leute – damals gab es ja noch keine so schönen Recorder – die Texte mitgeschrieben haben, oft falsch. Das hat die Gerlinde immer wunderbar weggebügelt. Wenn sie eingeladen wurde zum Gespräch, hat sie die Originaltexte mitgenommen und hat gesagt: Ich will Ihnen mal gleich die Originale geben, so können Sie dann Ihre Mitschriften korrigieren.

Aber Ende 1987 war schon so eine Stimmung da. Die Menschen haben sich getraut. Sie haben sich mehr getraut – sage ich mal so. Es war schon was im Aufbruch. Ich kann mich an ein Konzert erinnern im Magdeburger Dom. Da waren ca. 400 Menschen da. Und da hätte man eine Stecknadel fallen hören können, so eine Spannung war da. Wir haben mit dieser Musik und diesen Texten – mit diesen kritischen Texten – etwas zum Ausdruck gebracht, was alle dachten, was aber bis dahin keiner formuliert hatte. Das war eine wichtige Aufgabe der Kunst.

Die Kunst hatte in der Vorbereitung der Wende, in der Entwicklung dahin eine wichtige Funktion, sowohl die Theaterschaffenden als auch die Musiker, die Unterhaltungsmusiker bis hin zu den großen Orchesterleitern wie in Leipzig Kurt Masur. Wir hatten die Öffentlichkeit. Und wenn Leute, die die Öffentlichkeit haben, etwas formulieren, was sich niemand bis dahin getraut hat, und plötzlich wird das auf einer Bühne gesagt – öffentlich –, dann fangen die Menschen auf

einmal an, sich auch mehr zu trauen. Überhaupt zu trauen, das zu denken und auch darüber zu sprechen.

In dieser musikalischen Entwicklung war das für mich eigentlich die interessanteste Arbeit. Wir haben uns nur leider persönlich nicht so verstanden, und das ging dann relativ schnell wieder auseinander. Aber dieses Projekt! Wir haben dann auch im Rundfunk Aufnahmen gemacht usw. Das kann man sich heute nicht mehr vorstellen, dass man nicht einfach irgendwo in ein Studio geht und was aufnimmt. Es gab nur den Rundfunk in der Nalepastraße und in der Brunnenstraße das Amiga-Studio. Schluss. Das war's.

*Und die Blues-Messen, die 1986, 1987 stattfanden?*

**Gerhard Bächer:** Ja. Aber das war ja vor allen Dingen konzentriert hier auf Berlin, um die Ecke hier: Samariterkirche und Gethsemanekirche. Ja, das fällt alles in diese Zeit hinein. Plötzlich fängt es an zu brodeln. Und die Musik war – wie soll ich sagen? – eine Sprache, mit der Dinge ausgedrückt wurden, ein Verständigungsmittel.

*Und wie haben Sie die oppositionelle Szene im Prenzlauer Berg erlebt?*

**Gerhard Bächer:** Also, viele Leute kannte ich ja schon aus meiner Studienzeit Anfang der 70er-Jahre. Solche Leute wie Markus Meckel oder Gutzeit, das waren Kommilitonen von mir in Naumburg. Dann hatte ich hier in Berlin meinen Freundeskreis. Das war hauptsächlich das Umfeld von Wolf Biermann. Als Biermann ausgebürgert wurde, sind 80 Prozent meiner Freunde hinterher. Die haben einen Ausreiseantrag gestellt und sind dann irgendwann auch in den Westen gegangen. Ich kann nicht sagen, warum ich nicht... Ja, doch! Ich hatte ein kleines Kind. Das war wahrscheinlich das Hauptmotiv, hier zu bleiben. Aber ansonsten? Ich war auf dem Weg in meine Nische als freiberuflicher Musiker.

Aber um diese Zeit – 1975, 1976 – gab es schon Aktivitäten in dem Sinne, was wir als «Rotweinpartys» bezeichnen würden, wo heftigst gesprochen und diskutiert wurde, wo auch Lieder gesungen wurden usw. Aber das hatte keine Organisationsform. Und das haben die mit der Ausbürgerung damals tatsächlich geschafft, dass erstmal eine Zäsur war, dass – wie soll ich sagen? Der Lebensnerv der Opposition war durchgeschnitten. Da gab es viel Resignation. So würde ich auch mein Gefühl in dieser Zeit beschreiben: Resignation.

Opposition war ja normal. Ich hatte fast nur Umgang mit Leuten, die so gedacht haben wie ich, die kritisch gedacht haben, und ganz automatisch auch in Verbindung mit der Kirche standen. Die Kirche war das Dach für alle kritischen Aktivitäten. Ohne diesen Schutz wäre das nicht gegangen – entweder Privatwohnung oder Kirche. Es gab eine Welle von Resignation Ende der 70er-Jahre, weil eben so viele Leute in den Westen gegangen wurden. Das Gefühl: Das schaffen wir nicht. Hier an diesen Schrauben – das schaffen wir nicht, da wirklich dran zu drehen. Biermann war so die Symbolfigur, dass etwas möglich ist.

Ich habe mich dann, wie gesagt, nur noch um die Musik gekümmert. Hatte die Nische des freiberuflichen Musikers. Das war ja ein Sonderstatus. Es gab



*Informationsgespräch über die Grüne Partei in der DDR, v.l.n.r.: Carlo Jordan, Vollrad Kuhn und Gerhard Bächer.*

keine Partei. Es gab keine Gewerkschaftsleitung. Die Gewerkschaft hat ja damals eine ähnliche Funktion wie die Partei gehabt. Aber ich musste diesen harten Produktionsalltag der DDR nicht auf mich nehmen. Dieses Nischendasein, das wir Künstler hatten, bedeutete auch eine relative Freiheit. Ich hatte nicht so viel Widerstand im täglichen Leben. War auch so was wie Rückzug.

Das ging erst 1987 wieder los, wo ich dann auch zu Veranstaltungen in die Gethsemanekirche, in die Samariterkirche usw. gegangen bin und letztendlich bei der Arche gelandet bin, bei der Ökologiebewegung der evangelischen Kirche.

*Wie kommt ein kritischer Musiker zum Grün-ökologischen Netzwerk Arche?*

**Gerhard Bächer:** Also, ich wollte mich ja nicht in diesem Sinne organisieren. Die Umweltbibliothek habe ich schon besucht und irgendwann bin ich zur Arche nach Friedrichsfelde. Dort, im Gemeindehaus in Friedrichsfelde waren ja immer die Treffen. Und dann hat sich das so ergeben. Ich sage immer: Ich bin irgendwie rein gerutscht. Es war nicht so, dass ich gesagt habe: Jetzt will ich aber kämpfen und will mich organisieren oder so. Es war wie ein Sog, vielleicht kann man das so bezeichnen.

*Es gab eine heftige Diskussion in der Arche um eine Grüne Liste beim Neuen Forum, warum?*

**Carlo Jordan:** Also, Bärbel [Bohley] fand das nicht so verkehrt, weil das Neue Forum ja letztendlich das Konzept einer positiven Nationalen Front hatte. Sie sagten ja: Also, wir sind jetzt die Neuen. Und unter dem Dach des Neuen Forums gibt es auch Doppelidentitäten. Es kann auch ein SED-Mitglied, es kann einer, der in der SPD war wie Platzek, in der Bauernpartei, zugleich im Neuen Forum sein. Also in dem deutschen Parteienspektrum fehlt im Osten eigentlich nur eine Partei: die grüne. Also müssten wir uns doch zunächst mal im Neuen Forum

sammeln können. Wir wollten nach osteuropäischem Vorbild, weil es dort schon mehrere grüne Parteigründungen gab – ich war selbst bei der litauischen dabei –, auch in der DDR eine grüne Partei. Bei diesem Meinungsbild kam heraus, dass die Mehrheit wünschte, dass wir eine grüne Partei auch in der DDR gründen. Daraufhin beschlossen wir [eine Parteigründungs-]Initiative. In dem Moment habe ich Gerhard Bächer kennengelernt.

**Gerhard Bächer:** Ja. In dem Moment wurde ich aktiv und habe gesagt: das müssen wir jetzt durchziehen. Es war ja nicht so, dass plötzlich alle gejubelt haben, sondern da ging es ja erstmal richtig los. Es gab ja auch die verschiedensten Interessen.

*Was waren die Beweggründe für die Initiative zur Gründung der Grünen Partei in der DDR?*

**Gerhard Bächer:** Es wurde schon deutlich, dass es auch erheblichen Widerstand aus der Umweltbewegung gegen eine Parteigründung gibt. Die Zeit rannte ja auch davon. Die anderen hatten sich schon formiert, so dass wir gesagt haben: also, jetzt müssen wir etwas tun! Wir haben dann auch den Weg der Basisdemokratie verlassen und haben – in dieser Gründungs-Initiative, die aber auch über zwanzig Mitglieder hatte – gesagt: beim Umwelttag gründen wir einfach die Partei. Wir machen das jetzt einfach. Das war ja auch letztendlich der Grund, warum das so lange gedauert hatte. Die Diskussion wurde DDR-weit geführt. Das war eben wichtig. Es war eben nicht eine kleine Gruppe wie bei dieser SPD-Gründung, die sich im Dorfpfarrhaus getroffen hat und gesagt hat: Wir sind jetzt eine Partei, sondern das war schon ein ziemlich langer Diskussionsprozess, der da hingeführt hat. Bloß in dem Moment, im November oder so, haben wir dann gesagt: Also, jetzt ist es soweit. Wenn wir es jetzt nicht machen, fährt der Zug [ohne uns ab].

## Das 4. Netzwerktreffen der Bewegungsarchive

Wie stellen Bewegungsarchive sicher, dass die Bewegungen, als deren Teil sie sich definieren, archiviert werden? Welche Dokumente und Themen werden gesammelt? Entstehen die Bestände systematisch oder eher zufällig?

Mit diesen Fragen zur Überlieferungsbildung startete im Juni 2009 das Archivtreffen, ausgerichtet vom Grünen Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung und vorbereitet vom Archiv der deutschen Frauenbewegung, Archiv der Jugendkulturen, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, Archiv für alternatives Schrifttum, Kölner Frauengeschichtsverein und dem Archiv Grünes Gedächtnis.

Fragen zur Überlieferungsbildung zielen ins Innere der freien Archive, die ihrem Selbstverständnis nach Teil der neuen sozialen Bewegungen sind oder sich diesen eng verbunden fühlen. Diesem Selbstverständnis und dem daraus abgeleiteten Arbeitsauftrag, Protest- und Oppositionsbewegungen zu archivieren, können die Archive nur gerecht werden, wenn zwischen ihnen und ihren politischen Zielgruppen ein Vertrauensverhältnis sowohl in politischer wie archivfachlicher Hinsicht besteht. Protest und Opposition brauchen Protest- und Oppositionsarchive, so könnten Selbstverständnis und Arbeitsauftrag, auf eine einfache Formel gebracht, lauten.

Unterstützt werden die freien Archive darin in letzter Zeit vermehrt durch einige staatliche Archive. Diese haben öffentlich auf ihre Defizite bei der Überlieferungsbildung zu den neuen sozialen Bewegungen aufmerksam gemacht und den freien Archiven attestiert, einen unverzichtbaren Beitrag zur Überlieferungsbildung der Zeitgeschichte zu leisten.

Diese Aufgabe fordert viel von den häufig sehr kleinen Archiven. Nicht alle sind integrierter Teil aktueller Protestbewegungen und können laufend, zeitnah und systematisch Dokumente übernehmen. Die meisten haben doch zeitlich wie personell Abstand zu ihren Bewegungen und sind darauf angewiesen, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit auf ihr Archivangebot aufmerksam zu machen. So ist es auch zu erklären, dass die Bestände in den meisten Bewegungsarchiven sowohl systematisch als auch unsystematisch zusammenkommen. Die Bestandsbildung kann Ergebnis politischer Kontakte, Resultat größerer Ausstellungsprojekte, aber auch Produkt von öffentlichen Aufrufen sein.

Dass das Verhältnis zwischen Archiven und Bewegungen auch grundsätzliche archivfachliche Schwierigkeiten verursachen kann, machte das Spinnbo-

denarchiv Berlin beim Archivtreffen am Beispiel der Diskussion um den § 218 und die Gender- und Queerdebatte deutlich. Was geschieht, wenn neue Themen aufkommen oder Themen neu gewichtet werden und neue Akteurinnen und Akteure in Erscheinung treten, die bisher nicht zum Sammlungsprofil gehörten? Das Spinnbodenarchiv musste seine Systematik und Verzeichnung überdenken und gleichzeitig sein Sammlungsprofil schärfen. Theoretische wie politische Veränderungen sollten für die freien Archive auch eine Aufforderung sein, über sinnvolle Arbeitsteilungen und Kooperationen in der freien Archivszene nachzudenken.

Vernetzung ist zentrales Anliegen der Archivtreffen. Seit einiger Zeit wird auch die Kooperation mit dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VDA) intensiviert. Der VDA hat 2009 den Arbeitskreis «Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen» eingerichtet, in dem einige Kolleginnen und Kollegen mitarbeiten. Die Erwartungen an die Zusammenarbeit sind im Kreis der freien Archive sehr unterschiedlich. Einige sehen hier die Chance, intensivere Lobbyarbeit in etablierte Kreise hinein betreiben zu können. Für andere sind wiederum regionale oder lokale Kooperationen wichtiger. Der AK «Überlieferungen Neuer Sozialer Bewegungen» im VDA hat somit auch nicht den Auftrag, das Netzwerk im VDA zu vertreten. Dennoch macht dieser Arbeitskreis im VDA nur Sinn, wenn von Seiten der Bewegungsarchive Aktivitäten angeschoben und Angebote des VDA benutzt werden, so das Plädoyer der AK-Mitglieder.

Die freien Archive leisten wichtige Arbeit und das stellt einen hohen Anspruch an die Professionalität. 2009 wurden neben der Überlieferungsbildung die archivistischen Serviceleistungen diskutiert. Guter Service, d.h. u. a. zeitnahe, intensive, möglichst persönliche Anfragenbeantwortung und Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer, ist überlebensnotwendig, weil er auch Öffentlichkeitsarbeit ist. Die meisten freien Archive haben Gebührenordnungen, die unbedingt alle Arten der Nutzung abdecken sollten. Allerdings können die so erzielten Einnahmen grundsätzlich nichts an der prekären Finanzsituation der freien Archive ändern. Sie sind als symbolische Wertschätzung der Dokumente und der Arbeit dennoch wichtig.

**Termine:** Das Netzwerk der Archive von unten verabredete sich für Juni 2011 zum fünften Treffen.

**Informationen:** Anne Vechtel, vechtel@boell.de

**Mailingliste des Netzwerks:** Christoph Becker-Schaum, becker-schaum@boell.de

**Website des Netzwerks:** [www.bewegungsarchive.de](http://www.bewegungsarchive.de)

# 5 Rezension

# Geschichte(n) des Gorlebener Widerstands

Wer sich mit dem facettenreichen Thema Atomenergie beschäftigt, kommt an Gorleben nicht vorbei. Diese Gemeinde im Landkreis Lüchow-Dannenberg, im Wendland, sorgt seit mehr als 30 Jahren für heftige Auseinandersetzungen. Das Wendland steht im Mittelpunkt atomenergiepolitischer Interessen und hat in dieser Form und Dauer nie gesehene Kräfte des Widerstands mobilisiert, die als Maßstab für friedlichen Ungehorsam gelten können.

Gorleben beherbergt unterirdische Salzvorkommen. Diese sollen sich dazu eignen, radioaktiven Müll zu lagern. Im Jahr 1977 kam es unter dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht von der CDU nach politischer Konfrontation mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt von der SPD zur Entscheidung für den Gorlebener Salzstock als Standort für ein Atommüll-Endlager. Im ehemaligen Zonenrandgebiet gelegen, wenige Kilometer von der DDR-Grenze entfernt, wo auf der anderen Seite das Atommüll-Endlager Morsleben geplant war, dünn besiedelt und strukturschwach, schien das Gebiet geeignet für den Aufbau eines großen Industriekomplexes, eines nuklearen Entsorgungszentrums, das aus Wiederaufbereitungsanlage, Zwischenlagern und Endlager bestehen sollte.

Mit dem Ausmaß des sich umgehend formierenden und bereits im Vorfeld der Planungen aktiven Widerstands der Bevölkerung hatte wohl niemand gerechnet. Neben den heimischen Landwirten hatte hier eine bunte Mischung aus schöpferischen Großstädtern Zuflucht gefunden und sich in der Region ihren Zweitwohnsitz geschaffen. So kam bei der Planung und Durchführung von Protesten eine unglaubliche Vielfalt an kreativem Potenzial zusammen.

Susanne Kamien und Max Rheinländer haben sich die Berichte der Protagonisten des friedlichen und originellen Widerstands angehört, sie aufgezeichnet und in dem Buch *ÜberMacht & Phantasie* gesammelt herausgegeben.

Die Dokumentation ist die Essenz aus Recherchen zu einem Film über den Widerstand in Gorleben, an dem der Autor, Regisseur, Kameramann und Produzent Max Rheinländer (Jahrgang 1955) seit 2004 arbeitet. Während der Dreharbeiten zum Film «Stille Tage in Gorleben» über den Künstler HA Schult, bekannt durch die Aufstellung seiner Trash People im geplanten Endlager von Gorleben und auf der Castor-Transportstrecke, lernte er die 1957 in Lüchow-Dannenberg geborene Aktivistin Susanne Kamien kennen. Sie, die viele Jahre den Vorsitz

der Bürgerinitiative Umweltschutz inne hatte und Sprecherin der Bäuerlichen Notgemeinschaft war, gilt als «Urgestein» des Widerstands im Wendland. Wie kaum eine zweite kennt sie Geschichte und Geschichten von Land und Leuten, was der Authentizität der Dokumentation zugute kommt.

Den Hauptteil des Buches bilden 14 Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die 2007 geführt wurden. Ihre subjektiven Geschichten untermalen auch die Entwicklung einer Region. Hier spiegeln sich Zeit- und Sozialgeschichte, die strukturellen und kulturellen Veränderungen, die mit Entscheidungen einhergehen, die auf politischer und wirtschaftlicher Ebene getroffen wurden.

In vorderster Linie steht die oft «Mutter des Widerstands» genannte, 1924 geborene Marianne Fritzen. Sie, die ihr Leben seit über 30 Jahren dem aktiven Kampf gegen die Atomkraft widmet, verfügt über einen unschätzbaren Fundus an Sachkenntnis, persönlichen Erfahrungen und Geschichten, der untrennbar mit dem Widerstand gegen das Atommüll-Endlager in Gorleben verbunden ist und überliefert werden muss. Sie selbst sieht sich in ihrem Alter nicht mehr in der Lage, ihre Lebenserinnerungen und die damit verbundene Geschichte des Widerstands im Wendland aufzuzeichnen, was Susanne Kamien und Max Rheinländer bewogen hat, das Interview mit der Überachtzigjährigen in den Mittelpunkt ihres Projekts zu stellen.

Überregional bekannt wurde Marianne Fritzen durch ein Foto, auf dem sie, eine kleine, rundliche, höchst skeptisch blickende, nicht mehr junge Dame mit Strickmütze, umringt ist von martialisch wirkenden Kräften des Bundesgrenzschutzes. Sie sieht den Polizisten, den Vertretern der «Übermacht», misstrauisch in die Augen: Allein, aber in voller Entschiedenheit steht sie da. Dieses Foto (S. 41), 1979 während einer Blockade vom Pressefotografen Günter Zint – auch er kommt in der vorliegenden Dokumentation zu Wort – aufgenommen, hat eine enorme Symbolkraft. Später wird daraus ein Plakat mit dem treffenden Titel «Die Staatsgewalt geht vom Volke aus».

Die im Elsass geborene Marianne Fritzen, zweimal verheiratet und Mutter von fünf Kindern und zwei Stiefsöhnen, zieht 1957 ins Wendland. Seit den frühen 70er-Jahren arbeitet sie aktiv gegen die Atomkraft, gründet 1973 die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg mit und ist bis 1982 deren Vorsitzende. Parallel dazu gehört sie zu den Mitbegründern der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen und engagiert sich später als Kommunalpolitikerin u. a. für die Partei Die Grünen. Zum Bruch mit den Grünen kommt es im Jahr 2000, als die rot-grüne Koalition den sogenannten Atomkonsens beschließt.

Durch ihr politisches Engagement lernt sie Jürgen Trittin kennen, heute Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und früherer Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Trotz unterschiedlicher Einstellungen verbindet beide eine tiefe Achtung voreinander, die im dokumentierten Interview mit Jürgen Trittin zum Ausdruck kommt.

Auch zu Sigmar Gabriel gibt es eine intensive persönliche Verbindung, heute SPD-Parteivorsitzender, früherer Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Kennen-

gelernt haben sie sich, als Gabriel Ende der 70er-Jahre in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig war und Marianne Fritzen als Expertin zum Thema Gorleben eingeladen hatte. Sie treffen nun wieder aufeinander, sie, die Aktivistin des Widerstands, und er als Vertreter der Politik, und es wird auch hier deutlich, dass nicht die Übereinstimmung der Ansichten zählt, sondern die sachliche Auseinandersetzung.

Marianne Fritzen scheut keine Konfrontation. Engagiert ist sie schon immer, zunächst in der katholischen Kirche, wo sie sich am Aufbau des katholischen Bildungswerks beteiligt. Als sie das Thema Atomenergie in diese Arbeit einbringen will, stößt sie auf Ablehnung und widmet sich fortan mit all ihrer Energie ausschließlich dem Widerstand gegen die Kernkraft. Die der Natur, ihrem Garten und eigentlich den schönen Künsten zugeneigte, Lyrik, Literatur und Musik liebende Frau arbeitet sich durch die recht trockene Thematik rund um die Kernenergie, liest Fachliteratur und Presseberichte, sucht das Gespräch mit Fachleuten. Sie organisiert Gesprächsrunden, versteht es, Menschen und verschiedene Gruppierungen für die Sache zu gewinnen und beteiligt sich an Widerstandsaktionen. Hier vertritt sie den gewaltlosen Widerstand und geht verbal dazwischen, wenn seitens der polizeilichen Übermacht Gewalt gegen Demonstranten angewendet wird. Als betagte und charismatische Mittlerin zwischen den Fronten appelliert sie bei der Gegnerschaft an den Respekt, nicht zuletzt vor dem Alter. Nicht selten verspürt sie dabei auch Angst vor unvorhersehbaren Reaktionen. Ganz offen spricht sie von der Hilflosigkeit angesichts der Übermacht, wenn bereits Wochen vor den Castortransporten das Polizeiaufgebot im Landkreis verstärkt wird, und der Wut, die diese «Aufrüstung» auslösen kann. Auf die Frage, was man dieser Übermacht entgegensetzen könne, sagt sie: «Einmal muss man ihr Phantasie entgegensetzen. Man muss die Lücken suchen, die da sind. Und ich glaube, ein ganz wichtiger Punkt, den ich von jungen Demonstranten nicht verlangen kann, aber von den älteren, etwas gesetzteren, dass sie einfach im Gespräch mit den Polizisten bleiben und ihnen auch sagen, warum wir da stehen. [...] Aber ich muss sie da auch einfach an ihren Moralprinzipien packen können und ich glaube, das ist auch viel wichtiger als ein Tritt vor das Schienbein.» (S. 47)

Phantasie als Mittel gegen die Staatsgewalt ist im Gorlebener Widerstand beispielhaft. Deutlich wird dies in spektakulären Aktionen wie dem Treck nach Hannover im März 1979. Mehr als 140 Trecker waren allein aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg in die Landeshauptstadt aufgebrochen, wo dann mit über 100.000 Demonstranten eine der größten Protestkundgebungen der Bundesrepublik stattfand. Oder als 1980 die Tiefbohrstelle Nr. 1004 besetzt, ein Hütten-dorf errichtet und die «Freie Republik Wendland» ausgerufen wurde. Die im Buch versammelten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erinnern sich sehr genau an diese und viele weitere Aktionen.

Da sind zum Beispiel Andreas Graf von Bernstorff und seine Frau Anna. Er ist Gutsbesitzer, der der Atomindustrie, die ihm Teile seines Waldes abkaufen wollte, um die Gegend für die Erkundung des Endlagers zu nutzen, die Stirn bot.

**DEMOKRATIE  
BRAUCHT  
LUFT ZUM  
ATMEN.**



*Plakat der Grünen Niedersachsen zur Landtagswahl 1985.*

Er schlug ein Millionenangebot aus und zieht es vor, sein Land für Kunstaktionen zur Verfügung zu stellen, weil er meint, «die Kunst setzt sich auch auf eine ganz andere Weise mit Fragen aus unserer Zeit auseinander: mit Natur und der Zerstörung von Natur» (S. 88). Seine Frau, selbst auch Anti-Atomkraft-Aktivistin, sieht in der Rolle der Kunst «positive Impulse im konstruktiven Umgang mit dem Widerstand» (S. 101).

Oder der Maler Uwe Bremer, der von Berlin aus ins Wendland zog und Plakate und Kalender entwarf, die die Gorleben-Problematik widerspiegeln. Originell und provokant kommt der «Entsorgungskalender» von 1978 daher, dessen Monatsblätter im Buch abgebildet sind.

Ein weiterer Kalender ist Ausdruck des kreativen Widerstands in Gorleben. Augenzwinkernd «Po-Motion» betitelt, sind hier einheimische Bauern bar aller Hüllen, jedoch sittsam mit landwirtschaftlichem Gerät bedeckt, abgebildet. 2005 wurde diese Aktion von der Bäuerlichen Notgemeinschaft zur Unterstützung der Rechtshilfe Gorleben initiiert und von Nils M. Rehfeldt fotografiert. Er sowie einige seiner «Models», Martin Schulz, Ulrich Helmcke, Wilhelm Meyer oder Martina und Klaus-Bernd Meyer, kommen hier zu Wort und schildern ihre Beweggründe, sich aktiv am Widerstand in ihrer Heimat zu beteiligen.

Auf der anderen Seite, der Seite der «Übermacht», steht beispielhaft Klaus-Peter Feuerhahn, der 1980 als Beamter der Kriminalpolizei nach Lüchow-Dannenberg kam und die Räumung des Hüttendorfs auf dem besetzten Bohrplatz 1004 miterlebte. Die Frage, ob er damals Verständnis für die Aktionen der Leute dort hatte, verneint er verhalten. Als Befürworter der Atomkraft konnte er das dort veranstaltete «Trara» (S. 107) nicht nachvollziehen. Und er sah sich natürlich auch als Vertreter der Staatsmacht, der dort seinen Dienst zu verrichten hatte. Die Wende vom «Saulus zum Paulus» (S. 110) vollzog sich bei ihm 1986 nach dem GAU von Tschernobyl, als er von einer Reise nach Polen zurückkam und ihm nahegelegt wurde, sich auf eventuelle radioaktive Verstrahlung hin untersuchen zu lassen. Da wurde ihm bewusst, «was das für ein Dreck ist. Man riecht es nicht, man schmeckt es nicht, man sieht es nicht, man hört es nicht und es belastet einen oder kann einen belasten. Eigentlich ist zu dem Zeitpunkt bei mir diese Wendung gekommen, dass ich gesagt habe, das geht so nicht. Ich bin eigentlich in diesen Minuten dort – oder nach diesem Arztbesuch – zum Atomgegner geworden.» (S. 111)

Bist du für oder gegen die Atomkraft? Beteiligst du dich am Widerstand oder nicht? Das sind Fragen, die die Menschen im Wendland spalten können und sogar zu Konflikten in den Familien führen. So war Frau Feuerhahn bereits auf Demonstrationen zu finden, als ihr Mann noch auf der anderen Seite stand.

Aktuell sind Konzepte wie die Förderung erneuerbarer Energien für die Region interessant. So gibt es Betreiber von Biogasanlagen und Gegner, die sich um Standorte streiten. Mit dem Widerstand gegen die Atomkraft hat sich offensichtlich eine ausgeprägte Streitkultur entwickelt. Auch das ist Thema in den dokumentierten Gesprächen.

Die Interviews vermitteln insgesamt ein sehr lebendiges und authentisches Bild von Land und Leuten. Da werden Landschaften geschildert und der Bezug der Menschen zu ihrer Region herausgefiltert. Abgesehen von dem Interview mit Marianne Fritzen stehen biografische Aspekte der Protagonistinnen und Protagonisten eher am Rande der Gespräche. Die Fragestellungen kreisen eindeutig um den Widerstand, wie er sich im Wendland entwickelt hat. So werden enge Zusammenhänge zwischen Region, Mentalität und Protestformen deutlich.

Dieses Buch *ÜberMacht & Phantasie* ist ein wichtiges Zeitdokument, das Menschen wie mir, die mit der Problematik nur über gelegentliche mediale Berichterstattung vertraut sind, Hintergründe verständlich macht. Eine Chronologie der Ereignisse am Ende dieses gelungenen Lesebuchs hilft, den Überblick zu wahren.

Nicht zuletzt ist dieses Geschichts- und Geschichtenbuch eine Hommage an die beeindruckende Persönlichkeit Marianne Fritzens, deren Biografie untrennbar mit dem Widerstand im Wendland verknüpft ist. Ihre unprätentiöse Offenheit – auch gegenüber zutiefst persönlichen Fragen bezüglich ihres Alters und zum Tod –, ihre imponierende Integrität und Sachkenntnis vermitteln das Bild einer Frau, die von einer tiefen Ehrfurcht vor dem Leben getrieben ist und beispielhaft gelebte Zivilcourage verkörpert.

Susanne Kamien, Max Rheinländer: *ÜberMacht & Phantasie. Geschichte(n) des Gorbewen Widerstands*, Lüchow 2008.



## DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

**Christoph Becker-Schaum** ist Historiker und leitet das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Er ist Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und in der Archivausbildung an der Fachhochschule Potsdam.

**Carlo Jordan** ist Bauingenieur. Er gehört zu den Mitbegründern der Berliner Umweltbibliothek, des Netzwerks Arche und der Grünen Partei in der DDR, die er am Zentralen Runden Tisch vertrat. 1990 war er Berliner Stadtverordneter, von 1994-1995 saß er im Abgeordnetenhaus von Berlin. Er ist im Vorstand der Gedenk- und Forschungsstätte für die Opfer des Stalinismus. Carlo Jordan promovierte über die «Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen, Militarisierung 1945-1989».

**Gerhard Jordan** ist Historiker. Er gehörte dem Vorstand der Europäischen Grünen von 1989-1991 an. Seit 2007 ist er Mitglied der Steering Group des Green East-West Dialogue, eines Netzwerks der Europäischen Grünen. Seit 1987 ist er Bezirksrat und seit 1992 Mitarbeiter der grünen Rathausfraktion in Wien.

**Antje Pfeffer** ist Diplombibliothekarin und Historikerin. Sie leitete 10 Jahre lang den Bibliotheksbereich im Archiv der Jugendkulturen in Berlin und ist Autorin für das Journal der Jugendkulturen.

**Anne Vechtel** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Bevor sie zum Grünen Gedächtnis kam, arbeitete sie in Projekten zur Frauengeschichte und Frauenförderung.

**Alicja Waldau** ist Politikwissenschaftlerin aus Polen. Sie war Mitarbeiterin der Grünen im Bundestag und bearbeitete im Archiv Grünes Gedächtnis den persönlichen Nachlass von Rudolf Bahro. Sie lebt seit 2004 in Berlin.



**1 Beiträge zur Zeitgeschichte: 30 Jahre Grüne in West und Ost** Die Seele der Grünen – Interview mit Eva Quistorp **Carlo Jordan** Greenway – das osteuropäische Grüne Netzwerk (1985 – 1990) **Gerhard Jordan** Grüne in Mittel- und Osteuropa – ein wechselvoller Weg **2 Das historische Dokument** Die Gründung der European Greens 1984. Kommentiert von **Christoph Becker-Schaum** **3 Bestände in Archiven** **Christoph Becker-Schaum** Archivalien der Grünen im Europäischen Parlament. Fraktionen und Abgeordnete **Anne Vechtel** Grüne Archive in Europa **4 Archivprojekte** **Alicja Waldau** Der Nachlass von Rudolf Bahro im Archiv Grünes Gedächtnis **Anne Vechtel** Werner Schulz und Gerhard Bächer im Gespräch **Anne Vechtel** Das 4. Netzwerktreffen der Bewegungsarchive **5 Rezension** **Antje Pfeffer** Geschichte(n) des Gorlebener Widerstands